



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

02 2019

STATISTISCHE MONATSHEFTE




Aus dem Inhalt:

Handwerk 2017

Versorgungsempfänger 2018

Arbeitskräftepotenzial 2017



Fotonachweis

Titelfoto: pikselstock – Fotolia

Das Handwerk hat in Rheinland-Pfalz eine große Bedeutung. Die Umsätze im zulassungspflichtigen Handwerk sind 2017 um drei Prozent gestiegen. Auch die Zahl der durchschnittlich tätigen Personen nahm gegenüber dem Vorjahr zu. Allerdings fiel die Zunahme mit 0,3 Prozent deutlich geringer aus.

02 | 2019

STATISTISCHE MONATSHEFTE

72. Jahrgang

kurz + aktuell	79
Industrie ■ Baugewerbe ■ Einzelhandel ■ Gastgewerbe Tourismus ■ Bevölkerung ■ Reallohnindex ■ Soziales Verkehr	
Aus der amtlichen Statistik	92
Revision des Verbraucherpreisindex	94
Rheinland-Pfalz in Karten: Schüler/-innen am Schulsitz mit Migrationshintergrund an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2018/19 nach Verwaltungsbezirken	95
Handwerk 2017 – Deutliche Umsatzzuwächse	96
Die Versorgungsempfänger der öffentlichen Hand – Ergebnisse der amtlichen Statistik 2018	104
Entwicklung des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials von 2011 bis 2017 – Arbeitskräfte werden knapper	122
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	139
Neuerscheinungen	155

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Mainzer Straße 14-16

56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0

Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2019

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Rückgang der Industrieproduktion im November 2018

Der Index der rheinland-pfälzischen Industrieproduktion ist im November 2018 gegenüber dem Vormonat kräftig gesunken. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex 5,6 Prozent unter dem Niveau von Oktober 2018.

Der Output der Investitionsgüterhersteller schrumpfte deutlich um 6,3 Prozent. Die Vorleistungsgüterproduktion fiel im November ebenfalls geringer aus als im Vormonat (-1,7 Prozent). In der Konsumgüterindustrie erhöhte sich die Ausbringung hingegen um fünf Prozent.

In den drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes lag der Güterausstoß im November 2018 unter dem Niveau des Vormonats: Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die zur Investitionsgüterindustrie zählen und gemessen am Umsatz die zweitgrößte Industriebranche bilden, mussten die stärksten Produktionseinbußen hinnehmen (-7,7 Prozent). Im Maschinenbau, der zur Investitionsgüterindustrie gehört und gemessen am Umsatz unter den Industriebranchen an dritter Stelle steht, sank die Ausbringung ebenfalls deutlich (-6,4 Prozent). Die Chemische Industrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie zählt und die umsatzstärkste Branche ist, drosselte ihre Produktion um 2,8 Prozent.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Nov. 2018		Jan. bis Nov. 2018
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu		
	Okt. 2018	Nov. 2017	Jan. bis Nov. 2017
Entwicklung der Produktion			
Industrie	-5,6 % ↓	-2,6 % ↓	14,9 % ↑
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-1,7 % ↘	-6,2 % ↓	0,2 % ↗
Investitionsgüterproduzenten	-6,3 % ↓	-0,5 % ↘	1,4 % ↗
Konsumgüterproduzenten	5,0 % ↑	6,2 % ↑	65,2 % ↑
Chemie	-2,8 % ↓	-14,9 % ↓	-2,4 % ↓
Fahrzeugbau	-7,7 % ↓	-0,6 % ↘	2,8 % ↑
Maschinenbau	-6,4 % ↓	-8,0 % ↓	-1,3 % ↘
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	-3,6 % ↓	-3,4 % ↓	7,0 % ↑
Inland	-2,1 % ↓	-5,2 % ↓	2,2 % ↑
Ausland	-4,4 % ↓	-2,8 % ↓	9,8 % ↑
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-7,6 % ↓	-14,1 % ↓	-0,8 % ↘
Investitionsgüterproduzenten	-4,2 % ↓	-1,9 % ↘	4,6 % ↑
Konsumgüterproduzenten	8,7 % ↑	28,8 % ↑	40,7 % ↑
Chemie	-11,3 % ↓	-19,3 % ↓	-2,4 % ↓
Fahrzeugbau	-3,8 % ↓	4,8 % ↑	10,4 % ↑
Maschinenbau	-3,0 % ↓	-9,1 % ↓	-3,2 % ↓

¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – ² Einschließlich Energie.

¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – ² Einschließlich Energie.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat war ebenfalls ein Rückgang der Industrieproduktion zu verzeichnen (-2,6 Prozent). Ein deutliches Minus gab es in der Vorleistungsgüterindustrie, was unter anderem auf die schwache Entwicklung der Chemischen Industrie zurückzuführen ist. In der Investitionsgüterindustrie fiel der Güterausstoß etwas geringer aus als im November 2017; vor allem im Maschinenbau, aber auch in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen gab es Produkti-

onseinbußen. Der Output der Konsumgüterhersteller lag hingegen über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Weniger Auftragseingänge der Industrie im November 2018

Im November 2018 ist der Index der Auftragseingänge in der rheinland-pfälzischen Industrie erneut gesunken. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex um 3,6 Prozent unter dem Niveau des Vormonats.

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



Aus dem In- und Ausland gingen weniger Aufträge ein als im Oktober (–2,1 bzw. –4,4 Prozent).

Die Nachfrage nach Vorleistungs- und Investitionsgütern war im November rückläufig. Am stärksten fiel das Minus bei den Vorleistungsgütern aus, deren Ordervolumen um 7,6 Prozent abnahm. Bei den Investitionsgüterproduzenten gingen 4,2 Prozent weniger Bestellungen ein als im Oktober. In der Konsumgüterindustrie stiegen die Auftragseingänge hingegen um 8,7 Prozent.

Die drei umsatzstärksten Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie mussten Nachfragerückgänge hinnehmen. Die größten Einbußen gab es mit –11 Prozent in der Chemischen Industrie. Bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die zur Investitionsgüterindustrie gehören, sank das Ordervolumen um 3,8 Prozent. Im Maschinenbau, der ebenfalls zur Investitionsgüterindustrie zählt, schrumpften die bereinigten Auftragseingänge um drei Prozent.

Auch im Vergleich zum Vorjahresmonat waren die Bestellungen rückläufig. Die bereinigten Auftragseingänge lagen um 3,4 Prozent unter dem Niveau von November 2017. Sowohl das Inlands- als auch das Auslandsgeschäft liefen schlechter als ein Jahr zuvor. Einem Anstieg der Nachfrage in der Konsumgüterindustrie standen deutliche Einbußen in der Vorleistungsgüterindustrie und ein leichtes Minus in der Investitionsgüterindustrie gegenüber. In zwei der drei umsatzstärksten Branchen – in

der Chemischen Industrie sowie im Maschinenbau – gingen weniger Aufträge ein als im Vorjahresmonat. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen verbuchten hingegen einen Anstieg der Bestellungen.

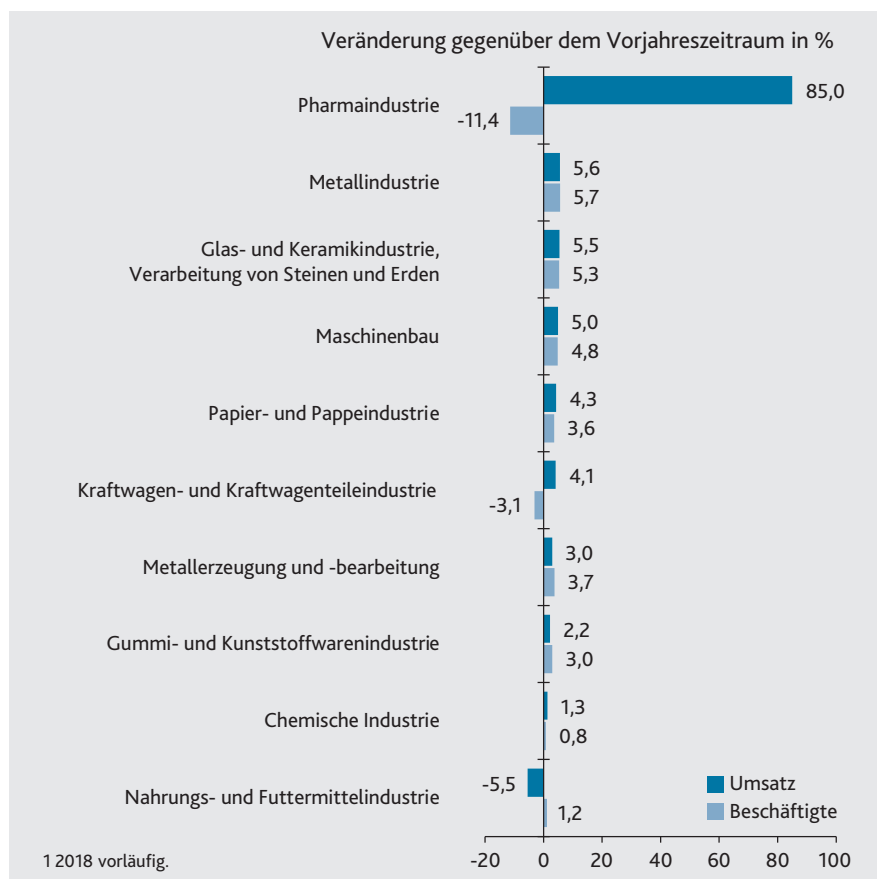
Industrie mit deutlichem Umsatz- und Beschäftigungsplus

Die Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie sind im vergangenen Jahr kräftig gestiegen. Die Industriebetriebe erwirtschafteten von Januar bis November 2018 Erlöse in Höhe von 92,9 Milliarden Euro; das waren 7,3 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: +3 Prozent).























































Der Inlandsumsatz war um 3,1 Prozent und der Auslandsumsatz mit elf Prozent deutlich höher als ein Jahr zuvor (Deutschland: +2,5 bzw. +3,4 Prozent). Auf das Auslandsgeschäft entfielen 57,7 Prozent der Erlöse (Deutschland: 50,2 Prozent). Die rheinland-pfälzische Exportquote lag damit um 1,8 Prozentpunkte über dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

In den Industriebetrieben waren von Januar bis November 2018 im Durchschnitt 260 500 Personen tätig. Die Beschäftigtenzahl stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um zwei Prozent (Deutschland: +2,6 Prozent). Es wurden 366 Millionen Arbeits-

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie von Januar bis November 2018¹ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Nov. 2018		Jan. bis Nov. 2018
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	Okt. 2018	Nov. 2017	Jan. bis Nov. 2017
Auftragseingang	13,2 % 	14,8 % 	9,8 % 
Hochbau insgesamt	39,5 % 	32,1 % 	9,1 % 
Wohnungsbau	34,1 % 	55,9 % 	3,9 % 
gewerblicher Hochbau	23,2 % 	10,1 % 	9,1 % 
öffentlicher Hochbau	154,0 % 	15,7 % 	11,3 % 
Tiefbau insgesamt	-9,0 % 	-2,0 % 	10,5 % 
gewerblicher Tiefbau	-2,4 % 	8,0 % 	-5,2 % 
Straßenbau	-6,5 % 	9,6 % 	16,1 % 
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-19,1 % 	-27,0 % 	15,6 % 
Baugewerblicher Umsatz	0,4 % 	14,9 % 	9,4 % 
Hochbau insgesamt	2,5 % 	18,6 % 	9,1 % 
Wohnungsbau	1,9 % 	22,1 % 	9,6 % 
gewerblicher Hochbau	-0,1 % 	17,2 % 	6,0 % 
öffentlicher Hochbau	11,8 % 	16,4 % 	15,7 % 
Tiefbau insgesamt	-1,8 % 	11,3 % 	9,6 % 
gewerblicher Tiefbau	2,1 % 	11,8 % 	12,3 % 
Straßenbau	2,3 % 	12,3 % 	9,7 % 
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-11,5 % 	9,3 % 	7,4 % 

1 Kalender- und saisonbereinigt auf Basis endgültiger nominaler Werte.

¹ Kalender- und saisonbereinigt auf Basis endgültiger nominaler Werte.

stunden geleistet, was ein Plus von 1,7 Prozent bedeutet (Deutschland: +2,1 Prozent).

In neun der zehn umsatzstärksten Industriebranchen lagen die Erlöse von Januar bis November 2018 über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Die größte prozentuale Umsatzsteigerung verbuchte die Pharmaindustrie (+85 Prozent) aufgrund hoher Nachfrage bei einzelnen Produkten. Dahinter folgte mit weitem Abstand die Herstellung von Metallerzeugnissen (+5,6 Prozent). Nur die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln mussten Erlösrückgänge hinnehmen (-5,5 Prozent).

In acht der zehn umsatzstärksten Branchen waren in den ersten elf

Monaten 2018 mehr Personen tätig als ein Jahr zuvor. Hier belegte die Herstellung von Metallerzeugnissen mit einem Plus von 5,7 Prozent die Spitzenposition. In der Pharmaindustrie und bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen war die Beschäftigung rückläufig (-11 bzw. -3,1 Prozent).

Aufträge und Umsätze im Bauhauptgewerbe im November 2018 höher als im Vormonat

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im November 2018 mehr Aufträge und leicht höhere Umsätze als im Oktober. Die Auftragseingänge lagen – kalender- und saisonbereinigt – um 13 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Der

baugewerbliche Umsatz verbesserte sich leicht um 0,4 Prozent. Gegenüber den ersten elf Monaten 2017 nahm das Ordervolumen um 9,8 Prozent zu, der Umsatz stieg um 9,4 Prozent.

Im November 2018 kam es zu einer kräftigen Erhöhung der bereinigten Auftragseingänge im Hochbau (+39,5 Prozent). Im Tiefbau war die Nachfrage dagegen niedriger als im Vormonat (-9 Prozent). Im Hochbau konnten alle Baubereiche höhere Auftragseingänge verbuchen. Nach den kräftigen Auftragseinbußen im Oktober errechnet sich für den öffentlichen Hochbau ein sprunghafter Anstieg (+154 Prozent). Im Wohnungsbau sowie im gewerblichen Hochbau übertrafen die Auftragseingänge den Vormonatswert ebenfalls deutlich (+34 bzw. +23 Prozent). Im Tiefbau gab es in allen Baubereichen Einbußen. Am stärksten fiel der Rückgang im sonstigen öffentlichen Tiefbau aus (-19 Prozent). Gegenüber den ersten elf Monaten 2017 wurden sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau mehr Auftragseingänge registriert (+10,5 bzw. +9,1 Prozent).

Im November 2018 erhöhten sich die bereinigten Erlöse im Hochbau um 2,5 Prozent. Für den Tiefbau errechnet sich dagegen ein Rückgang um 1,8 Prozent. Die höchste Umsatzsteigerung verzeichnete der öffentliche Hochbau (+12 Prozent). Zuwächse im Bereich von zwei Prozent erzielten der Straßenbau, der gewerbliche Tiefbau sowie der Wohnungsbau. Im sonstigen öffentlichen Tiefbau kam es zu einem deutlichen Umsatzrück-

gang (-11,5 Prozent). Gegenüber den ersten elf Monaten 2017 erhöhten sich die baugewerblichen Umsätze sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau (+9,6 bzw. +9,1 Prozent).

Zum Deutsch-Französischen Tag: Frankreich wichtiger Handelspartner

Frankreich ist für Rheinland-Pfalz ein wichtiger Handelspartner. Im Jahr 2017 wurden Waren im Wert von 5,3 Milliarden Euro nach Frankreich exportiert. Mit einem Anteil von 9,6 Prozent an allen Exporten des Landes (Deutschland: 8,3 Prozent) liegt Frankreich im Ländervergleich an erster Stelle. Seit 2007 ist der Wert der nach Frankreich ausgeführten Waren um 20 Prozent gestiegen (Deutschland: +15 Prozent).

Bei den Exporten aus Rheinland-Pfalz nach Frankreich haben Vorleistungsgüter ein großes Gewicht. Im Jahr 2017 wurden Vorleistungsgüter

im Wert von 2,5 Milliarden Euro aus Rheinland-Pfalz geliefert. Zu ihnen gehören u. a. chemische Erzeugnisse, die mit einem Wert von 1,1 Milliarden Euro ein Fünftel der Ausfuhren nach Frankreich ausmachten und damit unter den Exportgütern den zweithöchsten Stellenwert einnahmen. An erster Stelle stand die Ausfuhr von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (1,2 Milliarden Euro; Anteil: 22 Prozent), die zu den Investitionsgütern zählen. Auf Maschinen, die an dritter Stelle standen und die ebenfalls zu den Investitionsgütern gehören, sowie auf die Vorleistungsgüter Gummi- und Kunststoffwaren entfielen zehn bzw. 9,2 Prozent der Ausfuhren. Der Wert der exportierten Investitionsgüter belief sich insgesamt auf 1,8 Milliarden Euro. Gut 695 Millionen Euro wurden mit dem Export von Konsumgütern erwirtschaftet. Unter den Konsumgütern hatten pharmazeutische Erzeugnisse sowie Nahrungs- und

Futtermittel mit einem Ausfuhrwert von jeweils rund 202 Millionen Euro einen hohen Stellenwert.

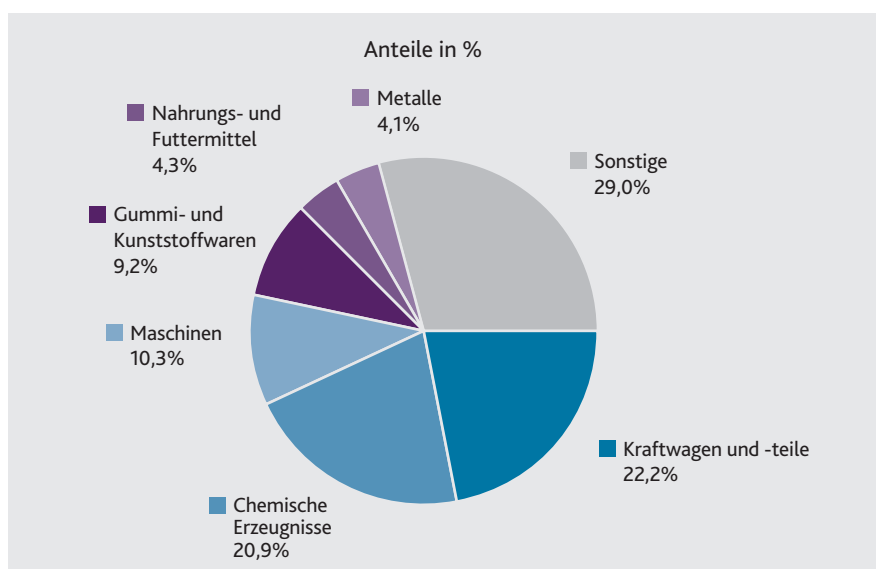
Im Importbereich lag Frankreich 2017 mit einem Warenwert von 3,3 Milliarden Euro im Vergleich der Handelspartner nach den Niederlanden und Belgien an dritter Stelle. Der Anteil am Wert aller Einfuhren belief sich auf 8,2 Prozent (Deutschland: 6,2 Prozent). Die wichtigsten Importgüter aus Frankreich waren Kraftwagen und Kraftwagenteile, auf die fast ein Viertel der Einfuhren entfiel. Es folgten chemische Erzeugnisse (18 Prozent) und Maschinen (8,6 Prozent). Nennenswerte Einfuhranteile hatten darüber hinaus Metalle, Gummi- und Kunststoffwaren sowie Kokereierzeugnisse.

Im Zeitraum von Januar bis Oktober 2018 wurden nach den derzeit vorliegenden Zahlen Waren im Wert von 4,8 Milliarden Euro nach Frankreich ausgeführt. Das waren 7,2 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Der Wert der in den ersten zehn Monaten 2018 aus Frankreich importierten Waren lag bei über 3,1 Milliarden Euro, was einem Anstieg um fast 21 Prozent gegenüber dem Zeitraum Januar bis Oktober 2017 entspricht.

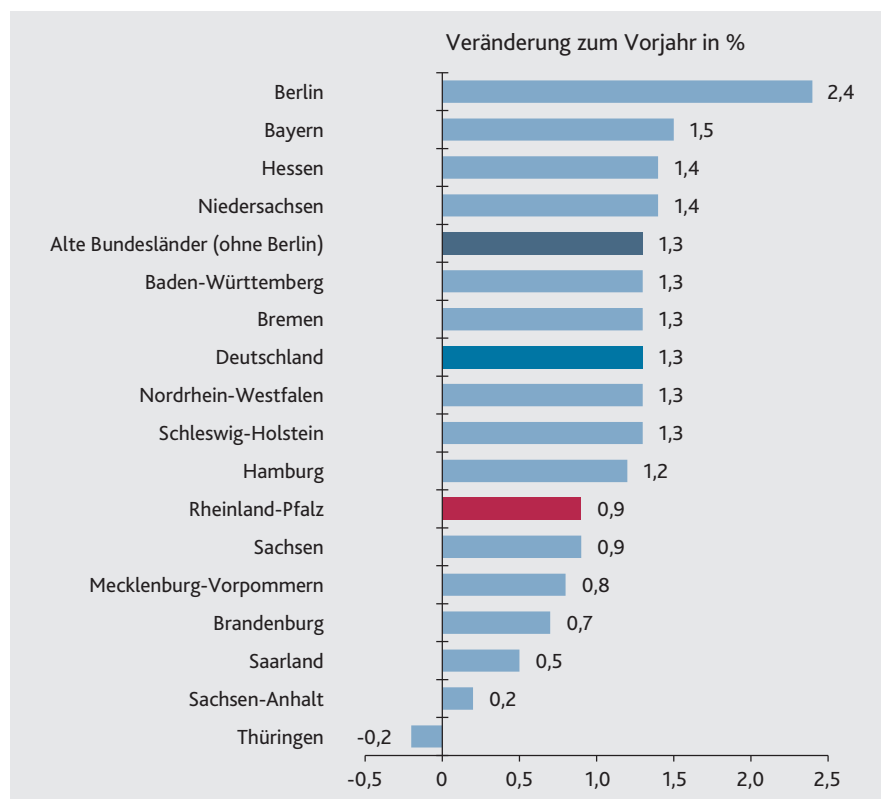
Erwerbstätigkeit erreicht 2018 neuen Höchststand

Im Durchschnitt des Jahres 2018 hatten mehr als zwei Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz. Nach ersten vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ waren dies

Ausfuhren nach Frankreich 2017 nach ausgewählten Gütergruppen



Erwerbstätige am Arbeitsort 2018 nach Bundesländern



19 200 Personen bzw. 0,9 Prozent mehr als 2017. Damit erreichte die Zahl der Erwerbstätigen den achten Höchststand in Folge.

Im Bundesdurchschnitt war der Beschäftigungszuwachs mit +1,3 Prozent erneut etwas stärker als in Rheinland-Pfalz. In den alten Ländern (ohne Berlin) betrug der Anstieg ebenfalls 1,3 Prozent. In den neuen Bundesländern nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 0,5 Prozent zu.

Die positive Entwicklung in Rheinland-Pfalz beruhte wesentlich auf einem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, die gut zwei Drittel der Erwerbstätigkeit ausmacht. Laut ersten Auswertungen

der Bundesagentur für Arbeit war die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Oktober 2018 um 1,9 Prozent höher als im Oktober 2017. Die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnnten Beschäftigten lag im Juni 2018 um 1,5 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

Die Zunahme der Erwerbstätigkeit war wie in den Vorjahren vor allem dem Dienstleistungssektor zu verdanken. In diesem Bereich waren insgesamt 14 300 Personen mehr beschäftigt als 2017, dies entspricht einem Plus von einem Prozent (Deutschland: +1,2 Prozent). Der Beschäftigungszuwachs ist in allen Dienstleistungsbereichen zu beobachten. Im größten Teilbereich „Öffentliche und sonstige Dienstleis-

ter, Erziehung, Gesundheit“ erhöhte sich die Beschäftigung um 7 600 Personen bzw. 1,1 Prozent (Deutschland: +1,5 Prozent). Im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 5 600 bzw. 1,1 Prozent (Deutschland: +1,2 Prozent). Den schwächsten Anstieg verzeichnete der Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“. Hier erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 1 100 bzw. 0,4 Prozent (Deutschland: +0,5 Prozent).

Im Produzierenden Gewerbe stieg die Erwerbstätigkeit 2018 ebenfalls an. Insgesamt waren 5 400 Personen bzw. ein Prozent mehr tätig als 2017 (Deutschland: +1,6 Prozent). Das Baugewerbe verzeichnete ein Plus von 1 500 Erwerbstätigen bzw. 1,3 Prozent (Deutschland: +1,5 Prozent). Im restlichen Produzierenden Gewerbe, das in Rheinland-Pfalz von der Industrie dominiert wird, erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 3 800 bzw. ein Prozent (Deutschland: +1,7 Prozent).

Im Sektor Land- und Forstwirtschaft wurde ein Beschäftigungsrückgang festgestellt. Die Zahl der Erwerbstätigen sank gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Prozent (Deutschland: +0,3 Prozent).

Im November 2018 mehr Gäste bei kaum veränderten Übernachtungszahlen

Die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe verzeichneten im November

2018 gegenüber dem Vorjahresmonat ein Plus bei den Gästezahlen. Nach ersten vorläufigen Berechnungen übernachteten 625 000 Gäste im Land; das waren 2,8 Prozent mehr als im November 2017. Die Zahl der Übernachtungen lag mit 1,46 Millionen auf dem Niveau des Vorjahresmonats.

Von Januar bis November 2018 besuchten insgesamt 9,44 Millionen Übernachtungsgäste Rheinland-Pfalz, was einen Zuwachs von 1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 1,4 Prozent auf 24,32 Millionen.

Zahl landwirtschaftlicher Betriebe erneut rückläufig

Im Jahr 2018 bewirtschafteten knapp 16 800 landwirtschaftliche Betriebe in Rheinland-Pfalz insgesamt 706 900 Hektar Fläche. Das entspricht einem Rückgang von knapp 300 Betrieben im Vergleich zum

Vorjahr (–1,8 Prozent). In Deutschland nahm die Zahl der Betriebe um 1,2 Prozent auf 266 700 Betriebe ab. Gegenüber 2010 hat die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz um 3 800 bzw. 18,5 Prozent abgenommen. Im gleichen Zeitraum wurde in Deutschland ein Rückgang um knapp elf Prozent festgestellt.

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche von 706 900 Hektar hat sich gegenüber dem Jahr 2010 nur leicht verändert. Durch den Rückgang landwirtschaftlicher Betriebe hat sich die durchschnittliche bewirtschaftete Fläche je Betrieb in Rheinland-Pfalz von 34 auf 42 Hektar erhöht. Damit liegt sie deutlich unter der bundesdeutschen Betriebsgröße (2018: 62 Hektar). Rheinland-Pfalz rangiert damit im Vergleich zu den anderen Flächenländern im unteren Drittel. Dies ist hauptsächlich auf die hohe Anzahl der Weinbaubetriebe in Rheinland-Pfalz zurückzuführen.

Der überwiegende Rückgang ist weiterhin bei den Betrieben festzustellen, die weniger als fünf Hektar bewirtschaften (–200 Betriebe). Sie stellen mit knapp 21 Prozent noch die größte Betriebsgruppe dar. Bundesweit beträgt der Anteil dieser Betriebe acht Prozent. Der hohe Rückgang von ebenfalls 200 Betrieben in der Größenklasse 20 bis 50 Hektar ist zum einen bedingt durch Betriebsaufgaben, zum anderen aber auch durch Vergrößerungen, mit denen Betriebe in die nächste Größenklasse aufstiegen.

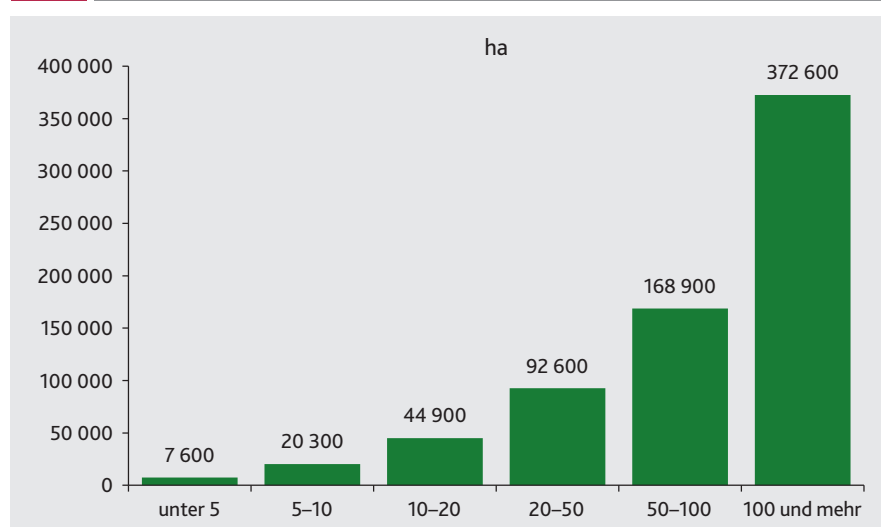
Die langfristige Tendenz rückläufiger Betriebszahlen hält in den unteren Größenklassen insgesamt an. Die Zahl der Betriebe, die 100 Hektar und mehr bewirtschaften, ist im Vergleich zum Vorjahr mit 2 100 stabil. Seit 2010 erhöhte sie sich um 6,1 Prozent.

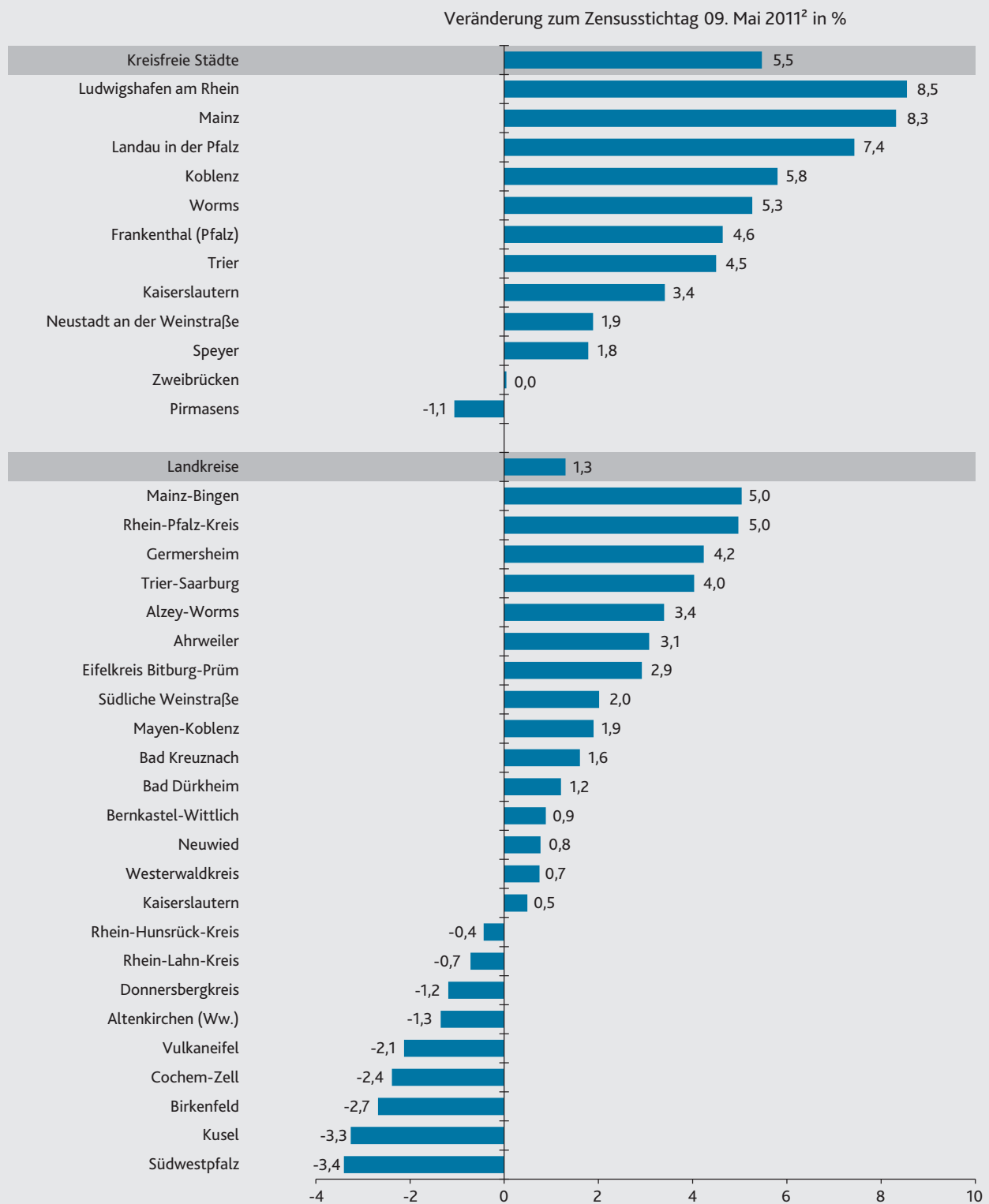
Weiterer Anstieg der Bevölkerung im Jahr 2018

Im Jahr 2018 ist die Bevölkerungszahl in Rheinland-Pfalz im siebten Jahr in Folge gestiegen. Wie aus einer Schätzung hervorgeht, lebten zum Jahreswechsel rund 4 084 500 Menschen im Land. Dies sind 10 800 Personen mehr als noch ein Jahr zuvor und damit die höchste Zahl in der inzwischen mehr als 70-jährigen Landesgeschichte.

Grund für den erneuten Anstieg ist nach Auswertung bislang vorliegender Zahlen, dass auch im vergangenen Jahr deutlich mehr Menschen nach Rheinland-Pfalz zu- als fortzogen – Deutsche ebenso wie Ausländerinnen und Ausländer. Der Wanderungssaldo lag bei schätzungsweise +19 000.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche 2018 nach Betriebsgrößenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche



Bevölkerung am 31. Dezember 2018¹ nach Verwaltungsbezirken

1 Vorläufige Schätzwerte. – 2 Verwaltungsgliederung zum 31. Dezember 2018.

Die Zahl der Gestorbenen in 2018 dürfte nach vorläufigen Auszählungen um schätzungsweise rund 8 500 Personen über der Geborenenzahl gelegen haben.

Bislang konnten zur Ermittlung der aktuellen Bevölkerungsbestände lediglich die Bestandszahlen der rheinland-pfälzischen Meldebehörden nach Staatsangehörigkeit sowie Alter und Geschlecht herangezogen werden, eine genauere Quantifizierung der Zu- und Fortzüge sowie der Geburten und Sterbefälle erfolgt sukzessive in den kommenden Monaten.

Nach den vorläufigen Ergebnissen stieg die Anzahl der in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländerinnen und Ausländer gegenüber dem 31. Dezember 2017 um rund 19 900 und gegenüber dem Zensus 2011 um 179 800 auf nunmehr etwa 451 800 Personen. Ihr Anteil an der Bevölkerung lag Ende 2017 bei schätzungsweise 11,1 Prozent und damit um 0,5 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor. Gegenüber dem Stichtag der Volkszählung am 9. Mai 2011 ist der Ausländeranteil um rund 4,2 Prozentpunkte gestiegen.

Auch die Altersstruktur der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer hat sich nach den vorliegenden Schätzungen zum Teil deutlich verändert. Gegenüber dem 9. Mai 2011 sank die Zahl der unter 20-Jährigen um 1,5 Prozent auf rund 745 600. Rund 2 163 000 Personen entfallen aktuell auf die Altersgruppe der 20- bis unter 60-Jährigen; das sind 0,9 Prozent weniger als zum Zeit-

punkt der letzten Volkszählung. Rund 1 175 900 Menschen sind 60 Jahre und älter, zwölf Prozent mehr als am 9. Mai 2011.

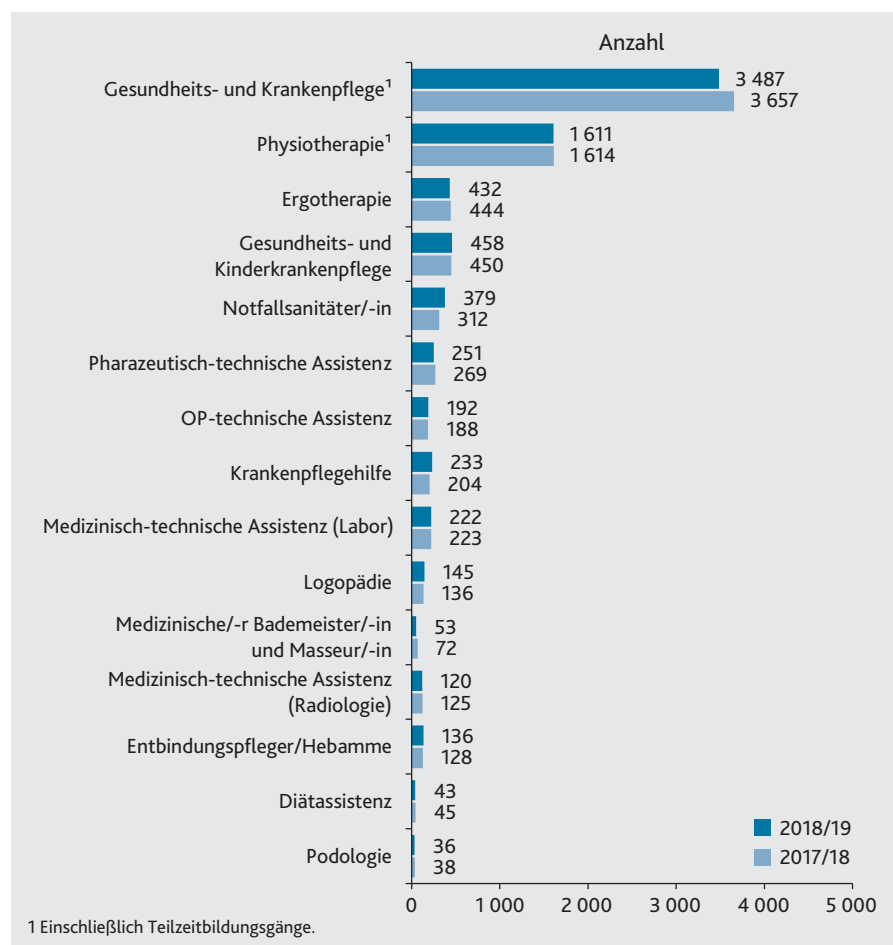
Die Bevölkerung in den kreisfreien Städten wuchs seit dem Zensus 2011 um schätzungsweise 5,5 Prozent. In Ludwigshafen und Mainz waren die seitdem zu beobachtenden Bevölkerungszuwächse mit jeweils mehr als acht Prozent am stärksten ausgeprägt. Rückläufig war die Einwohnerentwicklung hingegen in der kreisfreien Stadt Pirmasens (–1,1 Prozent). In den Landkreisen lag die Einwohner-

zahl auf Grundlage der Schätzung im Durchschnitt um 1,3 Prozent höher als am Zensusstichtag. Den stärksten Bevölkerungsgewinn gab es in den Landkreisen Mainz-Bingen und im Rhein-Pfalz-Kreis (jeweils rund fünf Prozent), der höchste Rückgang war im Landkreis Südwestpfalz zu verzeichnen (–3,4 Prozent).

Auszubildendenzahl in der Gesundheits- und Krankenpflege rückläufig

Zu Beginn des Schuljahres 2018/19 befanden sich in Rheinland-Pfalz

Schüler/-innen an Schulen des Gesundheitswesens 2018/19 und 2017/18 nach Bildungsgang



rund 3 500 junge Menschen in einer Ausbildung zur Gesundheits- und Krankenpflegerin bzw. zum Gesundheits- und Krankenpfleger. Das waren 170 Auszubildende bzw. fünf Prozent weniger als im Vorjahr.

Aufgrund des Rückgangs der Auszubildendenzahl in der Gesundheits- und Krankenpflege sank auch die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler an den Schulen des Gesundheitswesens auf insgesamt 7 800. Damit nahm die Schülerzahl gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Prozent ab. Ohne den Anstieg der Zahl der Schülerinnen und Schüler in den Bildungsgängen „Notfallsanitäter/-in“ (+21 Prozent) und „Krankenpflegehilfe“ (+14 Prozent) wäre der Rückgang noch deutlicher ausgefallen.

Neben den teils gegensätzlichen Entwicklungen der Schülerzahl in den Ausbildungsberufen bestanden auch regionale Unterschiede. Während insbesondere die Schulen in der kreisfreien Stadt Speyer (+47 Auszubildende) sowie in den Landkreisen Westerwaldkreis (+19) und Alzey-Worms (+18) einen Anstieg der Schülerzahl meldeten, ging sie an den Standorten in Neuwied (-59) und Kusel (-40) deutlich zurück.

Die Zahl der ausländischen Auszubildenden an den Schulen des Gesundheitswesens war mit etwa 900 so hoch wie nie zuvor. Während die Zahl der Auszubildenden mit deutscher Staatsangehörigkeit gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Prozent sank, nahm die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer um mehr als zehn Prozent zu.

Zwischen 2013/14 und 2018/19 stieg die Zahl der nicht deutschen Auszubildenden um 83 Prozent.

Rund 2 300 Schülerinnen und Schüler schlossen im Jahr 2018 ihre Ausbildung an einer rheinland-pfälzischen Schule im Jahr 2018 des Gesundheitswesens erfolgreich ab. Damit stieg die Zahl der Absolventinnen und Absolventen gegenüber dem Vorjahr um 2,6 Prozent. Dies ist im Wesentlichen auf den Zuwachs in den Assistenzberufen und auf die vor drei Jahren eingeführte Ausbildung zur Notfallsanitäterin bzw. zum Notfallsanitäter zurückzuführen.

In den therapeutischen Gesundheitsfachberufen wurde ein Rückgang der Absolventenzahl gemeldet. Ihre Zahl sank gegenüber dem Vorjahr um mehr als drei Prozent. Die Abnahme ist nicht nur einem Bildungsgang zuzuschreiben, sondern wurde sowohl in der Logopädie (-15 Prozent) als auch in der Ergo- (-5,3 Prozent) und Physiotherapie (-1,7 Prozent) verzeichnet.

Niedrigste Schülerzahl an berufsbildenden Schulen seit über 20 Jahren

Zu Beginn des Schuljahres 2018/19 besuchten rund 117 700 Jugendliche und junge Erwachsene eine berufsbildende Schule in Rheinland-Pfalz. Das war der niedrigste Wert der vergangenen 20 Jahre. Gegenüber dem Vorjahr sank die Schülerzahl um etwa 2 300, im Zehnjahresvergleich sogar um rund 15 100. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf den demogra-

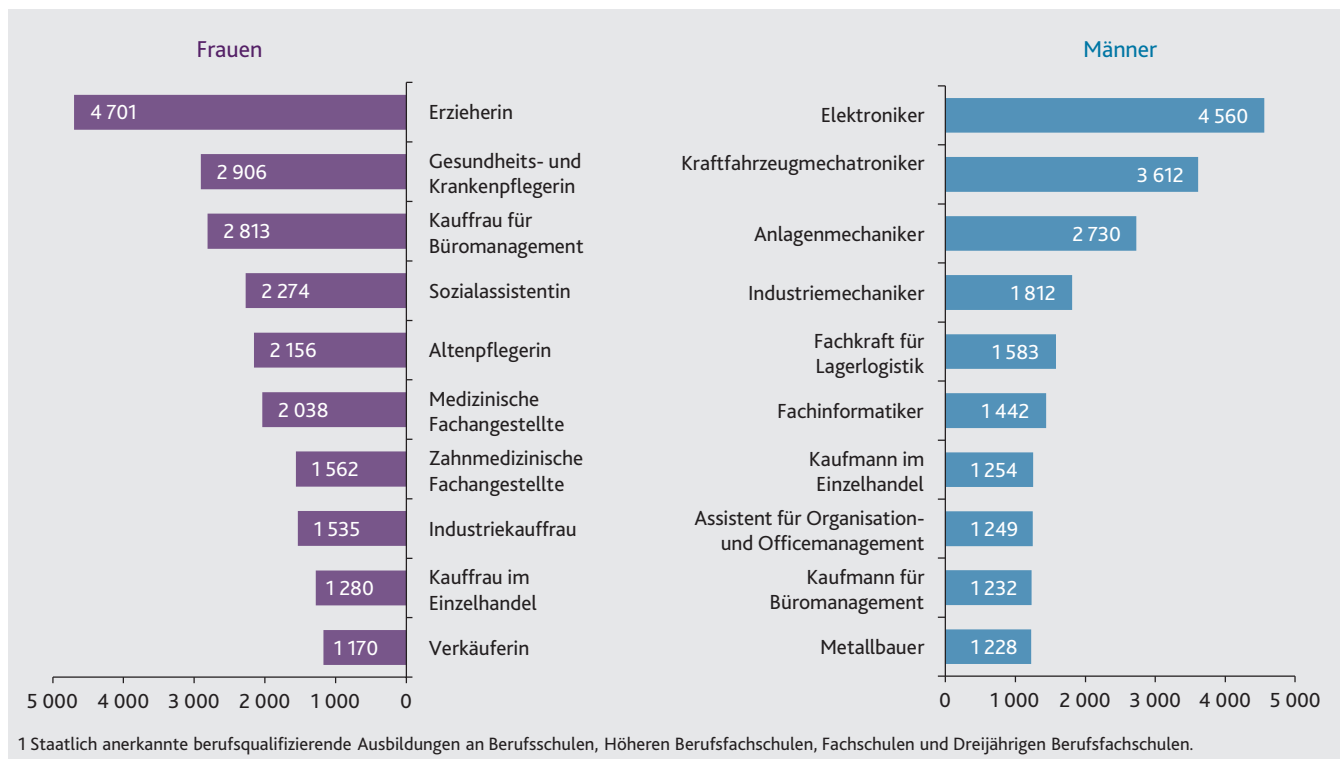
fischen Wandel und die zunehmende Studierneigung zurückzuführen.

Rund 78 Prozent der Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen absolvierten eine Aus- oder Weiterbildung; elf Prozent besuchten eine Schulform, die auf dem „zweiten Bildungsweg“ zur Erlangung der Hochschulreife führt. Weitere elf Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen nahmen an einer beruflichen Übergangs- oder Integrationsmaßnahme teil.

Im Rahmen der Berufswahl zeigten sich unter den Jugendlichen auch im Schuljahr 2018/19 noch deutliche geschlechterspezifische Unterschiede. Schülerinnen belegten die Ausbildungen zur Erzieherin (4 700), Gesundheits- und Krankenpflegerin (2 900) und Kauffrau für Büromanagement (2 800) am häufigsten. Männliche Schüler präferierten hingegen technische Bildungsgänge wie die Ausbildung zum Elektroniker (4 600), Kraftfahrzeugmechatroniker (3 600) und Anlagenmechaniker (2 700). Während Frauen eher Gesundheitsfachberufe oder soziale Berufe wählten, entschieden sich Männer häufiger für eine technische Ausbildung. Ausnahme bildeten die kaufmännischen Ausbildungen, die sowohl unter den männlichen als auch den weiblichen Jugendlichen beliebt waren.

Syrien (1 900), Afghanistan (1 200) und Russland (1 000) waren 2018/19 die häufigsten Herkunftsländer der Schülerinnen und Schüler mit eigener Migrationserfahrung. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachse-

Schüler/-innen 2018/19 nach den zehn am häufigsten besuchten berufsqualifizierenden Ausbildungen an berufsbildenden Schulen¹ und an Schulen des Gesundheitswesens



nen aus Syrien (+36 Prozent), Rumänien (+29 Prozent) und Iran (+24 Prozent) besonders deutlich.

Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund (22 Prozent) besuchten häufiger berufliche Übergangsmaßnahmen als Jugendliche ohne Migrationshintergrund (8,7 Prozent). Unter den seit 2015/16 aus den Regionen Syrien, Afghanistan, Iran und Irak zugezogenen Schülerinnen und Schülern absolvierten 2018/19 rund 48 Prozent eine berufliche Übergangsmaßnahme. Das ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass in Rheinland-Pfalz mit dem Bildungsgang „Berufsvorbereitungsjahr Sprache“ ein Bildungsangebot an Berufsschulen etabliert wurde, in dem insbesondere Schutz- und Asyl-

suchende sprachlich gefördert und gesellschaftlich integriert werden.

Jedes dritte Mitglied in Hochschulräten ist weiblich

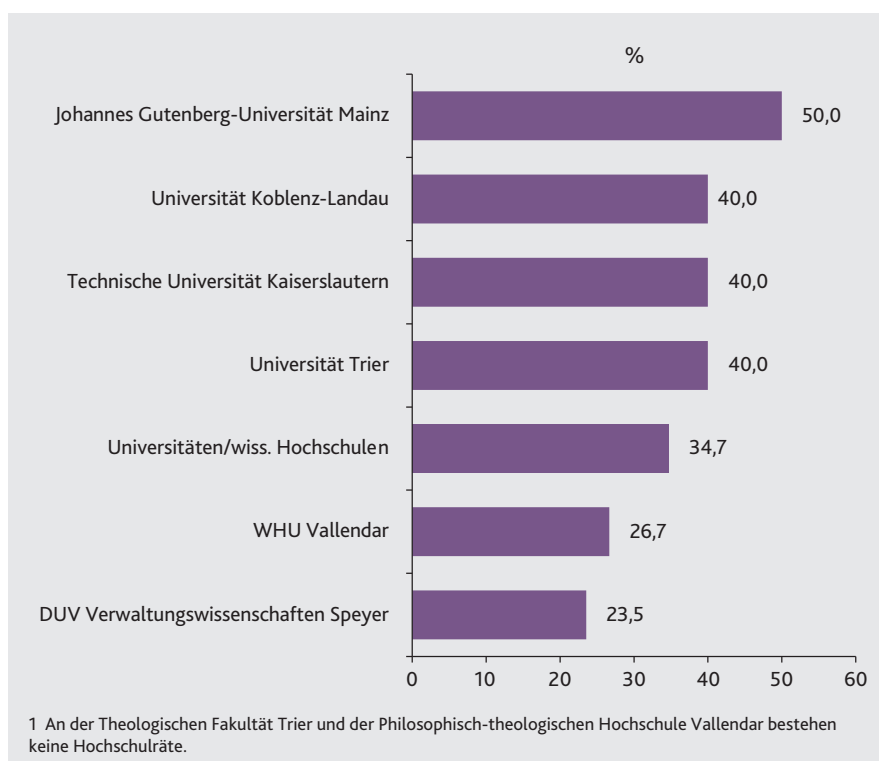
An den rheinland-pfälzischen Hochschulen waren 2018 insgesamt 78 Frauen Mitglied in einem Hochschulrat. Hochschulräte übernehmen in der Regel hochschulstrategische Aufgaben und beraten die Hochschulen bei allen relevanten Angelegenheiten. Der Frauenanteil in den Hochschulräten lag bei 37 Prozent. Das waren 1,2 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr.

Mit einem jeweiligen Geschlechteranteil von 50 Prozent hatten die Johannes Gutenberg-Universität Mainz und die Hochschule Trier ein ausgeglich-

nes Geschlechterverhältnis im Hochschulrat. An den Hochschulen Mainz (70 Prozent) und Koblenz (60 Prozent) sowie der Technischen Hochschule Bingen (60 Prozent) stellten die Frauen die Mehrheit innerhalb der Hochschulräte. Deutlich geringere Frauenanteile wiesen insbesondere die Verwaltungshochschulen auf.

Unter Einbezug der 2016 erfolgten Erhebung des „Kompetenzzentrums Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS)“ nahm der Frauenanteil in Hochschulräten in den vergangenen Jahren deutlich zu. Während 2008 nur rund 17 Prozent der Mitglieder in rheinland-pfälzischen Hochschulräten Frauen waren, lag ihr Anteil 2018 bereits bei gut 37 Prozent.

Frauen in Hochschulräten an Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen¹ 2018



Neu hinzugekommen sind rund 2 020 Ruheständler, von denen gut 60 Prozent die gesetzliche Altersgrenze noch nicht erreicht hatten. Diese Gruppe lässt sich in drei Bereiche untergliedern: Rund 30 Prozent der neuen Ruheständler nutzten Regelungen zum vorgezogenen Ruhestand; sie mussten dabei Abschläge bei ihren Versorgungsbezügen akzeptieren. Weitere zwölf Prozent gingen aufgrund einer Dienstunfähigkeit vorzeitig in den Ruhestand. Niedrigere Altersgrenzen für den Berufsausstieg gelten teilweise für Bedienstete der Polizei und der Justiz. Sie machten rund 19 Prozent der neu hinzugekommenen Ruheständler aus.

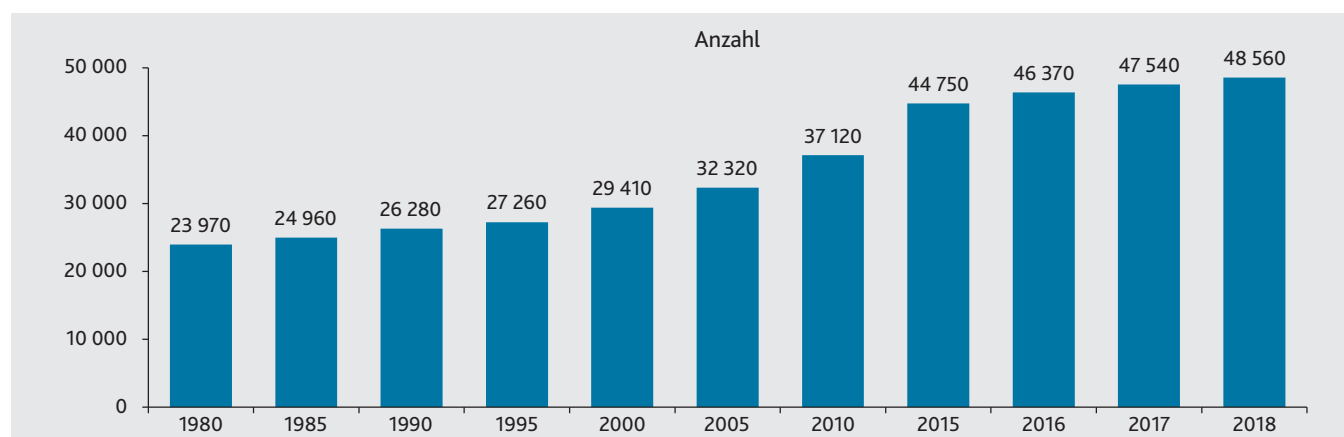
Traditionell sind unter den Beschäftigten des Landes viele Lehrerinnen und Lehrer. Im Jahr 2017 wurden rund 930 von ihnen pensioniert – das waren 8,9 Prozent weniger als im Vorjahr. Insgesamt kamen dennoch rund 46 Prozent aller neuen Ruheständler aus dem Bereich der Schulen. Insgesamt macht der Bereich Schulen rund

Mehr pensionierte Landesbeamtinnen und -beamte

Zum Beginn des Jahres 2018 haben rund 48 560 Personen Versorgungsbezüge nach dem Beamtenversorgungsgesetz von Rheinland-Pfalz

erhalten. Die Anzahl wuchs damit im Vorjahresvergleich um 2,2 Prozent. Von ihnen erhielten knapp 80 Prozent Ruhegehalt, die übrigen Witwen- bzw. Witwergeld, Waisengeld oder Unfallruhegeld.

Versorgungsempfängerinnen und -empfänger 1980–2018



56 Prozent aller Versorgungsempfängerinnen und -empfänger aus.

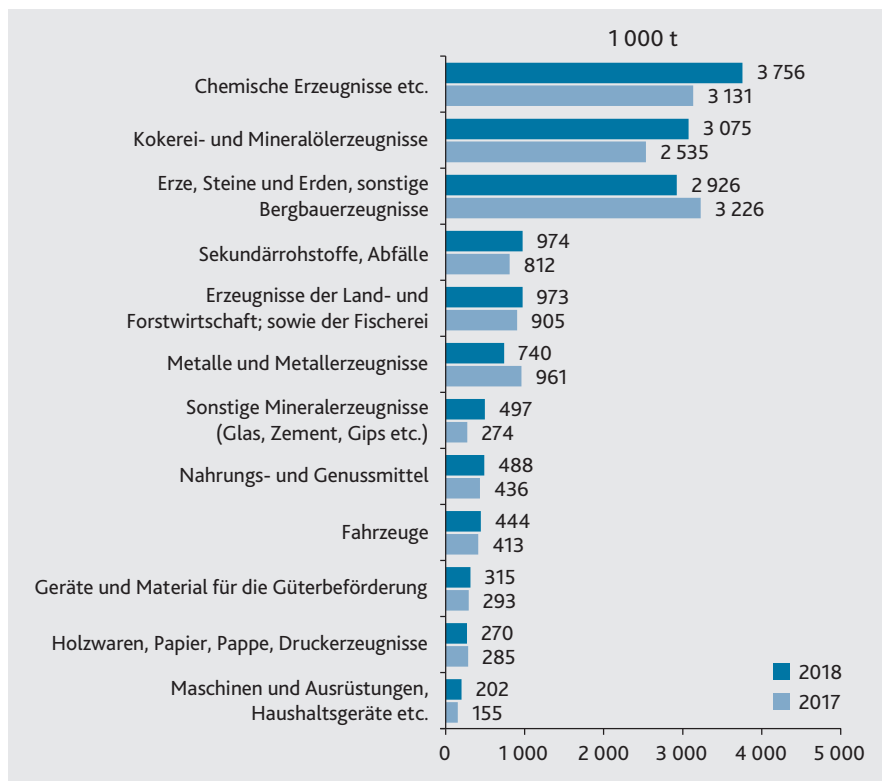
Rund 20 Prozent aller Beschäftigten der Altersgruppe ab 55 Jahren befanden sich in Altersteilzeit; von Ihnen hatten 64 Prozent bereits die Freistellungsphase erreicht.

Langfristig betrachtet offenbart sich eine deutliche Zunahme der Ruheständler. Seit 1980 wuchs die Zahl der Personen mit Versorgungsbezügen um 103 Prozent. Dieser Anstieg wird jedoch größtenteils durch die gestiegene Lebenserwartung hervorgerufen. Im System der gesetzlichen Rente stieg die Anzahl der Empfängerinnen und Empfänger im selben Zeitraum um 65 Prozent an. Zum Vergleich: Die Zahl der aktiven Beamtinnen und Beamten bzw. Richterinnen und Richter erhöhte sich in Rheinland-Pfalz seit 1980 um 21 Prozent.

Anstieg des Güterumschlags in der Binnenschifffahrt

In den ersten neun Monaten des Jahres 2018 wurde in den rheinland-pfälzischen Häfen mehr Fracht umgeschlagen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Schiffs- bzw. Frachtführer meldeten von Januar bis September einen Güterumschlag von 16,3 Millionen Tonnen; das waren 1 239 000 Tonnen bzw. 8,2 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der Empfang stieg um 13,5 Prozent auf 9,3 Millionen Tonnen, der Versand um zwei Prozent auf sieben Millionen Tonnen.

Güterumschlag in Häfen von Januar bis September 2017 und 2018 nach Güterabteilungen



Die höchsten umgeschlagenen Tonnagen entfielen mit 3,76 Millionen Tonnen (+20 Prozent) auf die Güterabteilung „Chemische Erzeugnisse“, gefolgt vom Bereich „Kokerei- und Mineralölerzeugnisse“ mit 3,07 Millionen Tonnen (+21 Prozent) sowie der Abteilung „Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse“ mit 2,93 Millionen Tonnen (–9,3 Prozent).

In Ludwigshafen, dem größten Binnenhafen des Landes, wurden 32 Prozent mehr Güter umgeschlagen. Im zweitgrößten Hafen Mainz gab es ein Plus von 21 Prozent.

Die gegenüber dem Vorjahr positive Entwicklung beim Güterumschlag ist u. a. auf den noch relativ normalen

Wasserstand des Rheins im ersten Halbjahr 2018 zurückzuführen. Der Anstieg in Ludwigshafen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum liegt in der Überwindung der Nachwirkungen des Großbrandes im Ludwigshafener Nordhafen begründet.

Mehr neu zugelassene Pkw mit alternativen Antrieben

Im Jahr 2018 wurden in Rheinland-Pfalz 134 089 Personenkraftwagen neu zugelassen. Dies waren zwei Prozent mehr als im Vorjahr (Deutschland: –0,2 Prozent).

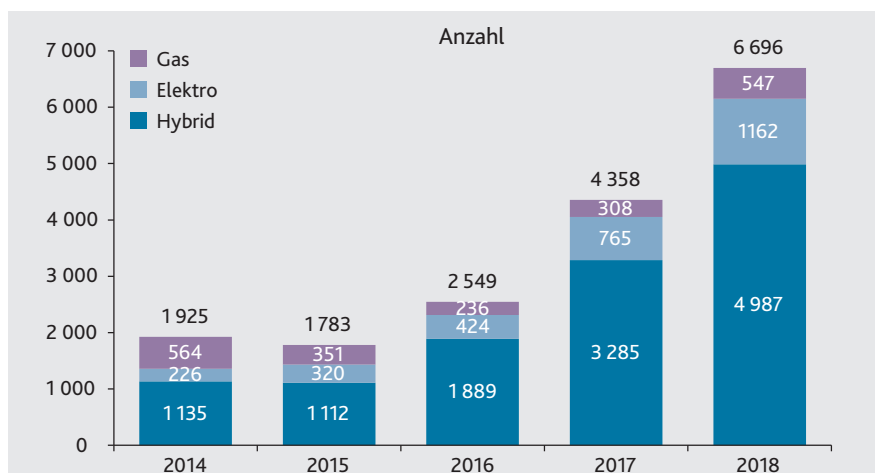
Der Anteil neu zugelassener Pkw mit Dieselmotor verringerte sich weiter. Er betrug 2018 nur noch 29 Prozent, während er 2017 bei 35 Prozent und

in den Jahren davor bei über 40 Prozent gelegen hatte. Benzinmotoren haben rund zwei Drittel der Neuzulassungen (2017: 62 Prozent). Von 3,3 Prozent in 2017 auf fünf Prozent zugenommen hat der Anteil der erstmals zugelassenen Pkw, die nicht bzw. nicht ausschließlich von einem Benzin- oder einem Dieselmotor angetrieben werden. Von diesen rund 7 000 Fahrzeugen haben 4 987 einen Hybrid-Antrieb, 1 162 fahren mit einem Elektromotor, 547 werden mit Gas angetrieben.

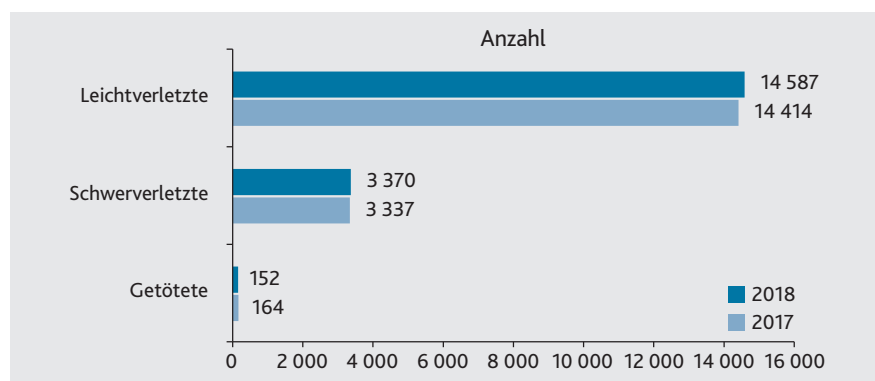
Die Zahl der neu zugelassenen Krafträder stieg um zwölf Prozent auf 8 356. Bei den Lastkraftwagen war ein Anstieg der Neuzulassungen um 5,3 Prozent auf 13 082 zu verzeichnen. Die Zahl der neu zugelassenen Zugmaschinen ging um 4,4 Prozent auf 4 284 zurück. Insgesamt wurden im Jahr 2018 in Rheinland-Pfalz 161 038 Kraftfahrzeuge (d. h. Personenkraftwagen und alle übrigen Fahrzeugarten) neu angemeldet. Das waren 2,6 Prozent mehr als im Vorjahr (Deutschland: +0,6 Prozent).

Die Zahl der Besitzumschreibungen von Personenkraftwagen verringerte sich gegenüber 2017 um ein Prozent auf 399 706. Bei den Lastkraftwagen wechselten 3,2 Prozent mehr Fahrzeuge den Besitzer. Die Zahl der Umschreibungen von Zugmaschinen stieg um 0,7 Prozent. Bei den Kraftködern ergab sich kaum eine Veränderung. Insgesamt wechselten im vergangenen Jahr 456 736 Kraftfahrzeuge den Besitzer. Das waren 0,7 Pro-

Neuzulassungen von Personenkraftwagen mit alternativen Antrieben 2014–2018 nach Antriebsart



Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis November 2017 und 2018



zent weniger als im Vergleichszeitraum 2017 (Deutschland: -1,1 Prozent).

Im November verunglücken auf rheinland-pfälzischen Straßen zehn Menschen tödlich

Im November 2018 verloren in Rheinland-Pfalz zehn Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben. Das waren drei Todesopfer weniger als im November des vorangegangenen Jahres. Im gesamten Jahresverlauf bis November waren 152 Todesopfer zu beklagen, zwölf weniger als von Januar bis November 2017.

Die Zahl der Schwerverletzten stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um ein Prozent auf 3 370; die Zahl der Leichtverletzten erhöhte sich um 1,2 Prozent auf 14 587.

Insgesamt registrierte die Polizei in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres 132 780 Straßenverkehrsunfälle, in etwa so viele wie im gleichen Vorjahreszeitraum. Darunter waren 118 884 Unfälle, bei denen nur Sachschäden entstanden.

Mikrozensus: Rund 20 000 Haushalte werden befragt – Interviewer/-innen gesucht

Wie viele Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sind erwerbstätig und wie ist deren berufliche Qualifikation? Wie hoch ist das monatliche Nettoeinkommen von Haushalten und Familien? Wie viele alleinerziehende Mütter sind erwerbstätig? Antworten auf solche häufig gestellten Fragen gibt der Mikrozensus. Die Erhebung erfolgt seit 1957 jährlich bei einem Prozent aller Haushalte in ganz Deutschland.

Rund 200 Interviewerinnen und Interviewer werden das ganze Jahr über in Rheinland-Pfalz unterwegs sein, um 20 000 Haushalte zu befragen. Die Interviewerinnen und Interviewer werden sorgfältig ausgewählt und können sich durch einen Ausweis des Statistischen Landesamtes legitimieren. Durch den Einsatz von Laptops finden die Befragungen papierlos statt. Informationen darüber, in welchen Gemeinden des Landes wann Befragungen stattfinden werden, finden Sie auf der Internetseite: www.mikrozensus.rlp.de/methode/

Der Präsident des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Marcel Hürter, appelliert an alle ausgewählten Haushalte, bei der Mikrozensusbefragung mitzumachen. Nur so ist gewährleistet, dass zuverlässige Ergebnisse für die vielfältigen Nutzerinnen und Nutzer der Statistik aus Politik, Wissenschaft und der interessierten Öffentlichkeit bereitgestellt werden können.

Interviewerinnen und Interviewer gesucht

Das Statistische Landesamt sucht landesweit Interviewerinnen und Interviewer für den Mikrozensus. Sollten Sie Interesse haben, im Rahmen eines ehrenamtlichen Engagements Befragungen bei ausgewählten Privathaushalten durchzuführen, so wenden Sie sich bitte über die E-Mail-Adresse: mikrozensus@statistik.rlp.de an das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz. Weiterführende Informationen: www.mikrozensus.rlp.de/interviewer/

Statistiken zur Kindertagesbetreuung

Der Mikrozensus ...

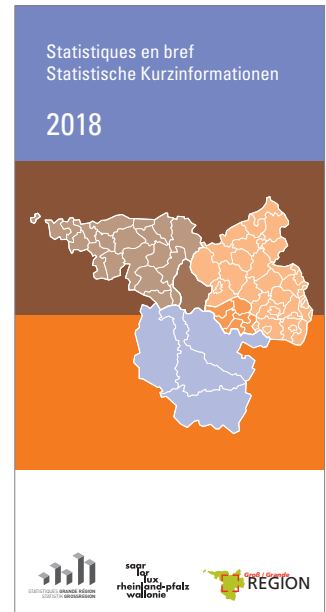
- ist eine sogenannte Flächenstichprobe, für die nach einem mathematischen Zufallsverfahren Adressen ausgewählt werden.
- befragt die Haushalte, die in den ausgewählten Gebäuden wohnen, bis zu vier Mal in fünf aufeinander folgenden Jahren.
- ist eine Erhebung mit gesetzlich verankerter Auskunftspflicht.
- wird durch ehrenamtlich tätige Interviewerinnen und Interviewer durchgeführt, die zur Einhaltung der Bestimmungen des Datenschutzes und der statistischen Geheimhaltung verpflichtet sind und die ihren Besuch bei den Haushalten schriftlich ankündigen.

Neue Broschüren zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Die Statistischen Ämter der Großregion „Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie“ sowie der Region Oberrhein haben Broschüren mit neuen Zahlen vorgelegt. Sie porträtieren die wichtigsten Themengebiete der Regionen, in denen eine intensive grenzüberschreitende Zusammenarbeit gepflegt wird.

Die „Statistischen Kurzinformationen 2018“ bringen in Deutsch und Französisch aktuelle Daten zu Gebiet und Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt für die Region Saarland, Rheinland-Pfalz, Wallonie, Lothringen und Luxemburg.

Die zweisprachige Publikation „Oberrhein – Zahlen und Fakten 2018“ bietet vielseitige Informationen zu Struktur und Entwicklung der Grenzregion. Geboten werden Texte, Tabellen, Grafiken und Karten zu den Themen Bevölkerung und Fläche, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Verkehr, Tourismus, Gesundheit und Bildung.



Die Broschüren sind in gedruckter Form beim Statistischen Landesamt per E-Mail (vertrieb@statistik.rlp.de), oder Telefon (02603 71-2450) zu bestellen.

Revision des Verbraucherpreisindex: Neues Basisjahr 2015

Der Verbraucherpreisindex wird in regelmäßigen Abständen überarbeitet und auf ein neues Basisjahr umgestellt. Für den Berichtsmonat Januar 2019 erfolgt die Umstellung von der bisherigen Basis 2010 auf das Basisjahr 2015. Dabei werden die Ergebnisse ab Januar 2015 neu berechnet.

Im Mittelpunkt der Überarbeitung des Verbraucherpreisindex steht die Aktualisierung des Wägungsschemas für die in die Berechnung einbezogenen Waren und Dienstleistungen. Das Wägungsschema bildet die Ausgabenanteile für die einzelnen Güterarten an den gesamten Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland ab. Auch die Wägungsschemata für die Geschäftstypen und die Bundesländer werden neu berechnet. Die Gewichtung der Geschäftstypen spiegelt die Bedeutung der verschiedenen Einkaufs-

stätten im Einzelhandel (wie Fachgeschäfte, Discounter oder Internet- und Versandhandel) wider. Die Gewichtung der Bundesländer bildet deren Anteil an den privaten Konsumausgaben in Deutschland ab.

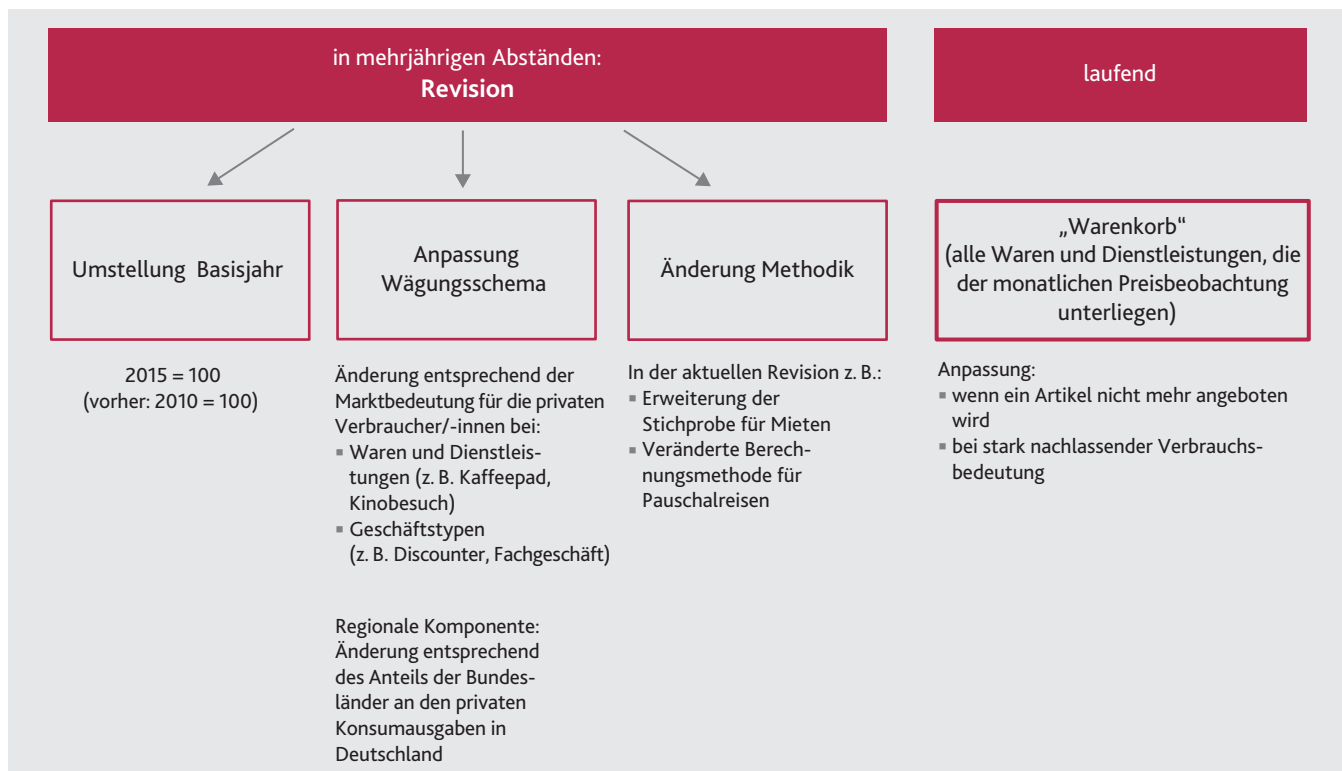
Alle neuen Wägungsschemata beziehen sich auf das Jahr 2015 und bleiben bis zur nächsten Revision unverändert, um innerhalb eines längeren Zeitraums die Preisentwicklung unbeeinflusst von Änderungen der Ausgabengewichte darstellen zu können. Im Gegensatz dazu wird die Auswahl der einzelnen Waren und Dienstleistungen, deren Preise für die Indexberechnung erhoben werden, der sogenannte Warenkorb, laufend angepasst, damit immer diejenigen Gütervarianten in die Preisbeobachtung eingehen, die von den Verbraucherinnen und Verbrauchern aktuell häufig gekauft werden.

Darüber hinaus wird die turnusmäßige Überarbeitung des Verbraucherpreisindex auch genutzt, um methodische Verbesserungen einzuführen. Mit der Umstellung auf das Basisjahr 2015 wird beispielsweise die Stichprobe für die Mieterhebung erweitert und die Berechnungsmethode für Pauschalreisen geändert.

Wegen der Revisionsarbeiten stehen die monatlichen Ergebnisse zur Entwicklung der Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Januar 2019 noch nicht zur Verfügung. Ab Berichtsmonat Februar 2019 wird der übliche Turnus der Veröffentlichung wieder aufgenommen.

Informationen zu der Revision – speziell für Nutzerinnen und Nutzer von Verbraucherpreisindizes in Wertsicherungsklauseln – finden Sie beim Statistischen Bundesamt (www.destatis.de).

Überarbeitung des Verbraucherpreisindex

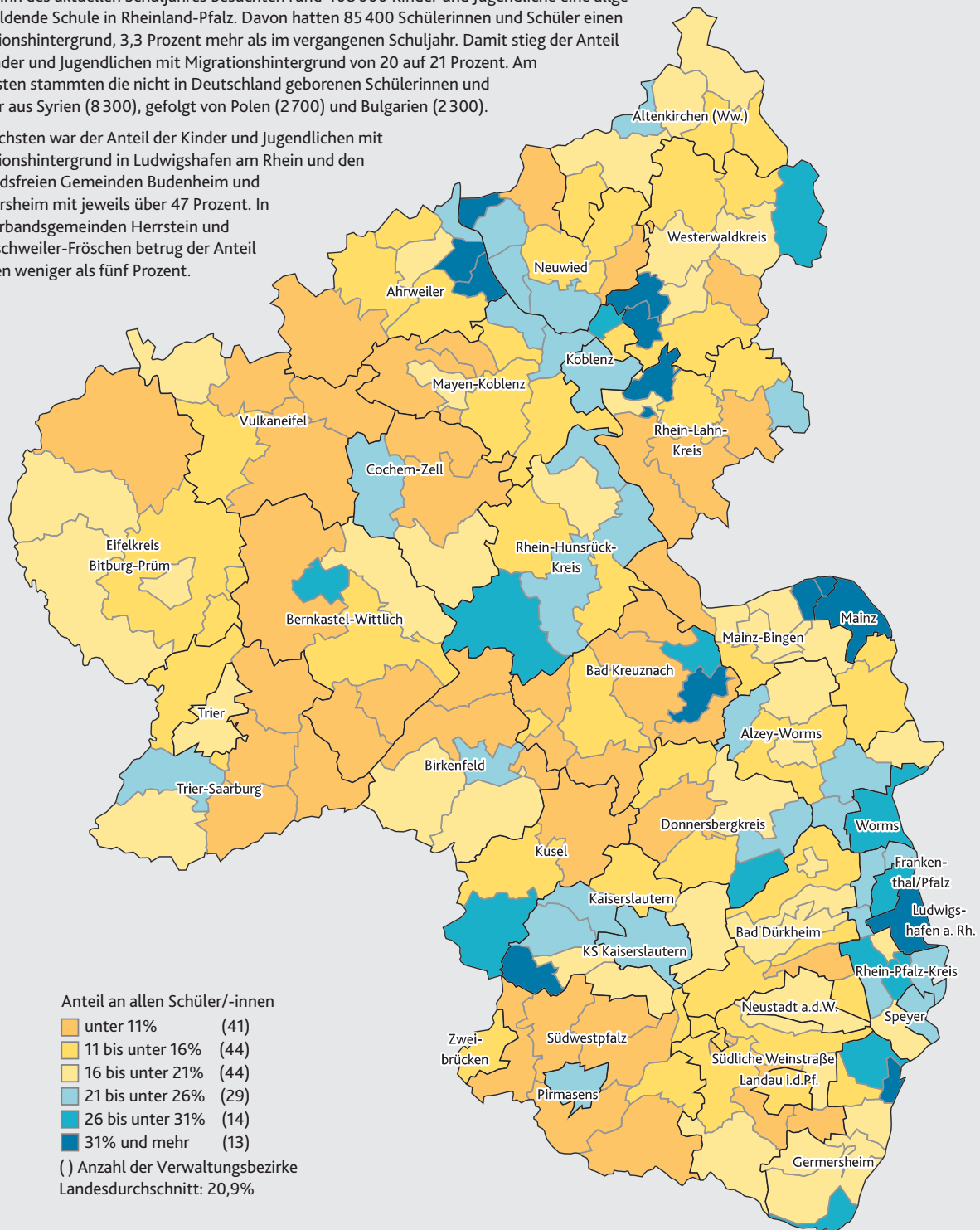


Schüler/-innen am Schulsitz mit Migrationshintergrund an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2018/19 nach Verwaltungsbezirken

Mehr Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund

Zu Beginn des aktuellen Schuljahres besuchten rund 408 000 Kinder und Jugendliche eine allgemeinbildende Schule in Rheinland-Pfalz. Davon hatten 85 400 Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund, 3,3 Prozent mehr als im vergangenen Schuljahr. Damit stieg der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund von 20 auf 21 Prozent. Am häufigsten stammten die nicht in Deutschland geborenen Schülerinnen und Schüler aus Syrien (8 300), gefolgt von Polen (2 700) und Bulgarien (2 300).

Am höchsten war der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Ludwigshafen am Rhein und den verbandsfreien Gemeinden Budenheim und Germersheim mit jeweils über 47 Prozent. In den Verbandsgemeinden Herrstein und Thaleischweiler-Fröschen betrug der Anteil dagegen weniger als fünf Prozent.



Handwerk 2017

Deutliche Umsatzzuwächse



Von Petra Wohnus

Das Handwerk hat in Rheinland-Pfalz eine große Bedeutung. Der Großteil der Handwerksunternehmen gehört dem zulassungspflichtigen Handwerk an, dessen Struktur und aktuelle Entwicklung die Schwerpunkte dieses Beitrags sind. Die Umsätze im zulassungspflichtigen Handwerk sind 2017 um drei Prozent gestiegen. Zu dieser positiven Entwicklung trugen alle Gewerbebezüge bei. Auch die Zahl der durchschnittlich tätigen Personen nahm gegenüber dem Vorjahr zu. Allerdings fiel die Zunahme mit 0,3 Prozent deutlich geringer aus.

Anteil der Handwerksunternehmen liegt bei 18 Prozent

Rund 28 800
Handwerks-
unternehmen

In der mittelständisch geprägten rheinland-pfälzischen Wirtschaft hat das Handwerk eine große Bedeutung. Nach den Ergebnissen der Handwerkszählung waren 2016 rund 28 800 Unternehmen im zulassungspflichtigen und zulassungsfreien Handwerk tätig. Gemessen an der Gesamtzahl der Unternehmen aus dem Unternehmensregister waren das 18 Prozent. Der größte Teil gehört mit fast 82 Prozent dem zulassungspflichtigen Handwerk an. Insgesamt waren 2016 rund 249 000 Menschen im Handwerk tätig. Darunter befanden sich 30 000 Selbstständige, die ein eigenes Unternehmen führten. Außerdem hatten 182 100 sozialversicherungspflichtig und 37 000 geringfügig entlohnt Beschäftigte im Handwerk ihren Arbeitsplatz. Zusammen erwirtschafteten sie Umsätze in Höhe von 26,9 Milliarden Euro.

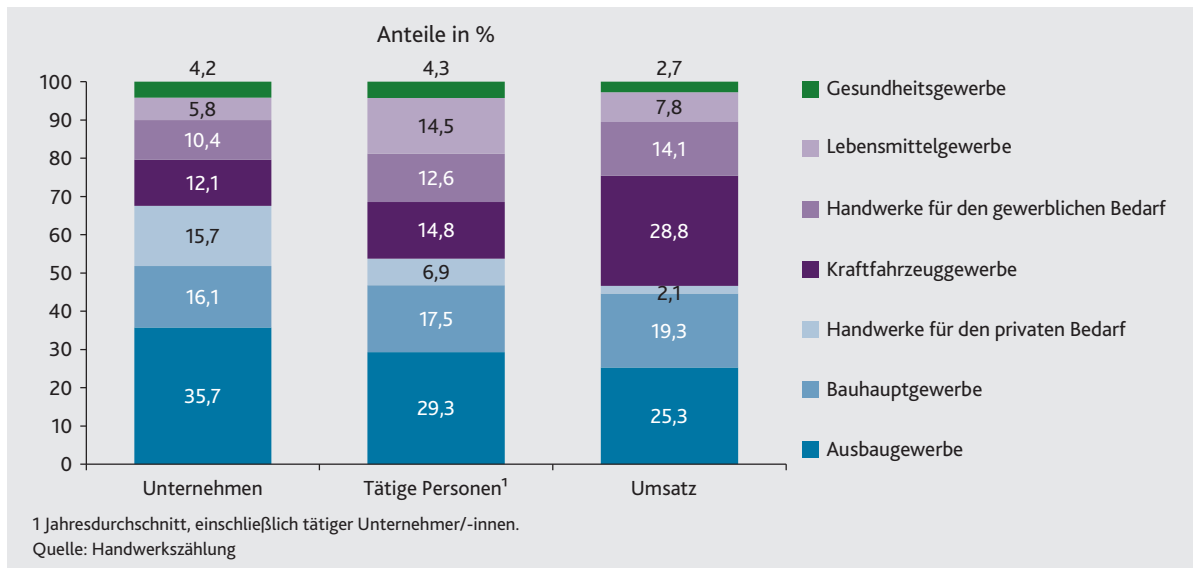
Der Schwerpunkt des zulassungspflichtigen Handwerks liegt im Baugewerbe

Von den Unternehmen des zulassungspflichtigen Handwerks in Rheinland-Pfalz sind mehr als die Hälfte im Baugewerbe tätig: Knapp 36 Prozent zählen zum Ausbaugewerbe, darunter Elektrotechniker, Heizungsbauer, Maler und Lackierer. Weitere 16 Prozent gehören dem Bauhauptgewerbe an, so z. B. Maurerinnen bzw. Maurer und Betonbauerinnen bzw. Betonbauer. Die Handwerke für den privaten Bedarf stellen ebenfalls 16 Prozent der Unternehmen. Dazu zählen u. a. Schornsteinfegerinnen bzw. Schornsteinfeger und Friseurinnen bzw. Friseure. Die Anteile des Kraftfahrzeuggewerbes und der Handwerke für den gewerblichen Bedarf liegen bei zwölf bzw. zehn Prozent. Zu Letzteren zählen beispielsweise die Feinwerk- und die Landmaschinenmechanikerinnen und -mechaniker. Auf das

Fast 36 Prozent
der Betriebe
sind im Aus-
baugewerbe
tätig

G 1

Struktur des zulassungspflichtigen Handwerks 2016 nach Gewerbegruppen



Lebensmittelgewerbe und das Gesundheitsgewerbe entfallen sechs bzw. vier Prozent der Handwerksunternehmen.

Steht die Zahl der tätigen Personen im Mittelpunkt der Betrachtung, stellt sich die Verteilung der Anteilswerte anders dar. Daraus kann geschlossen werden, dass sich die einzelnen Gewerbegruppen bei der Zahl der durchschnittlich tätigen Personen unterscheiden. Das Ranking wird auch hier vom Baugewerbe angeführt: An der Spitze liegt das Ausbaugewerbe mit einem Gesamtanteil der tätigen Personen von 29 Prozent gefolgt vom Bauhauptgewerbe mit 17,5 Prozent. Allerdings fällt der Anteil der tätigen Personen im Ausbaugewerbe im Vergleich zu dessen Anteil an den Gewerbeunternehmen deutlich geringer aus. Mit einem Anteil der tätigen Personen von 15 Prozent liegt das Kraftfahrzeuggewerbe an dritter Stelle. Deutlich geringer fallen die Anteile mit 6,9 bzw. 4,3 Prozent bei den Handwerken für den privaten Bedarf und dem Gesundheitsgewerbe aus. Aus den

Zulassungspflichtiges und zulassungsfreies Handwerk

Die Zugehörigkeit zum Handwerk ist in Deutschland gesetzlich geregelt. Es wird zwischen dem zulassungspflichtigen und zulassungsfreien Handwerk unterschieden. Die Festlegungen hierzu erfolgen in der Handwerksordnung.

Die selbstständige Ausübung eines zulassungspflichtigen Handwerks erfordert eine Meisterprüfung oder ähnliche Qualifikation für Berufe, die besonders gefährlegt sind und/oder eine besondere Ausbildungsleistung erbringen. Sie bedarf einer Eintragung in die Handwerksrolle.

Die zulassungsfreien Handwerke und handwerksähnlichen Gewerbe können dagegen ohne besondere Qualifikationsnachweise selbstständig ausgeübt werden.

Von den 147 Handwerksberufen insgesamt sind 41 zulassungspflichtig, 52 gelten als zulassungsfrei und 54 zählen zum handwerksähnlichen Gewerbe.

Abweichungen der Anteile der Handwerksunternehmen gegenüber den Anteilen der tätigen Personen im Ausbaugewerbe und

Zulassungspflichtiges Handwerk nach Gewerbegruppen

Bauhauptgewerbe

- Maurer/-in und Betonbauer/-in
- Zimmerer/Zimmerin
- Dachdecker/-in
- Straßenbauer/-in
- Wärme-, Kälte- und Schallschutzisolierer/-in
- Brunnenbauer/-in
- Gerüstbauer/-in

Ausbaugewerbe

- Ofen- und Luftheizungsbauer/-in
- Stuckateur/-in
- Maler/-in und Lackierer/-in
- Klempner/-in
- Installateur/-in und Heizungsbauer/-in
- Elektrotechniker/-in
- Tischler/-in
- Glaser/-in

Handwerke für den gewerblichen Bedarf

- Metallbauer/-in
- Chirurgiemechaniker/-in
- Feinwerkmechaniker/-in
- Kälteanlagenbauer/-in
- Informationstechniker/-in
- Landmaschinenmechaniker/-in

- Büchsenmacher/-in
- Elektromaschinenbauer/-in
- Seiler/-in
- Glasbläser/-in und Glasapparatebauer/-in

Kraftfahrzeuggewerbe

- Karosserie- und Fahrzeugbauer/-in
- Zweiradmechaniker/-in
- Kraftfahrzeugtechniker/-in
- Mechaniker/-in für Reifen- und Vulkanisationstechniker/-in

Lebensmittelgewerbe

- Bäcker/-in
- Konditor/-in
- Fleischer/-in

Gesundheitsgewerbe

- Augenoptiker/-in
- Hörgeräteakustiker/-in
- Orthopädietechniker/-in
- Orthopädieschuhmacher/-in
- Zahntechniker/-in

Handwerke für den privaten Bedarf

- Steinmetz/-in und Steinbildhauer/-in
- Schornsteinfeger/-in
- Boots- und Schiffbauer/-in
- Friseur/-in

den Handwerken für den privaten Bedarf kann geschlossen werden, dass die Zahl der tätigen Personen je Unternehmen geringer ist als im Durchschnitt.

Kraftfahrzeuggewerbe erwirtschaftet größten Umsatzanteil

Ausbaugewerbe auf Rang zwei

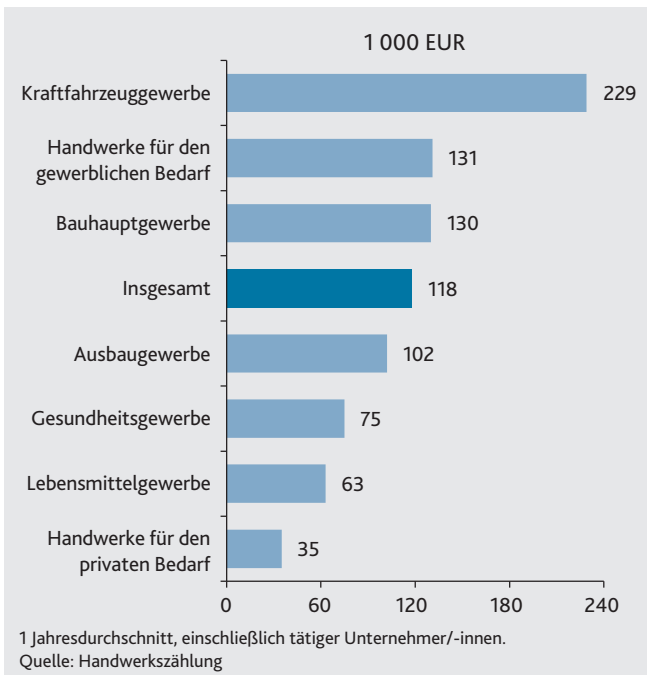
Die Strukturbetrachtung nach der Verteilung der Umsätze auf die Gewerbegruppen des zulassungspflichtigen Handwerks ergibt wiederum ein anderes Bild. Im Jahr 2016 hatte das Kraftfahrzeuggewerbe mit 29 Prozent den größten Umsatzanteil, obwohl es gemessen an der Zahl der Unternehmen

nur die viertgrößte Gewerbegruppe ist. Das Ausbaugewerbe folgte mit einem Anteil von 25 Prozent an zweiter Stelle. Nur geringe Umsatzanteile entfielen auf das Gesundheitsgewerbe (2,7 Prozent) und die Handwerke für den privaten Bedarf (2,1 Prozent).

Interessante Erkenntnisse ergeben sich auch aus der Betrachtung der Größe „Umsatz je tätiger Person“. Das Verteilungsmuster dieser so ermittelten Umsatzproduktivität weicht von den obigen ab. Besonders hoch ist die Umsatzproduktivität im Kraftfahrzeuggewerbe; dort lag der Umsatz 2016 bei 229 400 Euro je tätiger Person und

Höchste Umsatzproduktivität im Kraftfahrzeuggewerbe

G 2

Umsatz je tätige Person¹ im zulassungspflichtigen Handwerk 2016 nach Gewerbegruppen

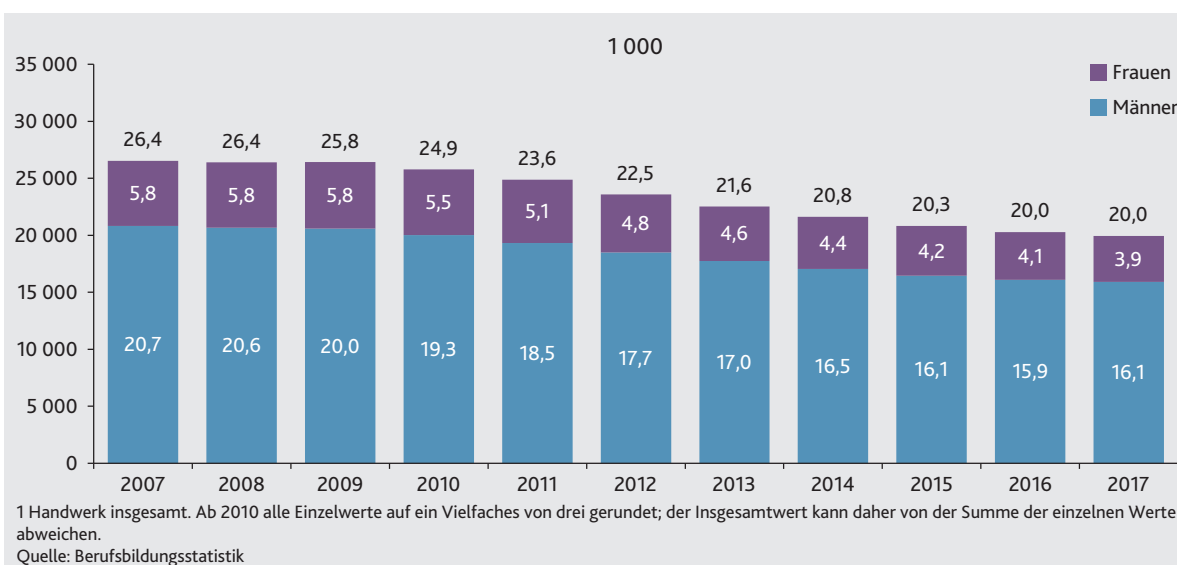
kauf von Kraftfahrzeugen enthalten sind. Eine überdurchschnittliche Umsatzproduktivität weisen auch das Handwerk für den gewerblichen Bedarf sowie das Bauhauptgewerbe auf; hier wurden rund 131 200 Euro bzw. 129 700 Euro Umsatz je tätiger Person erwirtschaftet. Etwas mehr als halb so hoch wie der Durchschnittswert des zulassungspflichtigen Handwerks und damit deutlich niedriger lag der Umsatz je tätiger Person mit 63 300 Euro im Lebensmittelgewerbe. Noch geringer fiel die Umsatzproduktivität bei den Handwerken für den privaten Bedarf aus. Dort wurde mit 34 900 Euro Umsatz je tätiger Person der niedrigste Wert erreicht.

Das Handwerk ist für die Ausbildung junger Menschen von großer Bedeutung. Im Jahr 2017 absolvierten insgesamt 20 000 junge Menschen eine Ausbildung im zulassungspflichtigen und zulassungsfreien Handwerk, das sind 31 Prozent aller Auszubildenden. Erstmals stagniert dieser Wert seit Jahren des Rückgangs und liegt mit einem geringfügigen Plus in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Die Mehrheit der Auszubildenden

Zahl der Auszubildenden stagniert erstmals seit Jahren der Rückgänge

damit fast doppelt so hoch wie die durchschnittliche Produktivität des zulassungspflichtigen Handwerks insgesamt. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass in den Umsätzen auch die Erlöse aus dem Ver-

G 3

Auszubildende im Handwerk¹ 2007–2017 nach Geschlecht

Handwerkszählung und vierteljährliche Handwerksberichterstattung

Die Handwerkszählung findet jährlich statt und stellt Informationen über den Umfang und die Struktur von selbstständigen Handwerksunternehmen des zulassungspflichtigen und des zulassungsfreien Handwerks im Berichtsjahr zur Verfügung. Die Handwerkszählung ab dem Berichtsjahr 2008 ist eine Auswertung von Verwaltungsdaten aus dem für statistische Zwecke eingerichteten Unternehmensregister sowie sonstiger vorhandener Verwaltungsdaten. Für diese Statistik werden somit keine Unternehmen mehr direkt befragt. Dies trägt zur Entlastung der Wirtschaft bei.

Die vollständigen Registerdaten liegen etwa 18 Monate nach Ende des Berichtsjahres vor. Quellen zur Pflege des Unternehmensregisters sind unter anderem Verwaltungsdaten der Bundesagentur für Arbeit, der Handwerkskammern sowie der

Finanzbehörden. Für die Handwerkszählung werden die Daten der Unternehmen ausgewertet, die im Berichtsjahr steuerbaren Umsatz aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von mindestens 17 500 Euro hatten und/oder im Durchschnitt pro Monat über mindestens 1/12 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte oder 30/12 geringfügig entlohnte Beschäftigte verfügten.

Die vierteljährliche Handwerksberichterstattung dient der Konjunkturbeobachtung. Sie bildet die Entwicklung der Umsätze sowie der sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnenden Beschäftigten der Handwerksbetriebe ab. Die Ergebnisse dieser Statistik werden ebenfalls vollständig aus der Auswertung vorhandener Daten der Finanz- und Arbeitsverwaltung erstellt. Daraus werden Messzahlen (Indizes) und Veränderungsraten errechnet. Absolute Zahlen liegen nicht vor.

im Handwerk sind Männer (2017: 81 Prozent). Sie wählten am häufigsten den Beruf des Kraftfahrzeugmechatronikers, während bei den Frauen die Ausbildung zur Friseurin am beliebtesten war. Der Anteil der Auszubildenden im Handwerk mit Abitur hat sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht. Im Jahr 2017 belief er sich auf elf Prozent.

Umsätze des zulassungspflichtigen Handwerks steigen

Über die konjunkturelle Entwicklung im Handwerk im Jahr 2017 gibt die vierteljährliche Handwerksberichterstattung Auskunft. Anders als bei der jährlichen Handwerkszählung sind hier nicht die Unternehmen, sondern die Handwerksbetriebe Gegenstand der Statistik.

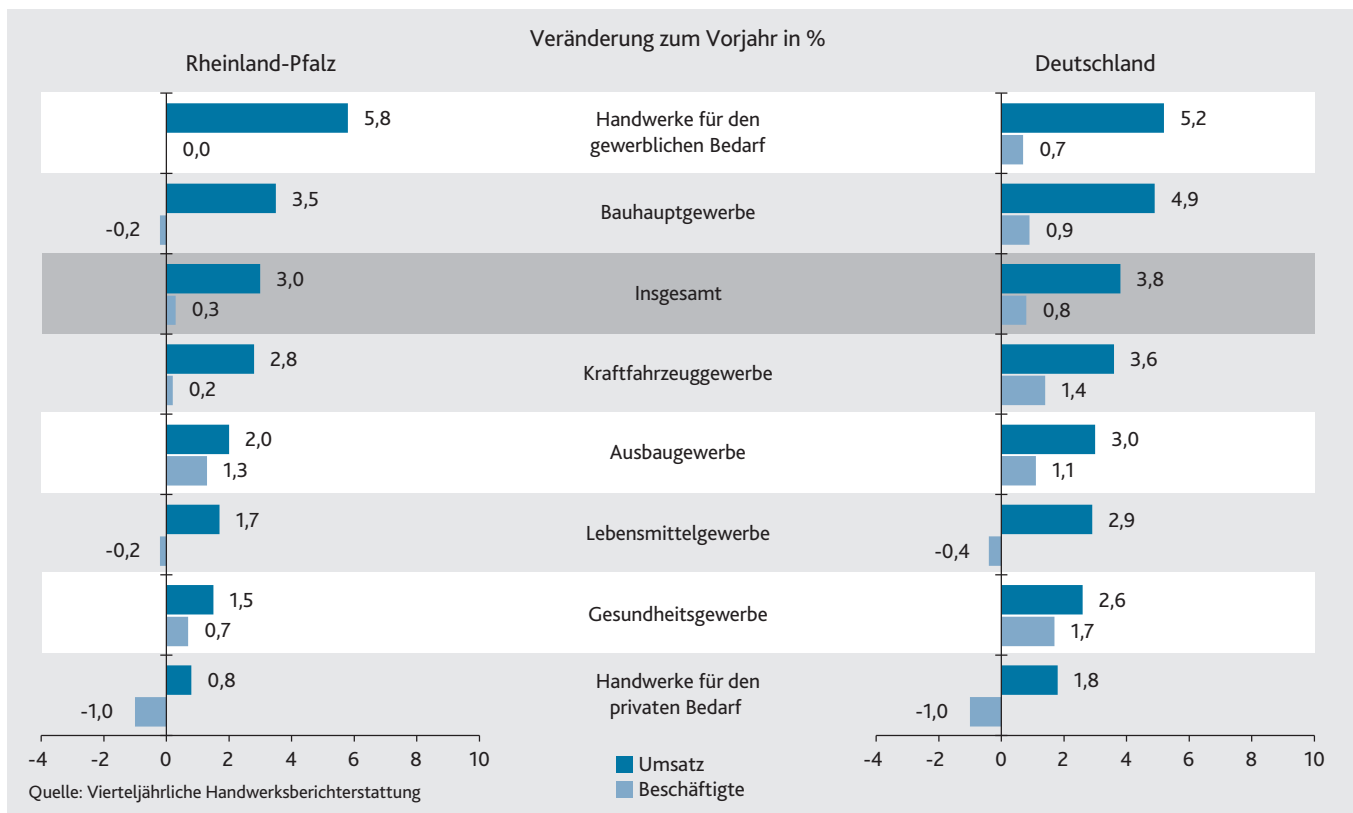
Die Umsätze im zulassungspflichtigen Handwerk legten in Rheinland-Pfalz 2017 gegenüber dem Vorjahr um drei Prozent zu (Deutschland: +3,8 Prozent). Alle sieben Gewerbezweige konnten Zuwächse verbuchen. Mit Abstand am größten waren die Umsatzsteigerungen im Handwerk für den gewerblichen Bedarf (+5,8 Prozent). Auch das Bauhauptgewerbe und das Kraftfahrzeuggewerbe meldeten deutliche Umsatzsteigerungen (+3,5 bzw. +2,8 Prozent).

Das Wachstum verlief innerhalb des Jahres 2017 nicht einheitlich. Nach einem enormen Anstieg der Umsätze im ersten Quartal (+4,7 Prozent) sank die Zunahme im Folgequartal auf den niedrigsten Wert in 2017. Von Juli bis September lagen die Umsätze mit einem Zuwachs von 2,8 Prozent wieder deut-

Wachstum
verläuft un-
einheitlich im
Jahresverlauf

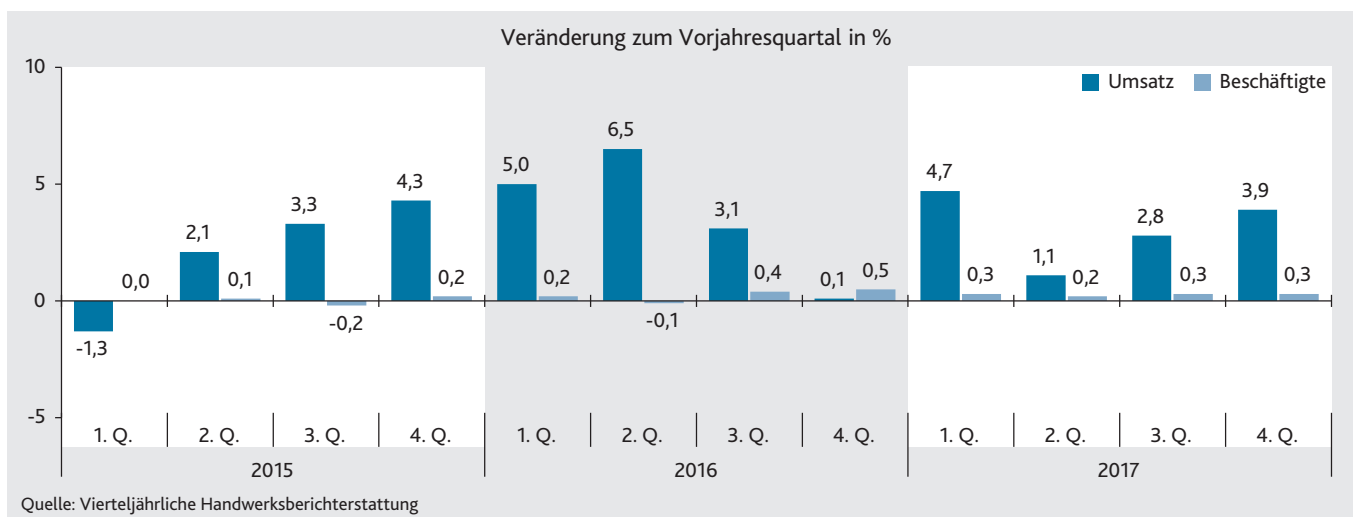
G 4

Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2017 nach Gewerbegruppen



G 5

Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk 2015–2017 nach Quartalen



lich über dem Vorjahresquartal. Ein erneutes Umsatzplus zeigte sich auch im letzten Quartal. Die Erlössteigerung betrug hier 3,9 Prozent.

Im Jahr 2017 blieb die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im zulassungspflichtigen Handwerk in Rheinland-

T 1

Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2017 nach Gewerbe- und Wirtschaftszweigen

Gewerbe­zweig	Rheinland-Pfalz				Deutschland			
	Umsatz	Beschäftigte	Umsatz	Beschäftigte	Umsatz	Beschäftigte	Umsatz	Beschäftigte
	Messzahl: 2009=100		Veränderung zu 2016 in %		Messzahl: 2009=100		Veränderung zu 2016 in %	
nach Gewerbe­zweigen								
Bauhauptgewerbe	114,5	95,1	3,5	-0,2	120,3	97,0	4,9	0,9
Ausbaugewerbe	101,9	102,3	2,0	1,3	115,0	102,6	3,0	1,1
Handwerke für den gewerblichen Bedarf	113,1	98,6	5,8	-	129,4	103,3	5,2	0,7
Kraftfahrzeuggewerbe	111,1	102,2	2,8	0,2	113,0	100,3	3,6	1,4
Lebensmittelgewerbe	113,2	99,2	1,7	-0,2	109,0	92,6	2,9	-0,4
Gesundheitsgewerbe	119,1	104,5	1,5	0,7	121,9	106,6	2,6	1,7
Handwerk für den privaten Bedarf	120,9	87,2	0,8	-1,0	113,5	86,6	1,8	-1,0
nach Wirtschaftszweigen								
Verarbeitendes Gewerbe	121,1	99,3	2,8	-0,2	123,4	99,2	4,3	0,4
Baugewerbe	109,3	99,4	3,3	0,8	116,9	99,8	3,6	1,0
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	107,6	102,2	3,4	0,7	113,3	101,1	3,8	1,3
Zulassungspflichtiges Handwerk insgesamt	110,6	99,1	3,0	0,3	117,8	99,2	3,8	0,8
Quelle: Vierteljährliche Handwerksberichterstattung								

Quelle: Vierteljährliche Handwerksberichterstattung

Tätige Personen und Beschäftigte im Handwerk

In der Handwerkszählung werden die tätigen Personen ausgewiesen. Dies umfassen alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die geringfügig entlohnenden Beschäftigten sowie die tätigen Inhaberinnen und Inhaber. Die Anzahl der tätigen Inhaber wird geschätzt. Arbeitskräfte, die von anderen Unternehmen gegen Entgelt zur Arbeitsleistung gemäß dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz überlassen wurden, werden in der Handwerkszählung nicht erfasst.

Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung stammen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit und basieren auf Auswertungen der Arbeitgebermeldungen zur Sozialversicherung. Sie beinhalten Daten zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und den geringfügig entlohn-

ten Beschäftigten. Tätige Inhaberinnen und Inhaber, nicht sozialversicherungspflichtige Gesellschafterinnen und Gesellschafter, mit-helfende Familienangehörige sowie kurzfristig geringfügig Beschäftigte sind nicht einbezogen.

Ferner ist bei der Interpretation des Merkmals Beschäftigte zu beachten, dass alle im Unternehmen sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnenden Personen erfasst werden, also auch diejenigen, die nicht im handwerklichen Bereich tätig sind (z. B. Verkaufs- und/oder Verwaltungspersonal).

Zudem liegt den Statistikdaten eine Auswertung der beschäftigten Personen zugrunde und nicht der Beschäftigungsfälle, d. h. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit jeweils mehreren Beschäftigungsverhältnissen werden nur einem und nicht mehreren Betrieben zugerechnet.

Zahl der
Beschäftigten
fast unverändert

Pfalz mit +0,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr fast unverändert (Deutschland: +0,8 Prozent). Die Entwicklung des Personalstands war in den einzelnen Handwerksbereichen allerdings uneinheitlich. Das größte Beschäftigungsplus konnte das Ausbaugewerbe verzeichnen (+1,3 Prozent). Im Gesundheitsgewerbe konnte die Zahl der Arbeitsplätze um 0,7 Prozent gesteigert werden. In den übrigen Gewerbebranchen veränderte sich die Beschäftigtenlage kaum.

Ausblick auf 2018

Umsatzsteigerungen in allen drei Quartalen

Das zulassungspflichtige Handwerk konnte im Laufe des Jahres 2018 die Umsätze zunehmend steigern. Im ersten Quartal fiel der Zuwachs um 2,8 Prozent höher aus als ein Jahr zuvor. Diese positive Entwicklung gewann an Dynamik und setzte sich von

April bis Juni fort. Die Zuwachsrate lag hier bei 3,7 Prozent. Eine weitere Steigerung mit einem deutlichen Plus von 4,4 Prozent zeigte sich im dritten Quartal.

Von diesen positiven Entwicklungen der Umsätze konnte die Beschäftigung nicht profitieren. Die einzige Zunahme im Jahresverlauf war zu Beginn des Jahres: Mit einem Plus von 0,6 Prozent nahm die Beschäftigung im zulassungspflichtigen Handwerk von Januar bis März zu. In den beiden folgenden Quartalen konnten kaum Änderungen festgestellt werden.

Beschäftigung
nahezu unverändert

Petra Wohnus, Diplom-Volkswirtin, ist Referentin im Referat „Unternehmensstatistiken“.

Die Versorgungsempfänger der öffentlichen Hand

Ergebnisse der amtlichen Statistik 2018



Von Dr. Christoph Wonke

Die amtliche Statistik erfasst jährlich die aktuellen Zahlen der Versorgungsempfängerinnen bzw. -empfänger der öffentlichen Hand. Anfang 2018 erhielten rund 55 100 Personen regelmäßige Versorgungsbezüge in Rheinland-Pfalz. Knapp 79 Prozent davon bekamen Ruhegehälter, rund 20 Prozent Witwen- bzw. Witwergeld, ein Prozent Waisengeld. Ruhestandsbeamtinnen und -beamte erhielten monatlich im Durchschnitt 3 200 Euro, Witwen und Witwer kamen auf rund 1 900 Euro, Waisen auf knapp 500 Euro. Die Anzahl der Versorgungsfälle ist langfristig gestiegen. Im Bundesvergleich liegt Rheinland-Pfalz zahlenmäßig leicht unter dem Durchschnitt der alten Bundesländer. Gleiches gilt für die Ausgaben.

Erhebung durch die amtliche Statistik

Grundlage:
das besondere
Verhältnis
zwischen der
öffentlichen
Hand und
seinen Beam-
tinnen bzw.
Beamten

Die öffentliche Hand darf die Wahrnehmung von hoheitlichen Aufgaben auf eigene Beschäftigte übertragen. Hierbei kann sie zu diesen ein besonderes öffentlich-rechtliches Dienst- und Treueverhältnis begründen. Die hierdurch zu Beamtinnen und Beamten ernannten natürlichen Personen müssen aufgrund ihrer besonderen Staatsbindung einerseits Einschränkungen beispielsweise in ihren Grundrechten hinnehmen. Andererseits ist der Staat ihnen gegenüber zu besonderer Fürsorge verpflichtet. Ein Aspekt dieser besonderen Fürsorge ist die Gewährung einer angemessenen Alterspension im Ruhestand. Richterinnen und Richter sind den Beamtinnen und Beamten hinsichtlich der Versorgungsbezüge gleichgestellt.

Im Ruhestand erhalten Beamtinnen und Beamte ein Ruhegehalt. Nach dem Tod bekommen unter bestimmten Voraussetzungen auch deren Angehörige eine Hinterbliebenenversorgung. Dazu zählen beispielsweise das Sterbegeld, das Witwen- bzw. Witwergeld sowie das Waisengeld.

Ruheständ-
lerinnen und
Ruheständler
sowie deren
Angehörige
werden be-
rücksichtigt

Die amtliche Statistik hat die Aufgabe, vergleichbare und qualitativ hochwertige Zahlen zu den Versorgungsempfängerinnen und -empfängern der öffentlichen Hand zur Verfügung zu stellen.

Dazu werden von allen infrage kommenden Dienstherren bzw. alternativ von den beauftragten Versorgungskassen jährlich umfangreiche Daten für jede Versorgungsempfängerin bzw. jeden Versorgungsempfänger erfragt. Hierzu zählen u. a.:

1. personenbezogene Daten
(Alter, Geschlecht, Familienstand, Ort)
2. Art des früheren Dienstverhältnisses
(z. B. Beamtin bzw. Beamter, RichterIn
bzw. Richter ...)
3. Art des Versorgungsanspruchs
(z. B. Ruhegehalt, Witwengeld, Waisengeld)
4. Ruhegehaltssatz, Höhe der Versorgungsbezüge in Euro.

Der Stichtag dieser Vollerhebung ist der 1. Januar des jeweiligen Bezugsjahres.

Amtliche Ergebnisse 2018¹

2018 rund
55 100 Versorgungsfälle bei
Land und
Kommunen

In Rheinland-Pfalz wurden zum Beginn des Jahres 2018 für die Kommunen und das Land insgesamt rund 55 100 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger erfasst. Davon entfielen 88 Prozent auf den Landesbereich (48 600) und zwölf Prozent auf die Kommunen (6 500).

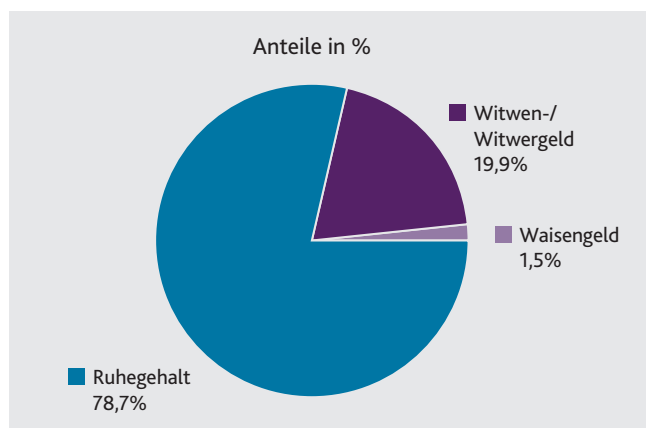
Nicht mitgezählt sind dabei nochmals rund 1 500 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, die Einrichtungen zuzuordnen sind, welche zwar unter Aufsicht des Landes Rheinland-Pfalz stehen, jedoch eigenständige Institutionen bilden (Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung, Einrichtungen nach SGB). Diese Gruppe der Empfängerinnen und Empfänger wird auch von der amtlichen Statistik erfasst. Sie soll bei der weiteren Analyse in diesem Fachbeitrag jedoch unberücksichtigt bleiben. Gleiches gilt für Empfängerinnen und Empfänger von Einmalzahlungen (z. B. Sterbegeld).

In der Gruppe der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger waren Anfang 2018

¹ Im Beitrag werden absolute Häufigkeiten mindestens auf ein Vielfaches von fünf gerundet.

G 1

Versorgungsempfänger/-innen 2018 nach Art des Versorgungsanspruchs



rund 44 Prozent Frauen (24 100 Personen). Ihr Anteil lag beim Land mit gut 45 Prozent spürbar höher als bei den Kommunen (33 Prozent).

Mehr Männer
als Frauen
unter den Versorgungsempfängern

Der Anteil der Männer unter den Versorgungsfällen betrug insgesamt entsprechend 56 Prozent (31 000 Personen). Mit 67 Prozent wurde bei den Kommunen ein deutlich höherer Männeranteil festgestellt als auf der Landesebene mit 55 Prozent.

Die Versorgungsarten sind unterschiedlich. Die häufigste Art ist das Ruhegehalt. Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter erhalten Ruhegehalt, wenn sie vor ihrem Ruhestand mindestens fünf Jahre im aktiven Dienst tätig waren. Alternativ wird Ruhegehalt gezahlt, wenn sie aufgrund eines Dienstunfalles dienstunfähig werden.

Die meisten Versorgungsfälle sind
Ruheständ-
lerinnen und
Ruheständler

Im Jahr 2018 erhielten in Rheinland-Pfalz rund 43 300 Personen ein monatliches Ruhegehalt. Damit machten diese einen Anteil von rund 79 Prozent aller Versorgungsfälle aus.

Gut die Hälfte der Empfängerinnen und Empfänger von Ruhegehalt waren Beamtinnen und Beamte aus dem Schuldienst (53 Prozent bzw. 22 900 Personen). Aus dem Bereich des

Vollzugsdienstes oder der Feuerwehr stammen nochmals rund 14 Prozent der Empfängerinnen und Empfänger (6 000 Personen). Ehemalige Richterinnen und Richter machten mit einem Prozent einen eher kleinen Anteil aus (600 Personen).

10 900 Witwen und Witwer erhalten regelmäßig Zahlungen

Die Versorgung durch die öffentliche Hand umfasst nach dem Tod der in den Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten bzw. Richterinnen und Richter auch die Hinterbliebenen. Die größte Gruppe stellen hier die Ehepartner dar (bzw. Partner von eingetragenen gleichgeschlechtlichen Partnerschaften). Anfang 2018 erhielten 10 900 Witwen und Witwer eine entsprechende Hinterbliebenenversorgung. Sie machten damit rund 20 Prozent der Versorgungsfälle aus. Von ihnen waren 37 Prozent Hinterbliebene einer Beamtin bzw. eines Beamten aus dem Schuldienst (4 000 Personen). Bei weiteren 14 Prozent war die verstorbene Beamtin bzw. der verstorbene Beamte im Vollzugsdienst oder bei der Feuerwehr beschäftigt (1 500 Personen). Der Anteil der Witwen bzw. Witwer von ehemaligen Richterinnen und Richtern beträgt zwei Prozent (200 Personen).

Rund 800 Waisen mit monatlichen Versorgungsbezügen

Neben den Ehepartnern werden auch die Kinder der Verstorbenen bedacht. Rund 800 Waisen erhielten Anfang 2018 eine Hinterbliebenenversorgung. Ihr Anteil beträgt demnach 1,5 Prozent. Bei 39 Prozent waren ihre Eltern im Schuldienst und bei weiteren 15 Prozent im Vollzugsdienst bzw. der Feuerwehr tätig. Kinder von verstorbenen Richterinnen und Richtern machten zwei Prozent der Waisengeldempfänger aus.

Die Versorgungsleistungen umfassen verschiedenste Altersspannen. Bereits Säuglinge können aufgrund des Todes eines Elternteils Waisengeld erhalten. Sie behal-

ten diesen Anspruch bis zum 18. Lebensjahr. Sind die Voraussetzungen für den Bezug von Kindergeld gegeben, so wird das Waisengeld sogar bis zum Ende des 27. Lebensjahres des Kindes gezahlt. Unter bestimmten Bedingungen können Waisen, die eine körperliche, geistige oder seelische Behinderung aufweisen, bis zu ihrem eigenen Lebensende Waisengeld erhalten.

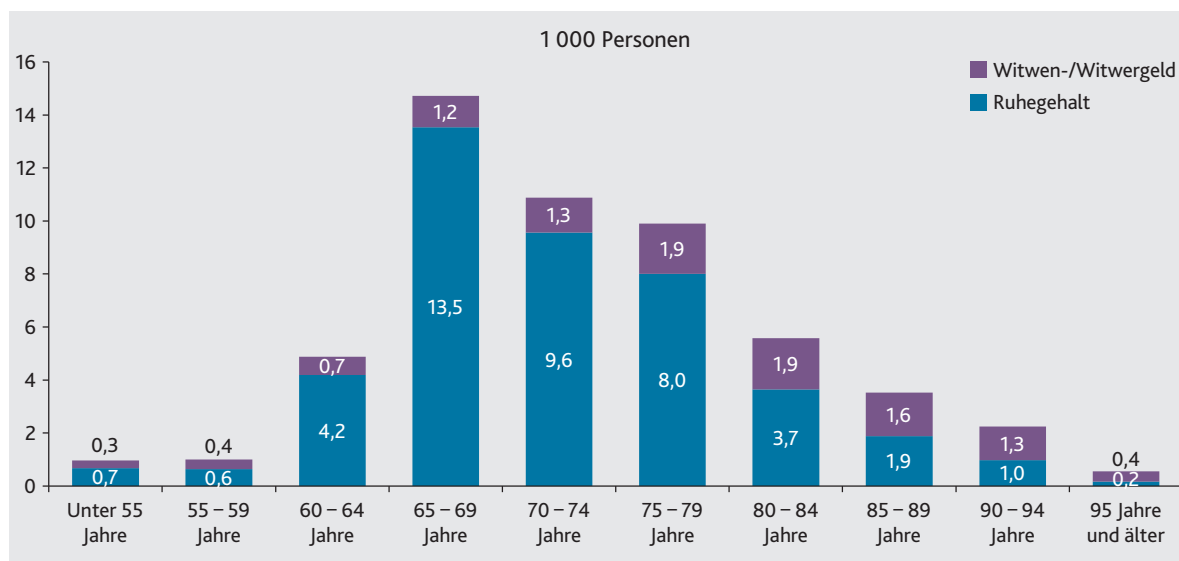
Die amtlichen Daten zu den Waisenempfängern spiegeln diese Regelungen zunächst gut wider: Da mit dem Anstieg des Lebensalters die Wahrscheinlichkeit steigt, dass zumindest ein Elternteil verstirbt, steigt die Anzahl der Waisengeldempfänger ab der Geburt kontinuierlich an. Während die Zahl in der Altersklasse der 0- bis 4-Jährigen aktuell weniger als zehn beträgt, erreicht die Anzahl ihren Maximalwert in der Altersklasse der 20- bis 24-Jährigen mit derzeit rund 230 Fällen. Die meisten jungen Erwachsenen beenden anschließend ihre Berufsausbildung; ihr Anspruch auf Waisengeld entfällt. Dementsprechend sinkt die Anzahl der Waisengeldempfänger erwartungsgemäß danach deutlich: In der Altersgruppe der 30 bis 35 Jahre alten Waisen befinden sich 2018 in Rheinland-Pfalz nur noch 15 Waisengeldempfänger. Überraschenderweise steigt die Anzahl der Waisengeldempfänger ab der Altersgruppe der 50- bis 54-Jährigen jedoch wieder deutlich an (rund 45 Personen). Dieser Effekt ist erst in der Altersgruppe der 65- bis 69-Jährigen wieder rückläufig. Der älteste Waisengeldempfänger ist 86 Jahre, die älteste Empfängerin ist 89 Jahre. Im Durchschnitt sind die Waisengeldempfänger 32 Jahre alt. Der Median liegt hingegen bei 24 Jahren.

Waisen sind durchschnittlich 32 Jahre

Die Altersverteilung sieht bei den Witwen und Witwern deutlich anders aus. Sie erhal-

G 2

Empfänger/-innen von Ruhegehalt sowie Witwen-/Witwergeld 2018 nach Altersgruppen



Witwen und Witwer sind im Durchschnitt 78 Jahre alt

ten eine entsprechende Versorgung natürlich nur dann, wenn sie mit der verstorbenen Ruhestandsbeamtin bzw. dem -beamten verheiratet waren oder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft lebten. Erwartungsgemäß finden sich in den aktuellen Daten von 2018 die jüngsten Bezieher von Witwen- bzw. Witwergeld daher erst in der Altersklasse der 30- bis 34-Jährigen. Die Anzahl der Fälle liegt hier bei weniger als fünf. Von Altersgruppe zu Altersgruppe steigt die Zahl zunächst weiter an. Sie erreicht in der Gruppe der 80- bis 84-Jährigen ihren Höhepunkt. In ihr sind rund 1 900 Empfängerinnen und Empfänger von entsprechenden Versorgungsbezügen vereint. In den nachfolgenden Altersgruppen fällt die Anzahl der Witwen- bzw. Witwergeldempfänger wieder deutlich geringer aus. Die mengenmäßigen Abstufungen sind hier beachtlich. Während in der Gruppe der 90- bis 94-Jährigen noch 1 300 Empfänger enthalten sind, fällt der Wert in der nachfolgenden Gruppe der 95- bis 99-Jährigen bereits auf rund 400 Personen. Knapp 30 der Versorgungsempfängerinnen sind sogar älter

als 100 Jahre. Während die älteste Witwe 108 ist, liegt das Alter des ältesten Witwers bei 96 Jahren. Das Durchschnittsalter der Witwen bzw. Witwer beträgt zusammen knapp 78 Jahre. Das Medianalter liegt bei 79 Jahren. Witwen sind durchschnittlich 78 Jahre, Witwer hingegen 73 Jahre alt.

Die Altersverteilung der (lebenden) Ruhegehaltsempfängerinnen bzw. -empfänger ist nochmals anders. Da Ruhegehalt auch beim Ruhestand aufgrund eines Dienstunfalls gewährt wird, beginnt die Altersverteilung bereits in der Gruppe der 25- bis 29-Jährigen. Hier sind weniger als fünf Fälle enthalten. Die Häufigkeit steigt in den nachfolgenden Altersgruppen an und erreicht seinen Maximalwert mit rund 13 500 Ruhegehaltsfällen bei den 65- bis 69-Jährigen. In dieser Altersgruppe liegt die gesetzliche Regel-Alters-Grenze für die Pensionierung. Auch bei den Ruhegehaltsempfängerinnen und -empfängern fällt die Anzahl in den nachfolgenden Altersgruppen dann deutlich ab. In der Gruppe der 80- bis 84-Jährigen finden sich nur noch 3 700 Ruhegehaltsfälle. Ihre Zahl sinkt in den nachfolgenden Alters-

Durchschnittsalter der Ruhestands-beamtinnen und -beamten beträgt 72 Jahre

gruppen stärker als bei den Witwen bzw. Witwern. So finden sich unter den 90- bis 94-Jährigen nur noch 1 000 Ruhegehaltsfälle. In der gleichen Altersgruppe sind jedoch bereits 1 300 Witwen bzw. Witwer dokumentiert. Über 100 Jahre sind lediglich rund 20 Ruhegehaltsempfängerinnen bzw. -empfänger. Die älteste Frau ist 102 Jahre, der älteste Mann hingegen 105 Jahre alt. Das Durchschnittsalter der Pensionäre beträgt 72 Jahre (Median 71 Jahre).

Unterschiedliche Altersstruktur

Im Vergleich zu den Witwen bzw. Witwern ergibt sich bei den Ruhegehaltsempfängerinnen und -empfängern ein Unterschied beim Alter: Während Witwen im Durchschnitt deutlich älter sind als ihr männliches Pendant (+5 Jahre), sind Ruhegehaltsempfängerinnen im Durchschnitt jünger als ihre männlichen Kollegen (−1 Jahr). Da Männer statistisch gesehen früher als Frauen sterben, ist dieses Ergebnis zunächst irritierend: Versterben Ruhestandsbeamtinnen schneller als ihre männlichen Berufskollegen? Klarheit ergibt sich jedoch, wenn berücksichtigt wird, dass dieses keine Zeitreihe, sondern einen Vergleich der unterschiedlichen Altersklassen darstellt und strukturelle historische Unterschiede widerspiegelt. Die Frauenquote war in den Altersklassen der heute mindestens 80 Jahre alten Personen schlicht deutlich niedriger, als bei denen, die aktuell in den Ruhestand treten. Der Altersdurchschnitt der pensionierten Frauen fällt dadurch insgesamt niedriger aus.

Höhe der Versorgungsbezüge

Die Höhe der monatlichen Versorgungsbezüge bestimmt sich nach verschiedenen Faktoren. Nachfolgend werden die Grundsätze stark vereinfacht skizziert.²

² Die Erläuterung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Insbesondere sind diverse Regelausnahmen möglich, die hier nicht thematisiert werden.

Das Ruhegehalt (R) entspricht vereinfacht dargestellt dem Produkt aus den sogenannten ruhegehaltsfähigen Dienstbezügen (Db) und dem Ruhegehaltssatz (Rs):

$$R = Db \cdot Rs \quad (1)$$

Die ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge (Db) wiederum ergeben sich im Regelfall aus den letzten Dienstbezügen der bzw. des Beschäftigten im Monat vor dem Ruhestand (ggf. Korrekturen z. B. bei Beförderungen innerhalb der letzten zwei Jahre).

Der Ruhegehaltssatz (Rs) ist hingegen abhängig von den ruhegehaltsfähigen Dienstzeiten (Z). Dabei handelt es sich einerseits um die Anzahl der Jahre, in denen der Ruheständler zuvor im öffentlichen Dienst gearbeitet hat (Anrechenbarkeit wird individuell geprüft). Zudem werden hier sowohl anerkannte Vordienstzeiten (z. B. Ausbildungszeiten, Zeiten des Grundwehrdienstes bzw. des Zivildienstes) als auch Kindererziehungszeiten berücksichtigt. Pro anrechenbarem Jahr steigt der Ruhegehaltssatz um rund 1,79 Prozentpunkte. Der Ruhegehaltssatz ist jedoch auf einen Maximalwert von derzeit 71,75 Prozentpunkten beschränkt.

$$Rs = 1,79375 \cdot Z \quad (2)$$

mit

$$\text{Max}(Rs) = 71,75$$

Stark vereinfacht ergibt sich somit aus (1) und (2):

$$R = Db \cdot (1,79375 \cdot Z) \quad (3)$$

mit

R = Ruhegehalt

Db = ruhegehaltsfähige Dienstbezüge

Z = ruhegehaltsfähige Dienstzeiten [Jahre]

Höhe des Ruhegehaltes bestimmt sich aus den Dienstbezügen und dem Ruhegehaltssatz

Monatliches
Ruhegehalt im
Durchschnitt
3 200 Euro

Je nach Biografie und erreichten Dienstbezügen fällt das Ruhegehalt demnach individuell aus. Am häufigsten waren Anfang 2018 Ruhegehälter zwischen 3 000 und 3 499 Euro: Rund 28 Prozent aller Ruhegehaltsempfängerinnen und -empfänger fielen in diese Gruppe (11 900 Personen). Nochmals gut 19 Prozent waren dem Bereich von 3 500 bis 3 999 Euro zuzuordnen (8 300 Personen). Damit erhielten in Summe knapp die Hälfte (47 Prozent) der Ruhegehaltsempfängerinnen bzw. -empfänger eine monatliche Zahlung zwischen 3 000 und knapp 4 000 Euro.

Gleichzeitig sind auch niedrigere Zahlungen dokumentiert. Ein Prozent der Pensionäre bekamen monatlich weniger als 1 500 Euro (rund 400 Personen). Die Anzahl der Spitzenempfängerinnen und -empfänger ist jedoch ebenfalls überschaubar: Ein Prozent konnte sich über monatliche Ruhegehälter von mehr als 6 000 Euro freuen (ca. 400 Personen). Das höchste monatliche Ruhegehalt betrug Anfang 2018 rund 10 000 Euro.

Im Durchschnitt lag das Ruhegehalt bei rund 3 200 Euro (Median ebenfalls ca. 3 200 Euro).

Sind Ruhestandsbeamtinnen und -beamte oder Lebenszeitbeamtinnen und -beamte verheiratet oder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft, dann erhalten ihre (Ehe-)Partner nach ihrem Tod monatlich ein Witwen- bzw. Witwergeld (Richterinnen und Richter analog).

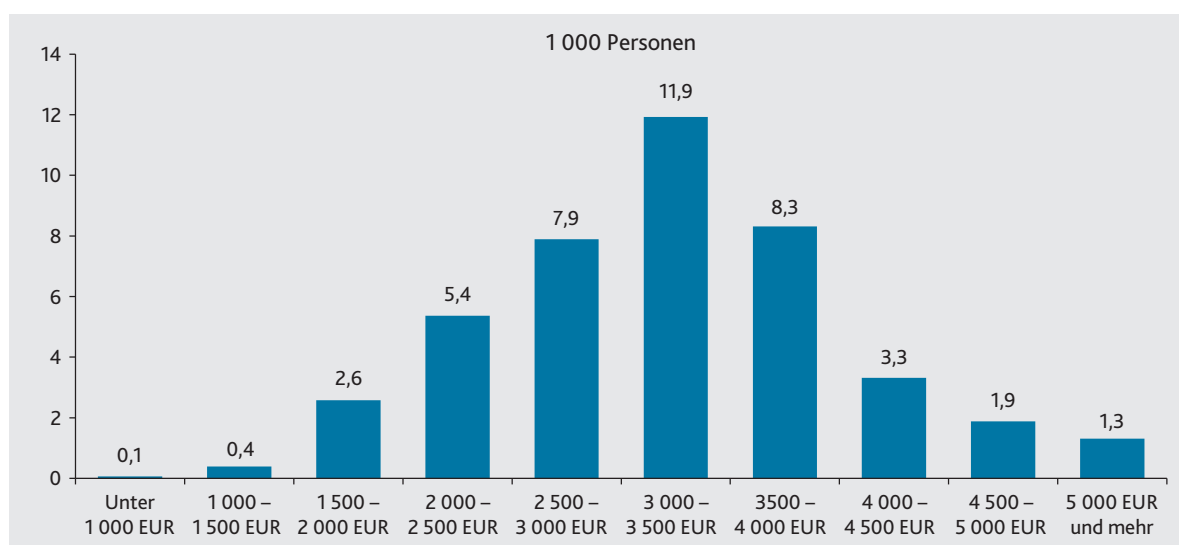
Die Höhe des Witwen- bzw. Witwergeldes bemisst sich an dem Ruhegehalt der bzw. des Verstorbenen. Haben die Partnerin bzw. der Partner noch kein Ruhegehalt erhalten, so gilt das Ruhegehalt, dass gezahlt worden wäre, wenn diese bzw. dieser am Todestag in den Ruhestand getreten wäre (fiktives Ruhegehalt).

Im Übrigen gibt es diverse Regeln, die vermutlich verhindern sollen, dass Witwen- bzw. Witwergeldansprüche missbräuchlich z. B. durch Scheinehen entstehen. In der Regel werden Ehen bzw. eingetragene Lebenspartnerschaften, die weniger als ein Jahr gedauert haben, beim Witwen- bzw. Witwergeld nicht berücksichtigt. Etwas abgeschwächt gilt das auch, wenn die Ehe bzw. eingetragene Partnerschaft erst nach

Höhe des
Witwen- bzw.
Witwergeldes
von vielen
individuellen
Faktoren
abhängig

G 3

Empfänger/-innen von Ruhegehalt 2018 nach Höhe des Ruhegehalts



dem Erreichen der Regelaltersgrenze und dem Eintritt in den Ruhestand der bzw. des Verstorbenen geschlossen wurde. Dann erhält der hinterbliebene Partner nämlich kein Witwen- bzw. Witwergeld sondern lediglich einen Unterhaltsbeitrag.

Witwen bzw. Witwer erhalten 55 Prozent des Ruhegehaltes bzw. des fiktiven Ruhegehaltes (R) der bzw. des Verstorbenen (bei sogenannten „Altehen“ 60 Prozent).

Demnach ergibt sich für das Witwen- bzw. Witwergeld (Wg) vereinfacht:

$$Wg = 0,55 \cdot R \quad (4)$$

Unter Anwendung der Formel für die Ruhegehaltsberechnung (3) folgt aus (4):

$$Wg = 0,55 \cdot [Db \cdot (1,79375 \cdot Z)] \quad (5)$$

mit

Wg = Witwengeld bzw. Witwergeld

Db = ruhegehaltsfähige Dienstbezüge

Z = ruhegehaltsfähige Dienstzeiten [Jahre]

Missbrauch von Witwen- bzw. Witwergeld wird unterbunden

Auch hier gibt es nochmals eine Regel, die offenbar den missbräuchlichen Anspruch auf Witwen- bzw. Witwergeld einschränken soll. Ist die hinterbliebene Partnerin bzw. der Partner mehr als 20 Jahre jünger, so wird das Witwen- bzw. Witwergeld pro zusätzlichem Jahr des Altersunterschiedes jeweils um fünf Prozent gekürzt, wenn aus der Ehe bzw. Partnerschaft keine Kinder hervorgegangen sind. Begrenzt wird der Abzug auf maximal 50 Prozent. Die kinderlose 40 Jahre alte Witwe eines 70-jährigen Pensionärs (Altersunterschied also 20+10 Jahre) muss demnach eine Kürzung ihres Witwengeldes um 50 Prozent hinnehmen (zehn Jahre mal fünf Prozent).

Für jedes Jahr, dass die Ehe bzw. Partnerschaft länger als fünf Jahre gedauert hat, wird dieser Abzug analog jahresbezogen wieder zurückgenommen. Im obigen Beispiel

bedeutet das, dass die kinderlose 40 Jahre alte Witwe eines 70-jährigen Pensionärs (Altersunterschied also 20+10 Jahre), die jedoch bereits seit 15 Jahren (5+10 Jahre) mit selbigem verheiratet war, dennoch den vollen Anspruch auf Witwengeld hat.

Verfügt die Witwe bzw. der Witwer selbst bereits über ein Einkommen (z. B. aus eigener Berufstätigkeit, eigene Versorgungsbezüge oder Unterhaltszahlungen), so werden die Witwen- bzw. Witwergelder unter Umständen ebenso gekürzt. Der Umfang der Reduzierung hängt von der Höhe des eigenen Einkommens sowie dem Ruhegehalt der bzw. des Verstorbenen ab.

Hat der bzw. die Verstorbene mehrere Kinder mit Waisengeldanspruch hinterlassen, so ergibt sich eine weitere Abhängigkeit: Das Witwen- bzw. Witwergeld darf aufgrund gesetzlicher Vorgaben zusammen mit dem Waisengeld aller Kinder nicht höher sein, als das Ruhegehalt der bzw. des Verbliebenen.

Für das Witwen- bzw. Witwergeld ergibt sich demnach aus (5):

$$Wg = 0,55 \cdot [Db \cdot (1,79375 \cdot Z)] \cdot (1 - Rd) \quad (6)$$

mit

Wg = Witwengeld bzw. Witwergeld

Db = ruhegehaltsfähige Dienstbezüge

Z = ruhegehaltsfähige Dienstzeiten [Jahre]

Rd = Reduzierung $\left\{ \begin{array}{l} \text{Altersunterschied} \\ \text{Ehedauer, Waisen} \\ \text{eigenes Einkommen} \end{array} \right.$

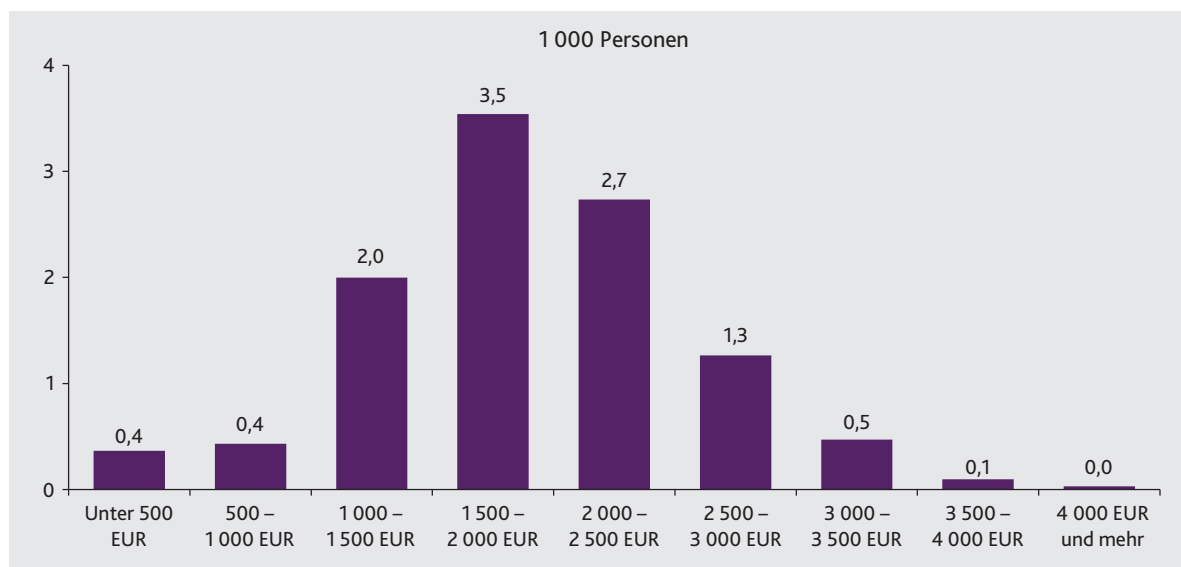
Das Witwen- bzw. Witwergeld ist demnach von vielen individuellen Faktoren des Verstorbenen, des Partners sowie seiner Kinder abhängig.

Entsprechend heterogen war die aktuelle Verteilung zum Anfang des Jahres 2018:

Witwen-/Witwergeld: Anrechnung von eigenem Einkommen

G 4

Empfänger/-innen von Witwen-/Witwergeld 2018 nach Höhe des Witwen-/Witwergeldes



Monatliches
Witwen- bzw.
Witwergeld im
Durchschnitt
1 900 Euro

Die niedrigsten monatlichen Witwen-/Witwergelder starten bei weniger als 100 Euro. Die höchste dokumentierte monatliche Zahlung betrug rund 6 100 Euro. Knapp ein Drittel der Betroffenen erhielten Zahlungen zwischen 1 500 und 2 000 Euro (32 Prozent bzw. 3 500 Personen). Bei nochmals 25 Prozent lag das Witwen- bzw. Witwergeld zwischen 2 000 und 2 500 Euro (2 700 Personen). Damit bekamen mehr als die Hälfte der betroffenen Personen monatliche Auszahlungen zwischen 1 500 und 2 500 Euro. Sehr hohe Einnahmen konnten nur relativ wenige Versorgungsempfängerinnen und -empfänger erzielen. Lediglich ein Prozent der hinterbliebenen Witwen und Witwer erhielten Versorgungszahlungen von 3 500 Euro und mehr (130 Personen). Im Durchschnitt aller Empfängerinnen und Empfänger wurden rund 1 900 Euro monatlich gezahlt; das betrifft sowohl das arithmetische Mittel als auch den Medianwert. Witwer erhielten im Durchschnitt rund 1 400 Euro, Witwen hingegen gut 1 900 Euro.

Waisen können Versorgungsbezüge erhalten. Die Bezüge werden mindestens bis zum 18. Lebensjahr gezahlt.

Der Gesetzgeber hat jedoch auch hier prinzipiell Mechanismen in Kraft gesetzt, die einen Missbrauch der Waisenversorgung unterbinden sollen. So erhalten Waisen kein Waisengeld, wenn ihr Kindschaftsverhältnis erst durch eine Adoption entstand und die verstorbene Ruhegehaltsempfängerin bzw. der Ruhegeldsempfänger zum Zeitpunkt der Adoption bereits die Regelaltersgrenze überschritten hatte.

Die Höhe des Waisengeldes (Wg) bemisst sich grundsätzlich an dem Ruhegehalt der bzw. des Verstorbenen. Der Anteilssatz ist davon abhängig, ob das Kind Vollwaise oder Halbwaise ist. Lebt ein Elternteil noch, dann erhält die Halbwaise zwölf Prozent des Ruhegehaltes. Handelt es sich hingegen um eine Vollwaise, dann stehen ihr 20 Prozent des Ruhegehaltes zu. Selbiges gilt auch, wenn zwar noch ein Elternteil lebt, dieser jedoch nicht versorgungsberechtigt

Höhe des Waisengeldes ergibt sich aus unterschiedlichen individuellen Faktoren

ist (beamtenrechtliche Vollwaise). Für das Waisengeld (Wg) ergibt sich somit zunächst:

$$Wg = R \cdot a \quad (7)$$

mit

R = Ruhegehalt Verstorbene

$$a = \begin{cases} 0,12 \text{ für Halbwaisen} \\ 0,2 \text{ für Vollwaisen} \end{cases}$$

Summe der
Hinterblieben-
versorgung
maximal so
hoch wie
Ruhegehalt

Doch auch hier existieren wieder diverse Mechanismen, die zusätzlichen Einfluss haben: Sämtliche Hinterbliebenenversorgungen dürfen in Summe gesehen nicht höher sein, als das Ruhegehalt der bzw. des Verstorbenen. Hat letzterer beispielsweise neben einer Partnerin bzw. einem Partner noch viele Kinder hinterlassen, dann wird das Witwen- bzw. Witwergeld sowie das Waisengeld anteilmäßig entsprechend gekürzt.

Andererseits können Vollwaisen unter bestimmten Bedingungen sogar noch höhere Auszahlungen erzielen. Beispielsweise werden ergänzend Ersatzzahlungen in Höhe des Kindergeldes gezahlt, wenn zusätzliche Voraussetzungen gegeben sind.

Damit ergibt sich aus (7):

$$Wg = (R \cdot a) + /- K \quad (8)$$

mit

R = Ruhegehalt Verstorbene

$$a = \begin{cases} 0,12 \text{ für Halbwaisen} \\ 0,2 \text{ für Vollwaisen} \end{cases}$$

$$K = \text{Korrektur} \begin{cases} \text{berechtigte Geschwister} \\ \text{Witwen-, Witwergeld} \\ \text{Vollwaisen: Kindergeld?} \end{cases}$$

Durch Formel (3) für R ergibt sich:

$$Wg = ([Db \cdot (1,79375 \cdot Z)] \cdot a) + /- K \quad (9)$$

mit

Db = ruhegehaltsfähige Dienstbezüge

Z = ruhegehaltsfähige Dienstzeiten

$$a = \begin{cases} 0,12 \text{ für Halbwaisen} \\ 0,2 \text{ für Vollwaisen} \end{cases}$$

$$K = \text{Korrektur} \begin{cases} \text{berechtigte Geschwister} \\ \text{Witwen-, Witwergeld} \\ \text{Vollwaisen: Kindergeld?} \end{cases}$$

Somit ist die Höhe des Waisengeldes von diversen individuellen Faktoren der Waisen, des Verstorbenen, des hinterbliebenen Partners und den womöglich antragsberechtigten Geschwistern abhängig.

Die niedrigsten monatlich ausgezahlten Waisengelder lagen 2018 deutlich unter 100 Euro. Am anderen Ende der Skala waren Waisengelder in Höhe von rund 1 500 Euro festzustellen.

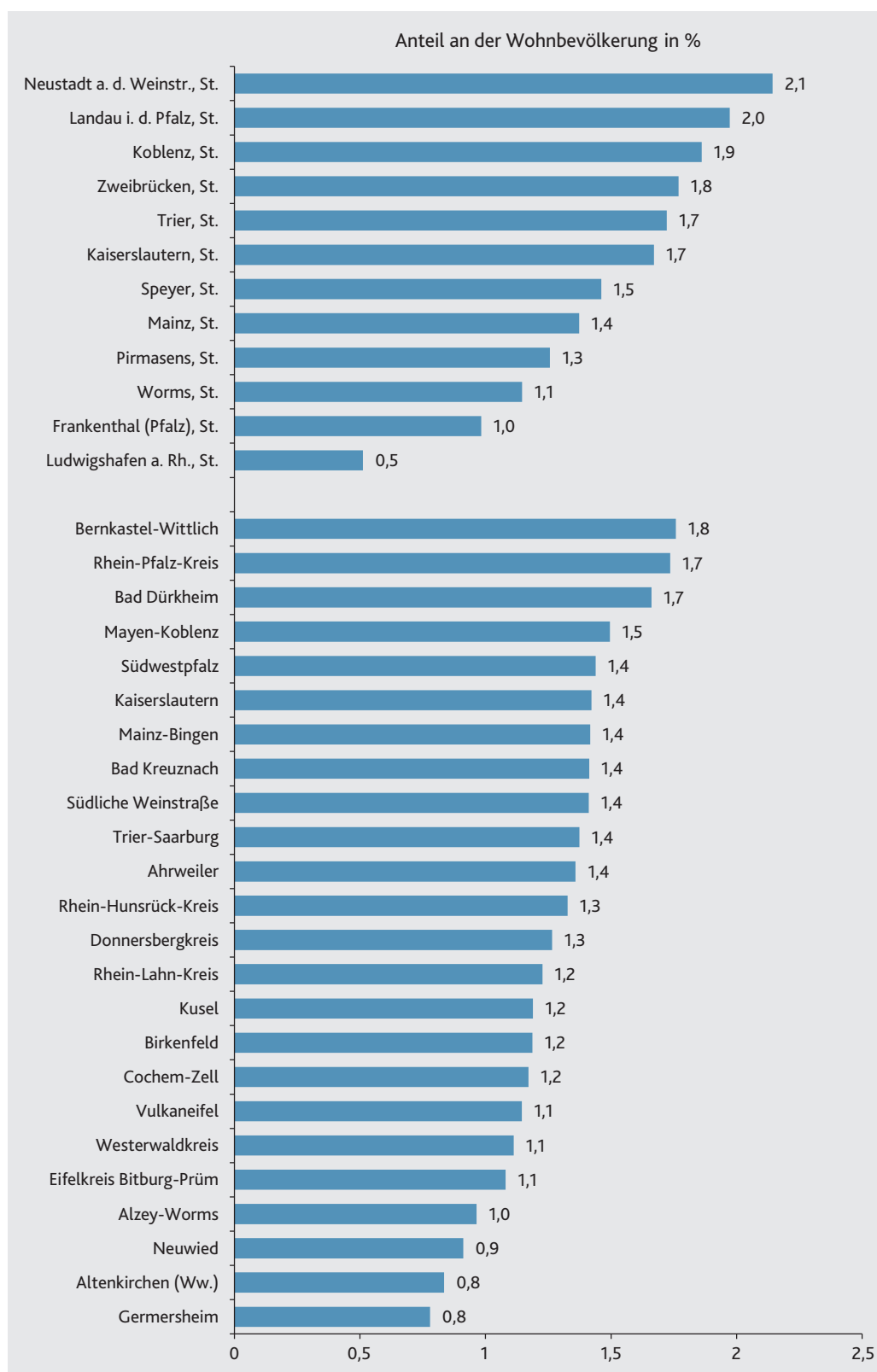
Rund zwei Drittel der Waisengeldempfänger erhielten einen Betrag von weniger als 500 Euro (66 Prozent). Weitere 26 Prozent konnten Einzahlungen vom mindestens 500 und weniger als 1 000 Euro verbuchen. Lediglich acht Prozent stand ein Waisengeld von mindestens 1 000 Euro zur Verfügung. Davon lag nur ein Fall (0,1 Prozent) sogar knapp über 1 500 Euro. Im Durchschnitt wurden rund 470 Euro (arithmetisches Mittel) gezahlt. Der Median lag bei rund 370 Euro.

Monatliches
Waisengeld
liegt bei rund
470 Euro

Bei der Detailanalyse fällt eine Besonderheit auf: Unter den Waisengeldempfängern, die über 1 000 Euro monatlich erhalten, befinden sich überdurchschnittlich oft ältere Jahrgänge: Fast 85 Prozent der Empfängerinnen und Empfänger mit mehr als 1 000 Euro sind mindestens 50 Jahre alt. Gleichzeitig repräsentiert diese Altersgruppe anzahlmäßig jedoch nur 23 Prozent aller Waisengeldempfänger.

G 5

Versorgungsempfänger/-innen 2018 nach Verwaltungsbezirken (Wohnort)



Regionale
Verteilung der
Versorgungs-
fälle ist
heterogen

Regionale Verteilung in Rheinland-Pfalz

Die Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen machten 2018 rund 1,3 Prozent der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz aus. Regional sind sie sehr unterschiedlich verteilt. In den kreisfreien Städten leben rund 14 800 Empfängerinnen und Empfänger. Ihr Anteil an der jeweiligen Bevölkerung beträgt 1,4 Prozent. Während der Anteil in Ludwigshafen mit lediglich 0,5 Prozent am kleinsten ausfällt, ist er in Neustadt an der Weinstraße mit 2,1 Prozent am höchsten. Die Landeshauptstadt Mainz liegt mit einem Wert von 1,4 Prozent relativ genau im Durchschnitt der kreisfreien Städte.

Wird zudem die räumliche Verteilung der aktiven Beamtinnen und Beamten bzw. Richterinnen und Richter betrachtet, so ergibt sich ein interessanter Effekt. Ihr Anteil an der Bevölkerung ist auch in Ludwigshafen mit 0,7 Prozent am geringsten. Der höchste Wert entfällt jedoch nicht auf Neustadt an der Weinstraße, sondern auf Landau in der Pfalz. Hier sind 3,4 Prozent der Bevölkerung aktive Beamtinnen und Beamte bzw. Richterinnen und Richter.

Neustadt an der Weinstraße scheint eine Sonderrolle einzunehmen: Obwohl die kreisfreie Stadt beim Anteil des aktiven Personals an der Bevölkerung mit 2,4 Prozent deutlich hinter Koblenz (3,1 Prozent) und Landau (3,4 Prozent) liegt, belegt sie bei den Versorgungsempfängerinnen und -empfängern klar den ersten Platz (2,1 Prozent). Auf rund 1 300 aktive Beamtinnen und Beamte bzw. Richterinnen und Richter kommen hier gut 1 100 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger. Die Quote zwischen den Versorgungsempfängerinnen bzw. -empfängern und den aktiven Beschäftigten beträgt demnach rund 90 Prozent.

Noch höhere Quoten sind in den kreisfreien Städten Worms, Zweibrücken und Pirmasens zu beobachten. Spitzenreiter ist Pirmasens mit 106 Prozent. In dieser kreisfreien Stadt wohnen demnach rund sechs Prozent mehr Versorgungsempfängerinnen und -empfänger als aktive Beamtinnen und Beamte bzw. Richterinnen und Richter. Die hinteren Ränge belegen hingegen Landau in der Pfalz und Koblenz. Hier beträgt die Quote lediglich 57 bzw. 61 Prozent. Im Durchschnitt liegt die Quote in den kreisfreien Städten bei 74 Prozent.

In den Landkreisen leben rund 35 200 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger. Ihr Anteil an der dortigen Bevölkerung beträgt durchschnittlich rund 1,3 Prozent. Die niedrigste Quote wurde für den Landkreis Germersheim ermittelt. Hier kommen nur 900 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger auf knapp 111 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Der Anteil an der Bevölkerung beträgt demnach rund 0,8 Prozent. Das Maximum war hingegen im Landkreis Bernkastel-Wittlich zu finden. Hier lag die Quote mit 1,8 Prozent mehr als doppelt so hoch.

Werden hier ebenfalls die noch aktiven Beamtinnen und Beamten bzw. die Richterinnen und Richter berücksichtigt, so werden deutliche Unterschiede sichtbar. Im Landkreis Germersheim kommen auf 100 aktive Beamtinnen und Beamte bzw. Richterinnen und Richter lediglich rund 55 Versorgungsempfängerinnen bzw. -empfänger. Der Maximalwert ist im Landkreis Birkenfeld zu beobachten. Hier entfallen auf 100 aktive Beschäftigte im Durchschnitt immerhin rund 77 Versorgungsfälle. Insgesamt liegt die Quote in den Landkreisen bei 65 Prozent.

Damit wird ein deutlicher Unterschied zwischen den kreisfreien Städten und den

74 Versorgungsfälle je 100 aktive Beschäftigte in den kreisfreien Städten

65 Versorgungsfälle je 100 aktive Beschäftigte in den Landkreisen

Landkreisen ersichtlich: In den kreisfreien Städten kommen durchschnittlich 74 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger auf 100 aktive Beschäftigte, in den Landkreisen sind es lediglich 65.

Neun Prozent wohnen nicht in Rheinland-Pfalz

Rund 9,2 Prozent der Empfängerinnen und Empfänger von rheinland-pfälzischen Versorgungsleistungen wohnen nicht im Bundesland Rheinland-Pfalz (rund 5 100).

Knapp 25 Prozent von ihnen haben ihren Wohnort in Hessen (1 300 Personen), weitere 18 Prozent in Baden-Württemberg (930 Personen), nochmals 17 Prozent im Saarland (890 Personen) sowie 16 Prozent in Nordrhein-Westfalen (800 Personen). Die wenigsten Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsleistungen aus Rheinland-Pfalz wohnen hingegen im Bundesland Sachsen-Anhalt (0,2 Prozent bzw. zehn Personen).

In den oben genannten 5 100 Personen sind zudem noch rund 140 Empfängerinnen und Empfänger enthalten, die ihren Wohnsitz außerhalb von Deutschland haben (2,7 Prozent).

Langfristige Entwicklung seit den 70er-Jahren

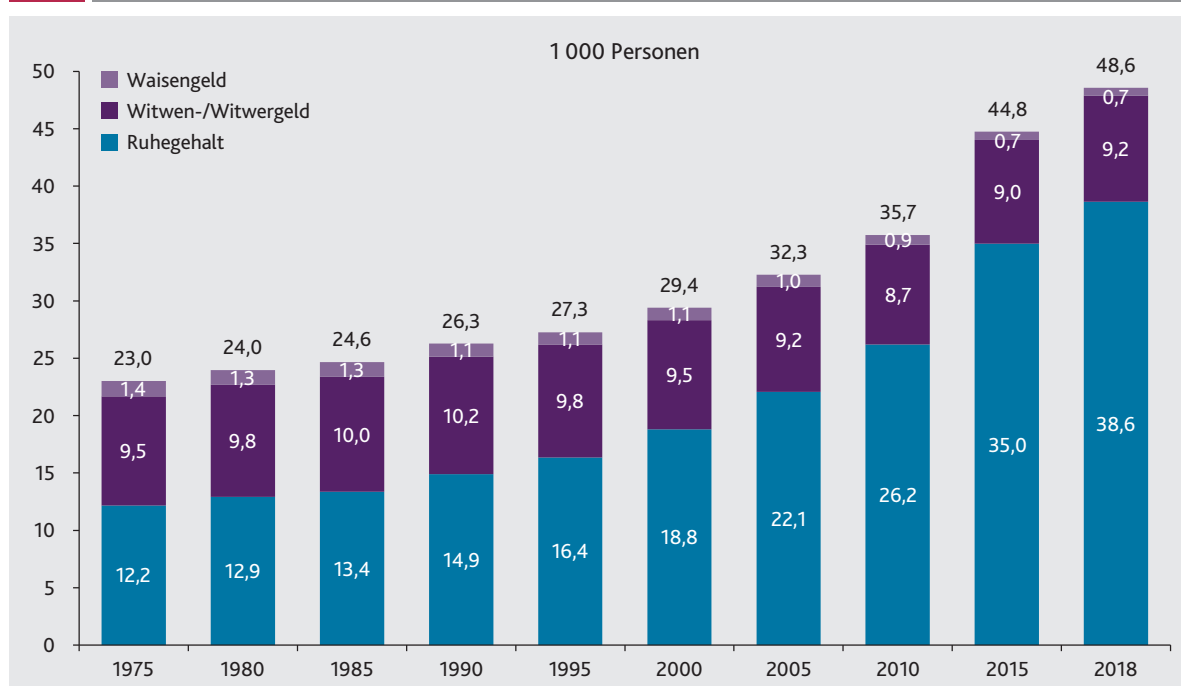
Die Anzahl der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger hat sich in den letzten 40 Jahren auf der Landesebene mehr als verdoppelt. Im Jahr 1975 hat das Statistische Landesamt für den Landesbereich rund 23 000 Fälle erfasst. Zum Beginn des Jahres 2018 waren es hingegen rund 48 600; das ist eine Steigerung von 110 Prozent.

Auf Landesebene langfristig kontinuierlicher Anstieg

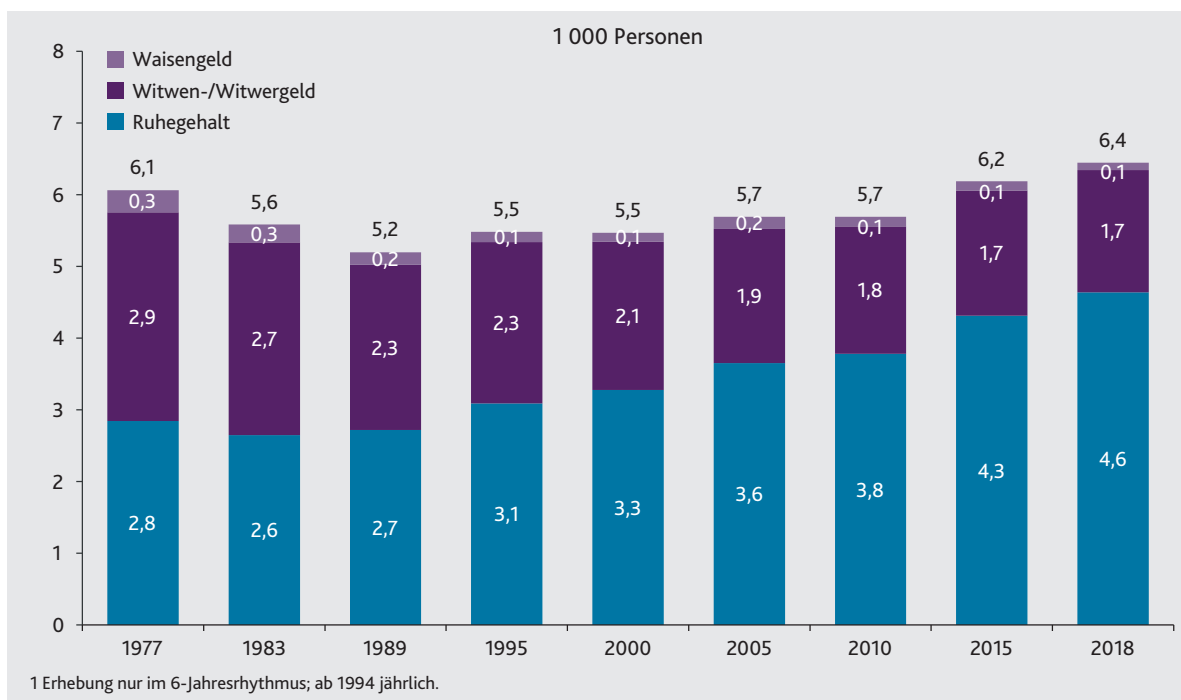
Der Anstieg ist ausschließlich durch die größere Zahl der Ruhegehaltsempfängerinnen und -empfänger entstanden. Die Zahl hat sich von 12 200 im Jahr 1975 auf aktuell 38 600 mehr als verdreifacht (+218 Prozent). Wäh-

G 6

Versorgungsempfänger/-innen auf Landesebene 1975–2018



G 7

Versorgungsempfänger/-innen auf kommunaler Ebene 1977–2018¹

rend die Zahl der Witwen- und Witwergeldempfänger nahezu konstant geblieben ist, sank die Menge der Waisengeldempfänger sogar deutlich von 1 400 im Jahr 1975 auf 700 im Jahr 2018 (–48 Prozent).

Deutlicher Anstieg der Ruhegehaltsfälle ab Ende der 80er-Jahre

Die Zahlen verdeutlichen, dass der starke Anstieg bei den Ruhegehaltsempfängerinnen und -empfänger auf Landesebene in den späten 80er-Jahren anfang und sich fortlaufend bis 2015 immer weiter beschleunigte. Erst im aktuellen Zeitraum ist die Zunahme etwas geringer geworden als in den Vorjahren.

Die amtliche Statistik erfasst die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger auf der kommunalen Ebenen erst seit dem Jahr 1977. Zudem wurden die Zahlen zunächst nur in einem Abstand von sechs Jahren ermittelt. Ab 1994 findet die Erhebung auch für die kommunale Ebene jährlich statt.

Im Jahr 1977 wurden auf der kommunalen Ebene für Rheinland-Pfalz rund 6 100 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger erfasst.

Hierbei sind gleich mehrere Strukturen interessant. Auffällig ist zum einen der sehr hohe Anteil der Hinterbliebenen: Rund 53 Prozent der Versorgungsfälle galten Witwen und Witwern sowie Waisen (2018: 28 Prozent). Zum anderen war die Anzahl der Waisen 1977 dreimal so hoch wie heute. Letztlich ist auch die Entwicklung der Zahl der Ruhegehaltsempfängerinnen und -empfänger auffällig. Sie ging bis 1989 zunächst zurück.

Sehr hoher Hinterbliebenenanteil im Jahr 1977

Hierin spiegeln sich noch die Auswirkungen der Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs wider. Kommunale Beamtinnen und Beamte, die zu Unrecht im „Dritten Reich“ aus dem öffentlichen Dienst entfernt wurden, hatten in der Bundes-

republik Deutschland einen Anspruch auf Versorgungsbezüge. Gleiches galt für diejenigen, die zum Kriegsende in den Kommunen tätig waren und zwischenzeitlich nicht aus dienstrechtlichen oder strafrechtlichen Gründen (z. B. Verurteilung wegen Verstrickung in NS-Kriegsverbrechen) aus dem Dienst entfernt wurden. Zudem hatten auch Beamtinnen und Beamte, die zwischenzeitlich in Kriegsgefangenschaft geraten waren, einen Versorgungsanspruch. Letztlich galten diese Regelungen auch für die aus den ehemaligen Reichsgebieten vertriebenen Beamtinnen und Beamte bzw. für deren Hinterbliebene (z. B. aus Ostpreußen).

Die amtliche Statistik kann aufgrund mangelnder Erfassung heute jedoch nicht mehr klären, welche kommunalen Versorgungsfälle in den Erfassungsjahren ab 1977 aufgrund des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs bestanden. Theoretisch könnten sich noch heute unter den Waisen oder Witwen entsprechende Einzelfälle befinden. Somit sind nur Aussagen zur Gesamtzahl möglich.

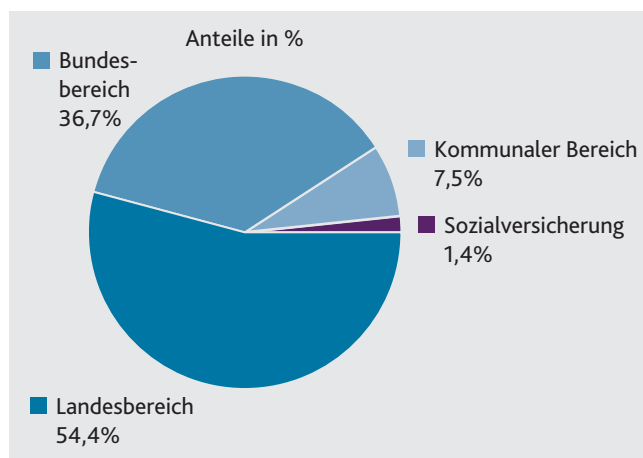
Kommunale Ebene mit deutlichem Rückgang bei der Hinterbliebenenversorgung, aber Anstieg bei den Ruhestandsbeamtinnen bzw. -beamtinnen

Die Zahl der Versorgungsfälle für Witwen und Witwer im kommunalen Bereich ging kontinuierlich von 2 900 im Jahr 1977 auf 1 700 im Jahr 2018 zurück (–41 Prozent). Im gleichen Zeitraum sank zunächst die Zahl der Ruhegehaltsempfängerinnen und -empfänger bis 1989. Von da an stieg deren Anzahl sukzessive wieder an. In Bezug zu 1977 ist bis 2018 ein Gesamtanstieg von 63 Prozent zu verzeichnen.

Die Anzahl der Waisen ging mit Ausnahme einer kurzen Periode in den 2000er-Jahren zwischen 1977 und 2018 kontinuierlich zurück (–67 Prozent).

G 8

Versorgungsempfänger/-innen bundesweit 2018 nach Körperschaften



Insgesamt wuchs die Zahl der kommunalen Versorgungsfälle zwischen 1977 und 2018 in Rheinland-Pfalz somit um rund sechs Prozent.

Bundesvergleich: Anzahl der Versorgungsfälle bei Land und Kommunen

Die amtliche Statistik erfasst auch die Versorgungsbezüge in den anderen Bundesländern.

Zu Beginn des Jahres 2018 gab es deutschlandweit rund 1,7 Millionen Versorgungsempfängerinnen und -empfänger. Davon entfielen 612 000 auf den Bundesbereich (37 Prozent), 906 000 auf den Landesbereich (54 Prozent), 125 000 auf den kommunalen Bereich (7,5 Prozent) und 23 000 auf die Sozialversicherungen (1,4 Prozent).

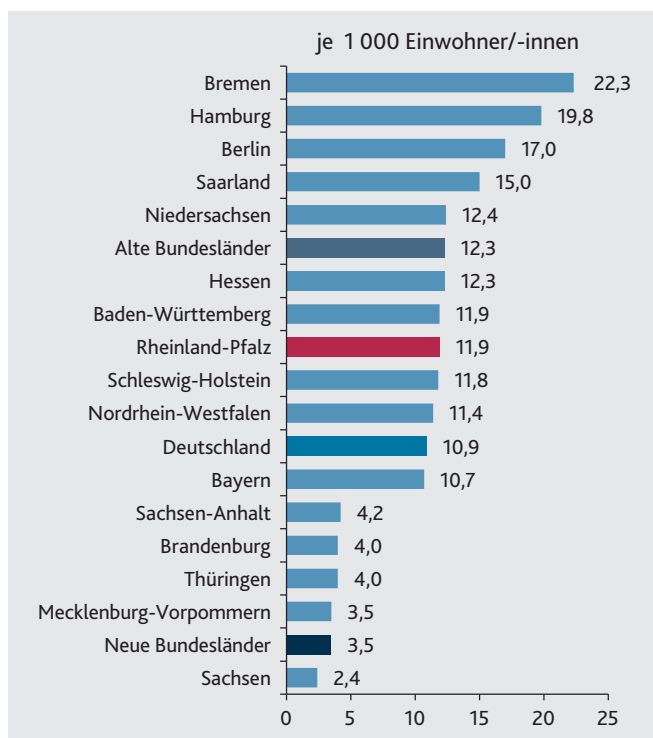
1,7 Millionen Versorgungsfälle deutschlandweit

Für einen länderübergreifenden Vergleich ist es sinnvoll, nicht die absolute Zahl der Versorgungsfälle, sondern die Versorgungsfälle je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner der Bundesländer zu betrachten.

Demnach kamen Anfang 2018 in Rheinland-Pfalz auf 1 000 Einwohnerinnen und

G 9

Versorgungsempfänger/-innen auf Landesebene 2018 nach Bundesländern



Deutliche Unterschiede zwischen alten Flächenländern, Stadtstaaten und neuen Bundesländern

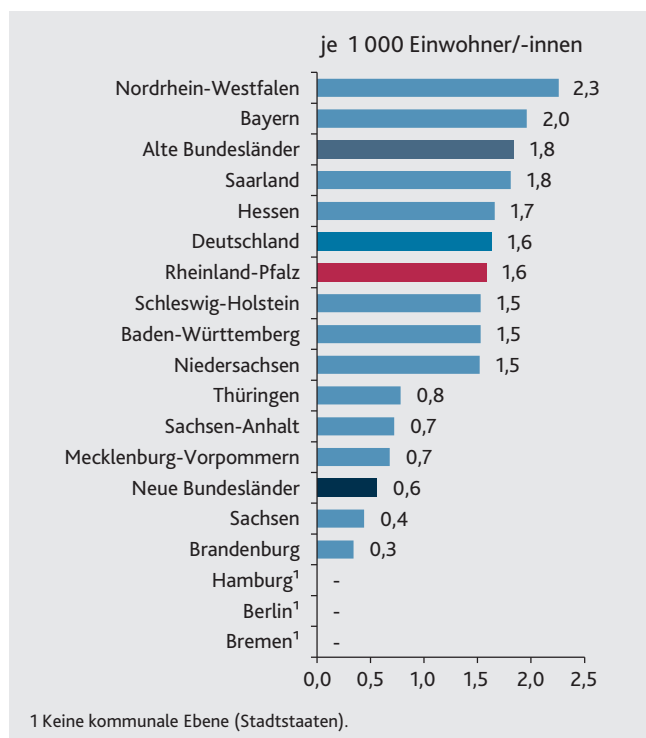
Einwohner durchschnittlich 11,9 Versorgungsempfängerinnen bzw. -empfänger auf Landesebene. Der länderübergreifende Durchschnitt liegt bei 10,9 Fällen. Betrachtet man die Länderergebnisse einzeln, so zeigt sich eine deutliche Dreiteilung zwischen den neuen Bundesländern, den alten Flächenländern und den Stadtstaaten (einschließlich Berlin).

In den neuen Bundesländern gibt es vergleichsweise wenige Versorgungsempfängerinnen und -empfänger auf der Landesebene. Hier kommen durchschnittlich lediglich 3,5 Fälle auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Am niedrigsten ist der Wert mit 2,4 in Sachsen. Der Höchstwert wird in Sachsen-Anhalt mit 4,2 Fällen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner erreicht.

Eine deutlich höhere Dichte an Versorgungsempfängerinnen und -empfängern

G 10

Versorgungsempfänger/-innen auf kommunaler Ebene 2018 nach Bundesländern



ist in den alten Bundesländern (einschließlich Berlin) zu beobachten. Auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner kommen hier durchschnittlich 12,3 Fälle. Deutlicher Spitzenreiter ist die Stadt Bremen. Hier sind durchschnittlich 22,3 Fälle dokumentiert. Nachfolgend kommen die beiden weiteren Stadtstaaten Hamburg und Berlin mit 19,8 bzw. 17 Versorgungsfällen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Bei den Stadtstaaten ist jedoch zu beachten, dass es hier keine kommunale Ebene wie in den Flächenländern gibt. Daher werden in der amtlichen Statistik hier alle Versorgungsempfänger der Landesebene zugeordnet. Den niedrigsten Wert innerhalb der alten Bundesländer weist mit durchschnittlich 10,7 Fällen Bayern auf. Rheinland-Pfalz liegt mit 11,9 Fällen unter dem Durchschnitt der alten Bundesländer.

Rheinland-Pfalz liegt auf Landesebene unter dem Durchschnitt der alten Länder

Rheinland-Pfalz liegt auf kommunaler Ebene deutlich unter dem Durchschnitt

Auf der kommunalen Ebene ist ebenfalls ein deutlicher Unterschied zwischen den neuen und alten Flächenländern ersichtlich. Die alten Länder kommen auf durchschnittlich 1,8 Versorgungsfälle, die neuen Länder hingegen nur auf 0,6 Versorgungsfälle je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Der bundesweite Durchschnitt liegt bei 1,6.

Rheinland-Pfalz liegt mit 1,6 Fällen somit sogar spürbar unter dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. Nur in Niedersachsen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein gab es bevölkerungsbezogen noch weniger Versorgungsfälle (jeweils rund 1,5 je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner). Am anderen Ende der Skala liegen Nordrhein-Westfalen und Bayern mit Werten von 2,3 und 2,0.

Bundesvergleich: Ausgaben für Versorgung bei Land und Kommunen

Die Auszahlungen für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger müssen von den öffentlichen Haushalten bestritten werden. Die Höhe der gesamten Auszahlung in den Ländern ist einerseits zwar von

der Anzahl der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger abhängig. Wie bereits aufgezeigt spielen jedoch individuelle Faktoren der Betroffenen eine große Rolle bei dem zur Auszahlung kommenden Betrag. Zudem unterscheiden sich die Regelungen in einigen Aspekten zwischen den Bundesländern. Auch die zugrunde gelegte Besoldung fällt in den Ländern unterschiedlich aus.

Demnach ist es sinnvoll, die tatsächlich ausgezahlten Gelder zu betrachten. Die aktuellsten bundesweiten Zahlen liegen lediglich für das Jahr 2017 vor.

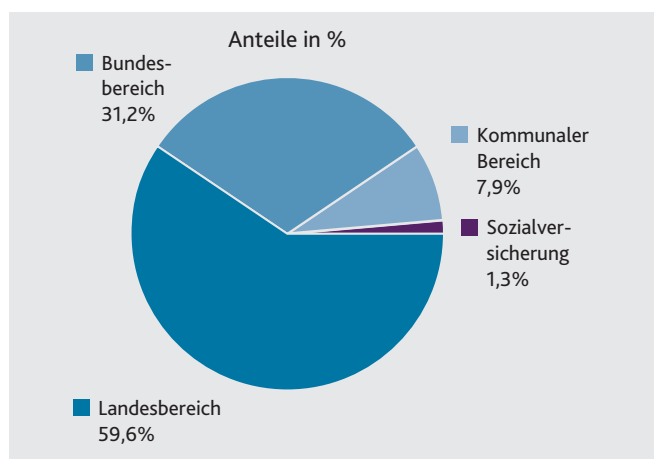
Im Jahr 2017 wurden bundesweit insgesamt 52,1 Milliarden Euro für Versorgung ausgegeben. Auf den Bundesbereich entfielen davon rund 31 Prozent (16,2 Milliarden Euro). Der Landesbereich schultert mit rund 60 Prozent den mit Abstand größten Anteil (31 Milliarden Euro). Die Kommunen gaben hingegen rund 4,1 Milliarden Euro aus. Ihr Anteil beträgt demnach 7,9 Prozent.

Insgesamt
52,1 Millionen
Euro Versor-
gungsausgaben
bundesweit

Der Löwenanteil entfiel auf die Ruhegehälter. Sie verursachten deutschlandweit durchschnittlich rund 86 Prozent der Gesamtauszahlungen (d. h. 44,6 Milliarden Euro). Spie-

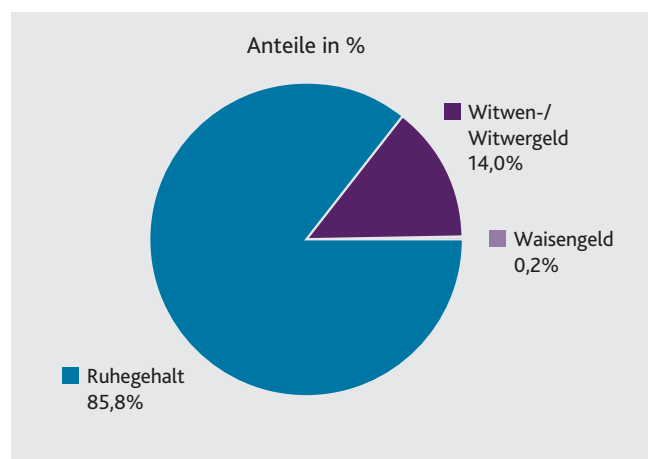
G 11

Ausgaben für Versorgungsempfänger/-innen bundesweit 2017 nach Körperschaften



G 12

Ausgaben für Versorgungsempfänger/-innen bundesweit 2017 nach Arten



gelbildlich machten demnach die Zahlungen für die Hinterbliebenen gut 14 Prozent der Kosten aus (7,5 Milliarden Euro). In den drei Körperschaftsebenen haben die Anteile eine vergleichbare Größenordnung: Im Bundesbereich und im Kommunalbereich liegt der Anteil der Ruhegehaltsauszahlungen an den Gesamtausgaben bei knapp über 80 Prozent (3,4 Milliarden Euro), auf der Landesebene hingegen bei knapp unter 90 Prozent (27,3 Milliarden Euro).

Versorgungs-
bezüge in
Höhe von
durchschnitt-
lich 375 Euro
pro Kopf

Für einen länderübergreifenden Vergleich ist die Berücksichtigung der Einwohnerzahlen sinnvoll. Auf der Landesebene wurden einwohnerbezogen deutschlandweit insgesamt rund 375 Euro für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger ausgezahlt. Auch hier fällt beim Ländervergleich wieder eine Dreiteilung auf. Die mit Abstand niedrigsten Zahlungen erfolgten mit durchschnittlich rund 80 Euro je Einwohner bzw. Einwohnerin in den neuen Bundesländern. Sachsen liegt hier bei 50 Euro, Thüringen hingegen bei rund 95 Euro.

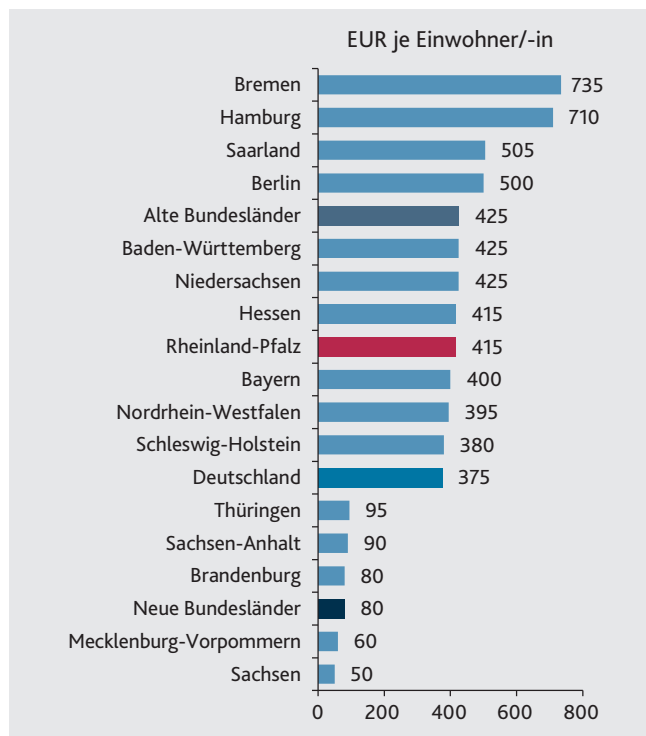
In den alten Bundesländern (einschließlich Berlin) wurden hingegen Versorgungsauszahlungen geleistet, die einem Durchschnitt von rund 425 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner entsprechen. Der höchste Wert wurde für Bremen mit 735 Euro errechnet. Es folgen Hamburg mit 710 Euro und das Saarland mit 505 Euro. Rheinland-Pfalz liegt mit einem rechnerischen Wert von rund 415 Euro im unteren Mittelfeld der alten Bundesländer. Am niedrigsten waren die Auszahlungen in den alten Bundesländern in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein (395 bzw. 380 Euro).

Mikrosimulation für Planungszwecke

Die rheinland-pfälzische Landesregierung benötigt für Planungszwecke möglichst

G 13

Ausgaben für Versorgungsbezüge auf Landesebene 2017 nach Bundesländern



genaue Berechnungen über die zukünftige Entwicklung der Ausgaben für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Landesdienstes.

Daher erarbeitet das Statistische Landesamt derzeit im Auftrag des Ministeriums der Finanzen ein komplexes Rechenmodell, das anhand der geltenden Rechtslage und Annahmen der Landesregierung über die künftige Besoldungsentwicklung die Versorgungsausgaben für die Zukunft vorausberechnet.

In die Berechnung fließen Einzeldaten aus der Personalstands- und Versorgungsempfängerstatistik zum einen direkt ein, um die Anfangsbestände an aktiven Beamtinnen und Beamten (einschließlich Richterinnen und Richtern) sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfängern differenziert nach

Statistisches
Landesamt
nutzt Daten
für Vorausbe-
rechnung der
Versorgungs-
ausgaben des
Landes

verschiedenen Merkmalen abzubilden. Zum anderen bilden Auswertungen von Einzeldaten aus diesen Statistiken die Grundlage für die Ableitung einer Reihe von Modellannahmen, beispielsweise zur Häufigkeit von Ruhestandsversetzungen wegen Dienstunfähigkeit und zur Inanspruchnahme von Ruhestandsversetzungen auf Antrag. Des Weiteren gehen Sonderauswertungen des Landesamtes für Finanzen zu Anzahl und Strukturmerkmalen der neuen und der aus dem Landesdienst ausgeschiedenen Beamtinnen und Beamten sowie auf Basis der aktuellen Sterbetafel vorausberechnete Sterbewahrscheinlichkeiten in das Modell ein.

In einer umfassenden Mikrosimulation lässt das Statistische Landesamt die aktiven und die bereits pensionierten Beamtinnen und Beamten sowie die versorgungsberechtigten Hinterbliebenen Jahr für Jahr altern. Jedes Jahr scheiden aktive Beamtinnen und Beamten aus dem Landesdienst aus, versterben oder treten in den Ruhestand. Die in den Ruhestand Tretenden bilden die Zugänge für den Bestand der Ruhestandsbeamtinnen und -beamten, von denen wiederum Jahr für Jahr ein Teil verstirbt.

Sterbefälle von aktiven und pensionierten Beamtinnen und Beamten können Versor-

gungsfälle von Hinterbliebenen, der dritten im Modell berücksichtigten Personengruppe, auslösen. Frei gewordene Stellen im aktiven Dienst werden gemäß einer Wiederbesetzungsquote sowie der empirisch ermittelten Geschlechts- und Altersstruktur bei Neuverbeamtungen neu besetzt. Auch diese virtuellen Nachfolgerinnen und Nachfolger altern in der Mikrosimulation und können Versorgungsfälle auslösen.

Die Ergebnisse der Vorausberechnung werden dem Ministerium der Finanzen in den nächsten Monaten zur Verfügung gestellt. Zu einem späteren Zeitpunkt werden die Grundzüge des Rechenmodells in den Statistischen Monatsheften vorgestellt und ein Überblick über die Ergebnisse der Vorausberechnung gegeben.

Vielen Dank Frau Christin Gewehr sowie Frau Dr. Dilek Türköz-Taylan vom Landesamt für Finanzen für die kritische Durchsicht der Beschreibung der Systematik der Versorgungsleistungsberechnung.

Dr. Christoph Wonke leitet das Referat „Öffentliche Finanzen“.

Entwicklung des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials von 2011 bis 2017

Arbeitskräfte werden knapper



Von Sebastian Fückel

Aufgrund der anhaltend guten wirtschaftlichen Entwicklung konnten zuletzt immer mehr Menschen in Rheinland-Pfalz in den Arbeitsmarkt integriert werden. In der Folge sinkt die Zahl der Erwerbswilligen, deren Arbeitskraft ungenutzt bleibt. Vor allem Unterbeschäftigte und Erwerbslose sind seltener. Der Umfang der Stillen Reserve des Arbeitsmarktes

hat sich infolge der hohen Zuwanderung Schutzsuchender hingegen leicht erhöht. Insgesamt zeigen die Ergebnisse des Mikrozensus, dass Arbeitskräfte zunehmend knapper werden. Die soziale Komposition des verbliebenen ungenutzten Arbeitskräftepotenzials zeigt, dass vor allem unter den Geringqualifizierten sowie unter den Ausländerinnen und Ausländern der Wunsch nach (Mehr-)Arbeit häufig unerfüllt bleibt.

Arbeitskräfte werden knapper

Wirtschafts-
aufschwung
hält an

Die wirtschaftliche Lage in Rheinland-Pfalz hat sich im vergangenen Jahrzehnt überaus positiv entwickelt. Zwischen 2007 und 2017 sank das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt gegenüber dem Vorjahr lediglich in zwei Fällen: im Krisenjahr 2009 um 4,7 Prozent und 2013 um 0,2 Prozent. In den übrigen Jahren stieg der Wert der hergestellten Waren und Dienstleistungen zum Teil kräftig an. Durchschnittlich wuchs die rheinland-pfälzische Wirtschaft im betrachteten Zeitraum pro Jahr um 1,4 Prozent.

Davon profitiert nicht zuletzt der Arbeitsmarkt. Insbesondere die Nachfrage nach Arbeitskräften nimmt zu. Lag die Zahl der von den Arbeitgebern gemeldeten offenen Arbeitsstellen im Jahr 2007 noch bei 14 139, hat sie sich binnen einer Dekade auf 37 936

gemeldete Stellen mehr als verdoppelt. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Menschen, die eine Erwerbstätigkeit suchen, ab. Die Erwerbslosenquote¹ sank zwischen 2007 und 2017 von sechs auf 3,3 Prozent, die Arbeitslosenquote² von 6,5 auf 4,8 Prozent.

Arbeitgeber stehen in der Folge zunehmend vor dem Problem, geeignete Bewerberinnen und Bewerber für vakante Stellen zu finden. Setzt sich der Trend der positiven wirtschaftlichen Entwicklung fort, ist angesichts des demografischen Wandels mit einer weiteren Verknappung des Arbeitskräfteangebotes zu rechnen. Denn schon in wenigen Jahren werden die geburtenstarken Jahrgänge der Baby-

Demografisch
bedingte Ver-
knappung des
Arbeitskräfte-
angebots

¹ Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen im Alter von 15 bis unter 75 Jahren gemäß der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

² Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen gemäß der Definition der Bundesagentur für Arbeit.

boomer-Generation das Rentenalter erreichen und aus dem Erwerbsleben ausscheiden, während die in der Zahl deutlich schwächer besetzten jüngeren Kohorten diesen Abgang nur in begrenztem Umfang kompensieren können.

Drei Lösungsansätze

Um der drohenden Arbeitskräftelücke zu begegnen, werden in Politik, Medien und Wissenschaft zumeist drei (kombinierbare) Lösungsansätze diskutiert:

- eine Verlängerung der Erwerbsphase der Bevölkerung (etwa durch kürzere Ausbildungszeiten oder eine weitere Aufschiebung des Renteneintrittsalters),
- eine Erhöhung des Erwerbspersonenpotenzials durch Zuwanderung (d. h. vor allem die gezielte Anwerbung ausländischer Fachkräfte), sowie
- eine bessere Ausschöpfung des vorhandenen Erwerbspersonenpotenzials (u. a. durch die Aktivierung der Stillen Reserve des Arbeitsmarktes).

Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf den letztgenannten Ansatz und zeigt die Entwicklung des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials der vergangenen Jahre auf. Zudem geht er auf ausgewählte soziale Gruppen ein, die derzeit nur unzureichend für den Arbeitsmarkt aktiviert werden, sowie auf die Gründe, die aus Sicht der Betroffenen dafür verantwortlich sind. Die präsentierten Befunde stammen aus den Erhebungen des Mikrozensus der Jahre 2011 bis 2017.³

Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial: Unterbeschäftigte, Erwerbslose und Stille Reserve

Obwohl sich die wirtschaftliche Lage in Rheinland-Pfalz zuletzt noch einmal deut-

lich verbessert hat und immer mehr Menschen einer Beschäftigung nachgehen, wird das vorhandene Arbeitskräftepotenzial nicht vollständig ausgeschöpft. Offenkundig wird dies beispielsweise an der Gruppe der Erwerbslosen, die aktiv nach Arbeit suchen, bisher jedoch noch keine passende Stelle gefunden haben. Allerdings können auch Erwerbstätige betroffen sein, sofern sie zwar in Lohn und Brot stehen, zugleich aber den Wunsch nach Mehrarbeit äußern.

Mit dem Konzept des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials sollen diese und weitere Formen der Unterauslastung des Arbeitskräfteangebotes zusammenfassend beschrieben werden. Für die konkrete Operationalisierung stehen in der Literatur unterschiedliche Varianten mit je eigenen spezifischen Vor- und Nachteilen bereit. So kann der Fokus einerseits auf der reinen Personenzahl liegen, deren Arbeitskraft nur unvollständig ausgeschöpft wird, andererseits auf dem unterausgeschöpften Arbeitsvolumen, d. h. auf den ungenutzten Arbeitszeitressourcen der Arbeitsmarktteilnehmer. Ebenso finden sich mit Blick auf die Extensität des definierten Personenkreises unterschiedliche Abgrenzungen, etwa vor dem Hintergrund unterschiedlicher arbeitsmarktpolitischer Zielsetzungen in Phasen konjunkturellen Auf- bzw. Abschwungs.

Das hier gewählte Vorgehen basiert auf einer personenbezogenen Abgrenzung und orientiert sich gemäß dem Vorschlag der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) am Labour-Force-Konzept. Es unterscheidet drei Subgruppen des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials, nämlich Unterbeschäftigte, Erwerbslose und die Stille Reserve des Arbeitsmarktes (siehe Infokasten).

Vorhandenes Arbeitskräftepotenzial wird nicht vollständig ausgeschöpft

³ Die Wahl des Zeitraums geht vor allem auf methodische Erwägungen zurück, die darauf abzielen, eine möglichst hohe Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten.

Abgrenzung des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials nach dem Labour-Force-Konzept

Unterbeschäftigte

Gemäß ILO-Definition gilt eine Person als unterbeschäftigt, wenn sie zwar einer Erwerbstätigkeit nachgeht, zugleich aber den Wunsch nach mehr Arbeitsstunden oder den Wunsch nach einer zusätzlichen Tätigkeit äußert.⁴ Zudem müssen Unterbeschäftigte für die gewünschte Mehrarbeit kurzfristig, d. h. binnen zweier Wochen verfügbar sein. Unerheblich ist es in diesem Zusammenhang, in welchem Umfang Mehrarbeit gewünscht wird. Unterbeschäftigte sind demnach eine Teilgruppe der Erwerbstätigen und somit der Erwerbspersonen.

Erwerbslose

Erwerbslose – als zweite Form des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials – bilden ebenfalls eine Untergruppe der Erwerbspersonen. Im Unterschied zu den Erwerbstätigen gehen sie keiner entlohnten Tätigkeit nach, befinden sich aber aktiv auf der Suche nach einer Beschäftigungsmög-

lichkeit. Zudem müssen sie binnen zweier Wochen für die Beschäftigungsaufnahme verfügbar sein.

Stille Reserve

Die dritte Personengruppe, die Stille Reserve, zählt im Unterschied zu den Unterbeschäftigten und den Erwerbslosen zur Gruppe der Nichterwerbspersonen. Innerhalb der Stillen Reserve sind wiederum zwei Subgruppen voneinander zu trennen. Zum einen jene Personen, die zwar nach Arbeit suchen, aber kurzfristig, d. h. binnen zweier Wochen, für eine Arbeitsaufnahme nicht zur Verfügung stehen. Zum anderen solche Personen, die zwar einen grundsätzlichen Wunsch nach Arbeit äußern, dafür auch zur Verfügung stehen, aber in den letzten vier Wochen nicht aktiv nach einer Beschäftigungsmöglichkeit gesucht haben.

Jede der drei Teilgruppen unterscheidet sich sowohl im Umfang, als auch der sozialen Zusammensetzung wie auch den Gründen, die dafür verantwortlich sind, dass ihre Arbeitskraft nicht vollständig ausgeschöpft wird. Darauf wird im Weiteren noch näher eingegangen.

4 Die Definition der ILO schränkt das Konzept der Unterbeschäftigung weiterhin auf Teilzeitbeschäftigte ein. Nachfolgend wird davon abgewichen und Unterbeschäftigte sowohl in Vollzeit als auch in Teilzeit dem ungenutzten Arbeitskräftepotenzial zugerechnet, um ein vollständiges Bild des Wunsches nach Mehrarbeit zu erhalten.

Erwerbspersonen				Nichterwerbspersonen		
Erwerbstätige			Erwerbslose	Stille Reserve		sonstige Nichterwerbspersonen
sonstige Erwerbstätige	Unterbeschäftigte			Kategorie A: suchend, nicht verfügbar	Kategorie B: verfügbar, nicht suchend	
	Vollzeit ¹	Teilzeit ¹				
	Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial					

1 Gemäß der strengen Definition des Labour-Force-Konzeptes erstreckt sich das Konzept der Unterbeschäftigung nur auf Teilzeitbeschäftigte.

Weniger Unterbeschäftigte

Fast
180 000 Erwerbs-
tätige wünschen
sich mehr
Arbeitsstunden
bzw. eine zusätz-
liche Tätigkeit

Seit dem Beginn des Jahrzehnts haben immer mehr Menschen auf dem Arbeitsmarkt Fuß gefasst. Insgesamt stieg die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 2011 und 2017 um 114 600 Personen auf 2,04 Millionen. Dies allein gibt allerdings noch nicht abschließend Auskunft darüber, inwieweit die Nachfrage der Beschäftigten nach Erwerbsarbeit befriedigt bzw. ihr Arbeitskräftepotenzial ausgeschöpft ist. So äußerten von den gut zwei Millionen Erwerbstätigen 178 600 den Wunsch nach mehr Arbeitsstunden bzw. nach einer zusätzlichen Tätigkeit. Davon waren 47 900 jedoch kurzfristig nicht für die Aufnahme der gewünschten Mehrarbeit verfügbar. Etwas mehr als ein Viertel (27 Prozent) nannte persönliche oder familiäre Gründe, die die kurzfristige Aufnahme von zusätzlichen Arbeitsstunden verhindern. Mit etwas größerem Abstand folgten Krankheit und Arbeitsunfähigkeit sowie Vereinbarkeitsprobleme mit dem bestehenden Arbeitsverhältnis.

Nur noch
6,4 Prozent der
Erwerbstätigen
sind unterbe-
schäftigt

Gemäß Definition konnten somit 130 700 Personen als unterbeschäftigt gelten, nachdem sie sowohl angaben, mehr arbeiten zu wollen, als auch für die Arbeitsaufnahme binnen zweier Wochen zur Verfügung zu stehen. Gemessen an allen Erwerbstätigen lag der Anteil der Unterbeschäftigten bei 6,4 Prozent. Das ist ein deutlich niedrigerer Wert als noch zu Beginn des Jahrzehnts. Im Jahr 2011 bewegte sich die Unterbeschäftigtenquote noch im zweistelligen Bereich, nämlich bei zehn Prozent. Der Aufschwung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren somit nicht nur dazu beigetragen, mehr Menschen in Beschäftigung zu bringen, sondern auch dazu, ihre Arbeitskraft besser auszulasten.

Vor allem Vollzeitbeschäftigte äußerten zuletzt seltener den Wunsch nach Mehrarbeit. Waren 2011 noch 98 800 Unterbeschäftigte in Vollzeit tätig, sind es heute nur noch 59 900. Auch bei den Teilzeitbeschäftigten ist ein Rückgang feststellbar, der jedoch etwas schwächer als bei den Erwerbstätigen in Vollzeit ausfällt. In der Folge haben sich die Anteile zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten unter den Unterbeschäftigten verschoben. Dominierten im Jahr 2011 die Vollzeitbeschäftigten mit 51,3 Prozent noch leicht, liegt der etwas größere Anteil mit 54,2 Prozent heute auf Seiten der Teilzeitbeschäftigten. Im Durchschnitt streben Letztere mehr Zusatzstunden als Vollzeitbeschäftigte an. Mit durchschnittlich 14,1 Stunden wünschen sich Teilzeitbeschäftigte etwa doppelt so viele zusätzliche Arbeitsstunden wie Vollzeitbeschäftigte (7,8 Stunden).

Teilzeit-
beschäftigte in
der Mehrzahl

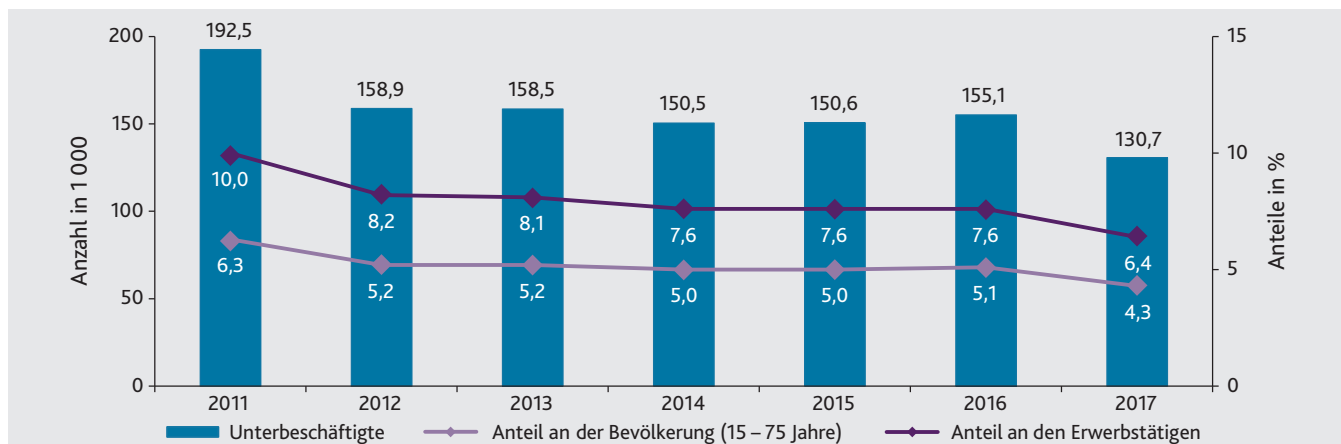
Wird die soziale Zusammensetzung der Unterbeschäftigten betrachtet, so ist zunächst keine nennenswerte Verzerrung hinsichtlich der Geschlechterstruktur erkennbar, obwohl beinahe vier von fünf Teilzeitbeschäftigten weiblich sind. Im Jahr 2017 waren 52 Prozent der Unterbeschäftigten männlich, 48 Prozent weiblich. Unterschiede stellen sich lediglich beim Umfang der gewünschten Mehrarbeit ein. So wünschten sich Frauen mit im Mittel 12,3 Stunden eine durchschnittlich um zwei Stunden längere zusätzliche Arbeitszeit als Männer (10,3 Stunden).

Die Altersstruktur der Unterbeschäftigten verrät, dass vor allem Erwerbstätige im mittleren Lebensalter über zusätzliches, bislang ungenutztes Arbeitskräftepotenzial verfügen. So weisen die 35- bis unter 45-Jährigen mit 6,6 Prozent den höchsten Unterbeschäftigtenanteil ihrer jeweiligen Altersgruppe auf.

Unterbeschäftigung ist in den mittleren Altersgruppen am weitesten verbreitet

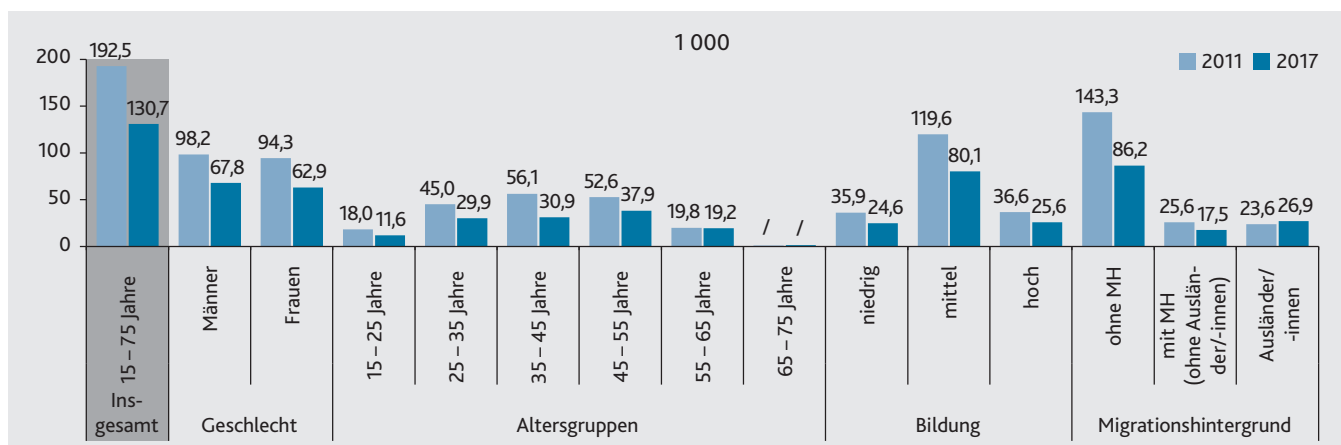
G 1

Unterbeschäftigte und Unterbeschäftigtenquote 2011–2017



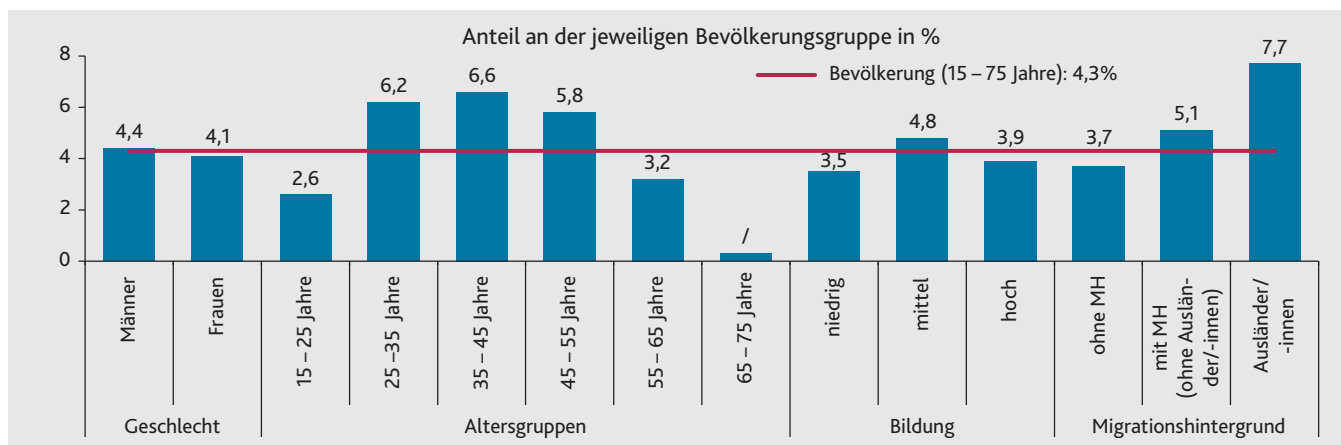
G 1a

Unterbeschäftigte 2011 und 2017 nach soziodemografischen Merkmalen



G 1b

Unterbeschäftigte 2017 nach soziodemografischen Merkmalen



Nachdem die Mehrzahl dieser Gruppe ihre berufliche Ausbildung bereits abgeschlossen hat und die Familienplanung zumeist schon weit vorangeschritten ist, rückt für sie die Auslastung ihres Erwerbslebens zunehmend in den Mittelpunkt.

Aber auch die 25- bis unter 35-Jährigen, sowie die 45- bis unter 55-Jährigen liegen mit 6,2 bzw. 5,8 Prozent über dem Bevölkerungsdurchschnitt (4,3 Prozent). Gerade bei Ersteren kann es sich zum Teil noch um Berufsanfängerinnen und -anfänger handeln, deren erste Arbeitsstelle ihnen noch nicht die gewünschte Wochenarbeitszeit ermöglicht. Zu den überrepräsentierten Personen, die sich in der Kernphase des Erwerbslebens befinden, dürften jedoch unter anderem auch viele erwerbswillige Mütter zählen, die ihre Arbeitszeit zugunsten der Kindererziehung zunächst reduziert hatten, mit dem Heranwachsen der Kinder nun aber gerne wieder länger arbeiten würden.

Nur wenige Unterbeschäftigte unter den Älteren

Eher selten sind Unterbeschäftigte jüngeren sowie höheren Alters. So lag der Anteil der Unterbeschäftigten unter den 15- bis unter 25-Jährigen lediglich bei 2,6 Prozent. In dieser Altersgruppe konkurriert die Erwerbsarbeit häufig noch mit der schulischen bzw. beruflichen Ausbildung sowie der Familienplanung. Mit 3,2 Prozent lag der Unterbeschäftigtenanteil in der Gruppe der 55- bis unter 65-Jährigen, für die der Übergang in den Ruhestand vielfach bereits absehbar ist, auf einem ähnlich niedrigen Niveau. Praktisch gegen Null tendierte er bei den verbliebenen Erwerbstätigen im Alter von 65 und mehr Jahren. Bei ihnen betrug der Unterbeschäftigtenanteil weniger als ein Prozent. Somit stellt sich für den Zusammenhang zwischen dem Lebensalter und dem Risiko, unterbeschäftigt zu sein,

ein umgekehrt u-förmiger, kurvilinear verlaufender Verlauf ein.

Aus ökonomischer Perspektive ist neben der Quantität des ungenutzten Arbeitskräfteangebots auch dessen Qualität bzw. die (zu erwartende) Produktivität der betroffenen Personen von Bedeutung. Als grober Indikator kann in diesem Zusammenhang der Bildungsgrad⁵ dienen. Ein Blick darauf verrät, dass Unterbeschäftigte vorwiegend über ein mittleres Qualifikationsniveau verfügen. Im Jahr 2017 traf dies auf 80 100 Personen zu. Knapp 25 000 Unterbeschäftigte wiesen einen niedrigeren Bildungsstand auf, knapp 26 000 Unterbeschäftigte konnten eine höhere Bildung vorweisen. Der Anteil der Unterbeschäftigten an allen Personen mit mittlerem Bildungsgrad lag bei 4,8 Prozent und damit leicht über dem Durchschnitt der erwerbsfähigen Bevölkerung (4,3 Prozent). Sowohl die Gruppe der Geringqualifizierten (3,5 Prozent) als auch die Gruppe der Hochqualifizierten (3,9 Prozent) waren hingegen unterrepräsentiert.

Unterbeschäftigte sind oftmals geringqualifiziert

Dafür ist unter anderem ein Selektionseffekt verantwortlich. Da Geringqualifizierte seltener als Personen mit mittlerem Bildungsgrad erwerbstätig sind, kann sich der Wunsch nach zusätzlichen Arbeitsstunden bei ihnen schon aus strukturellen Gründen seltener einstellen. Höherqualifizierte befinden sich auf dem Arbeitsmarkt dagegen in einer komfortableren Lage. Ihre Kenntnisse und Fähigkeiten verschaffen ihnen im Wettbewerb um Arbeitsplätze, die dem individuellen Arbeitszeitwunsch entsprechen, einen

⁵ Nachfolgend wird auf Grundlage der International Standard Classification of Education (ISCED 2011) zwischen einem niedrigen (ISCED-Level 0-2: Abschluss unterhalb des Sekundarbereiches II), einem mittleren (ISCED-Level 3-4: Abschluss aus dem Sekundarbereich II oder dem postsekundären, nicht-tertiären Bereich) und einem hohen Bildungsgrad (ISCED-Level 5-8: Abschluss aus dem Tertiärbereich) unterschieden.

Ausländerinnen und Ausländer äußern besonders häufig den Wunsch nach Mehrarbeit

Vorteil. Zudem sind Höherqualifizierte seltener in Teilzeit beschäftigt.

Zu den Gruppen mit überdurchschnittlichem Unterbeschäftigungsrisiko zählen auch Ausländerinnen und Ausländer. So ist zwar nur etwas mehr als jede neunte Einwohnerin bzw. jeder neunte Einwohner (11,5 Prozent) zwischen 15 und 75 Jahren in Rheinland-Pfalz ohne deutschen Pass. Von den Unterbeschäftigten traf dies 2017 jedoch auf mehr als jeden Fünften zu (21 Prozent). Dieser Anteil hat sich seit 2011 stark erhöht. Damals hatte nur etwa jede bzw. jeder achte Unterbeschäftigte nicht die deutsche Staatsangehörigkeit (zwölf Prozent). Die Betrachtung der absoluten Zahlen zeigt, dass sich die Zahl der unterbeschäftigten Ausländerinnen und Ausländer zwischen 2011 und 2017 um 3 300 auf 26 900 Personen erhöht hat. Im gleichen Zeitraum ist jedoch die Zahl der Unterbeschäftigten ohne Migrationshintergrund um 57 100, diejenige der Personen mit Migrationshintergrund (ohne Ausländerinnen und Ausländer) um 8 100 gefallen. Der beschriebene Zuwachs dürfte nicht zuletzt in engem Zusammenhang mit der starken Zuwanderung Schutzsuchender stehen, deren Arbeitsmarktintegration nur langsam voranschreitet.

Wird das soziale Profil der Unterbeschäftigten zusammengefasst, so ergibt sich ein erhöhtes Risiko vor allem für Personen im mittleren Lebensalter, für Erwerbstätige mit mittlerer Qualifikation sowie für Ausländerinnen und Ausländer.

Erwerbslosigkeit geht ebenfalls zurück

Ähnlich der Unterbeschäftigung haben sich auch die Kennzahlen zur Erwerbslosigkeit in den vergangenen Jahren überaus positiv entwickelt. Waren im Jahr 2011 noch

95 600 Personen erwerbslos, hat sich ihre Zahl bis 2017 auf 69 600 reduziert. Das entspricht einem Rückgang um 26 000 Personen oder um 27 Prozent. Gegenüber der Unterbeschäftigung (–32 Prozent) fiel der Rückgang der Erwerbslosigkeit anteilig zwar etwas schwächer aus, dennoch bewegt er sich auf hohem Niveau. Die Erwerbslosenquote, d. h. der Anteil der Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen, sank im betrachteten Zeitraum von 4,7 auf 3,3 Prozent.

Getragen wird der skizzierte Verlauf vor allem von der Entwicklung der Frauenerwerbslosigkeit. Noch im Jahr 2011 waren etwa gleich viele Frauen (45 700) und Männer (49 900) erwerbslos. Während sechs Jahre später aber nur 8 400 erwerbslose Männer weniger gezählt werden konnten, reduzierte sich die Zahl der erwerbslosen Frauen um mehr als das Doppelte (–17 600). In der Folge lag die Erwerbslosenquote der Frauen 2017 bei nur 2,9 Prozent, diejenige der Männer hingegen bei 3,7 Prozent. Zurückzuführen ist diese Entwicklung unter anderem auf die Ausweitung des Angebots an Teilzeitstellen, die von Männern wesentlich seltener nachgefragt werden. Zudem haben Frauen gegenüber Männern in den vergangenen Jahren überdurchschnittliche Bildungserfolge erzielt, die nicht selten eine wichtige Voraussetzung für eine gelungene Arbeitsmarktintegration sind.

Das zeigt sich auch an der Verteilung der Qualifikationsstruktur der Erwerbslosen: Mehr als jeder dritte Erwerbslose (36 Prozent) verfügte über einen Bildungsabschluss, der unterhalb des Sekundarbereiches II zu verorten war, und konnte damit als geringqualifiziert gelten. Knapp die Hälfte (49 Prozent) wies einen mittleren Bildungsgrad auf. Etwa jeder Siebte (14 Prozent)

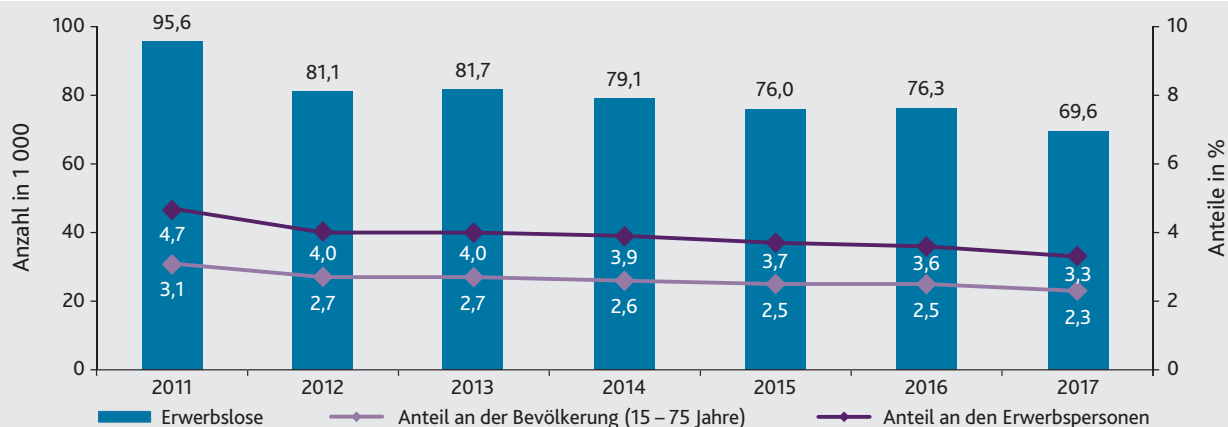
Erwerbslosigkeit geht um mehr als ein Viertel zurück

Vor allem die Frauenerwerbslosigkeit ist gesunken

Bildung entscheidet über Erwerbschancen

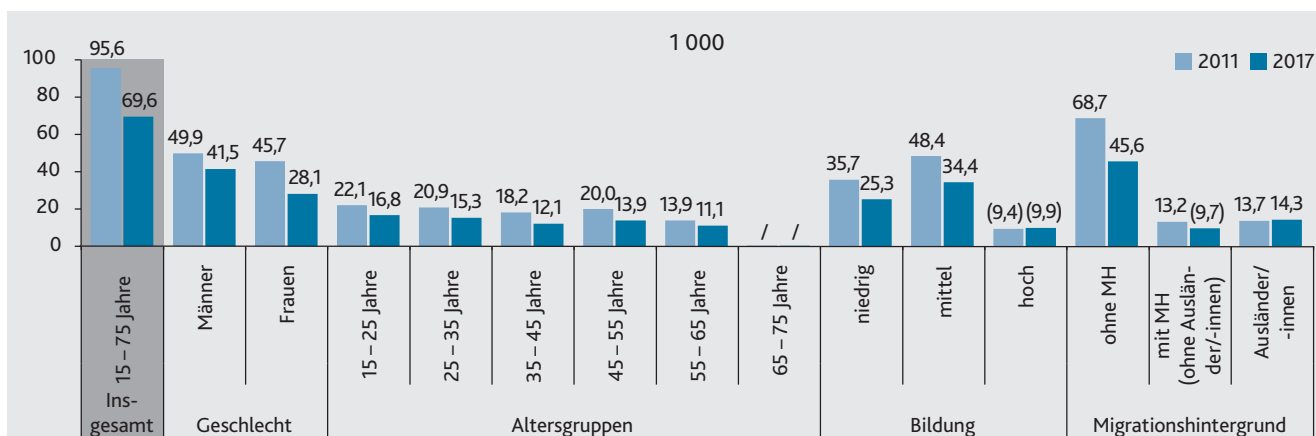
G 2

Erwerbslose und Erwerbslosenquote 2011–2017



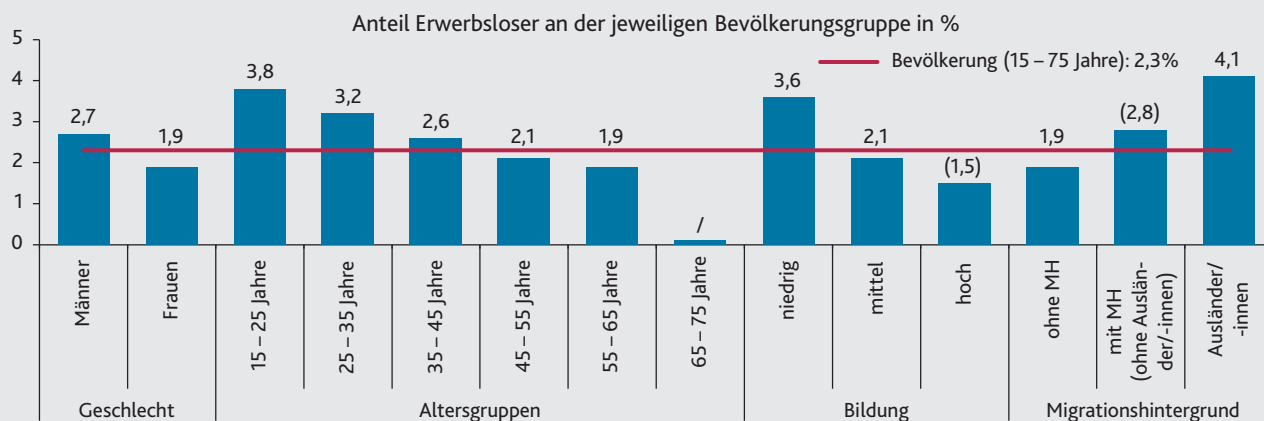
G 2a

Erwerbslose 2011 und 2017 nach soziodemografischen Merkmalen



G 2b

Erwerbslose 2017 nach soziodemografischen Merkmalen



besaß einen Abschluss aus dem Tertiärbereich, der einen hohen Bildungsstand kennzeichnet. Demgegenüber verteilte sich die Bildungsstruktur unter allen 15- bis unter 75-Jährigen zu 23 Prozent auf Geringqualifizierte, zu 55 Prozent auf Personen mit mittlerer Qualifikation und zu 22 Prozent auf Hochqualifizierte. Personen mit geringer Bildung sind demzufolge stark überrepräsentiert und haben erkennbar schlechtere Arbeitsmarktchancen als Hochqualifizierte.

Ausländerinnen und Ausländer sind überrepräsentiert

Das gilt ebenso für Ausländerinnen und Ausländer sowie für Personen mit Migrationshintergrund (ohne Ausländerinnen und Ausländer). Von allen Erwerbslosen des Jahres 2017 hatte mehr als jeder Fünfte (20,5 Prozent) nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Sechs Jahre zuvor war es hingegen nur etwa jeder Siebte (14 Prozent). Der Anteil der Erwerbslosen unter allen Ausländerinnen und Ausländern bewegte sich mit 4,1 Prozent entsprechend oberhalb des Durchschnitts der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (2,3 Prozent), ebenso der Anteilswert der sonstigen Personen mit Migrationshintergrund (2,8 Prozent). Personen ohne Migrationshintergrund waren hingegen wie schon in den Jahren zuvor leicht unterrepräsentiert (1,9 Prozent).

Erwerbsloskeitsrisiko sinkt mit zunehmendem Alter

Der jeweilige Anteil der Erwerbslosen über die einzelnen Altersgruppen hinweg weist zudem darauf hin, dass vor allem Jüngere über weiteres ungenutztes Arbeitskräftepotenzial verfügen. Mit einem Anteilswert von 3,8 Prozent ist der Erwerbslosenanteil unter den 15- bis unter 25-Jährigen am höchsten ausgeprägt, gefolgt von der Gruppe der 25- bis unter 35-Jährigen (3,2 Prozent). Auch die 35- bis unter 45-Jährigen liegen mit einem Wert von 2,6 Prozent noch leicht über dem Durchschnitt der Bevölkerung im erwerbsfähigen

Alter, während die übrigen Altersgruppen sämtlich darunterliegen. Im Unterschied zu den Unterbeschäftigten stellt sich bei den Erwerbslosen mit Blick auf die Altersstruktur also kein kurvilinearer Zusammenhang ein, vielmehr sinkt das Erwerbsloskeitsrisiko mit zunehmendem Alter kontinuierlich ab.

Zusammenfassend sind es somit erneut Geringqualifizierte sowie Ausländerinnen und Ausländer, deren Arbeitskraft überdurchschnittlich häufig ungenutzt bleibt. Zudem gilt dies unter den Erwerbslosen auch für Männer und jüngere Arbeitsmarktteilnehmer.

Starker Zulauf von Ausländerinnen und Ausländern in die Stille Reserve

Zur dritten Kategorie des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials, der Stillen Reserve, zählten im Jahr 2017 55 900 Personen. Gemessen an allen Nichterwerbspersonen im Alter von 15 bis unter 75 Jahren entsprach dies einem Anteil von 5,9 Prozent.

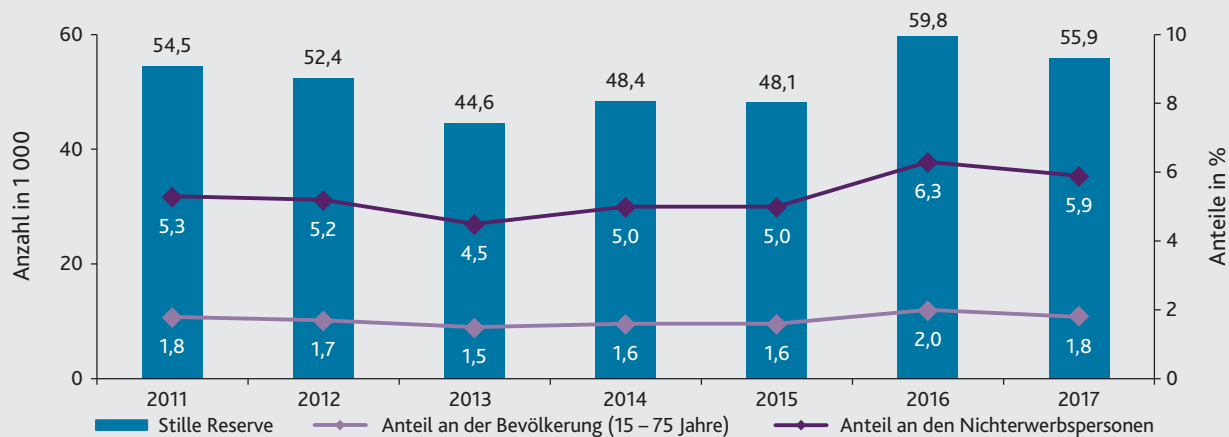
Gegenüber den Unterbeschäftigten und den Erwerbslosen gehörten der Stillen Reserve somit zwar deutlich weniger Personen an, allerdings handelt es sich bei dieser Teilgruppe um die einzige, deren Umfang seit dem Jahr 2011 gestiegen ist. Damals umfasste sie noch 1 400 Frauen und Männer weniger.

Mehr Menschen in der Stillen Reserve

Insgesamt folgt die Entwicklung im Zeitverlauf jedoch keinem einheitlichen Trend. Vielmehr schwankt der Umfang der Stillen Reserve vergleichsweise unbeständig zwischen 44 600 und 59 800 Personen. Der größte Sprung kann dabei im Übergang der Jahre 2015 und 2016 beobachtet werden (+11 700). Ursächlich für den starken Zuwachs dürfte vor allem die Zuwanderung

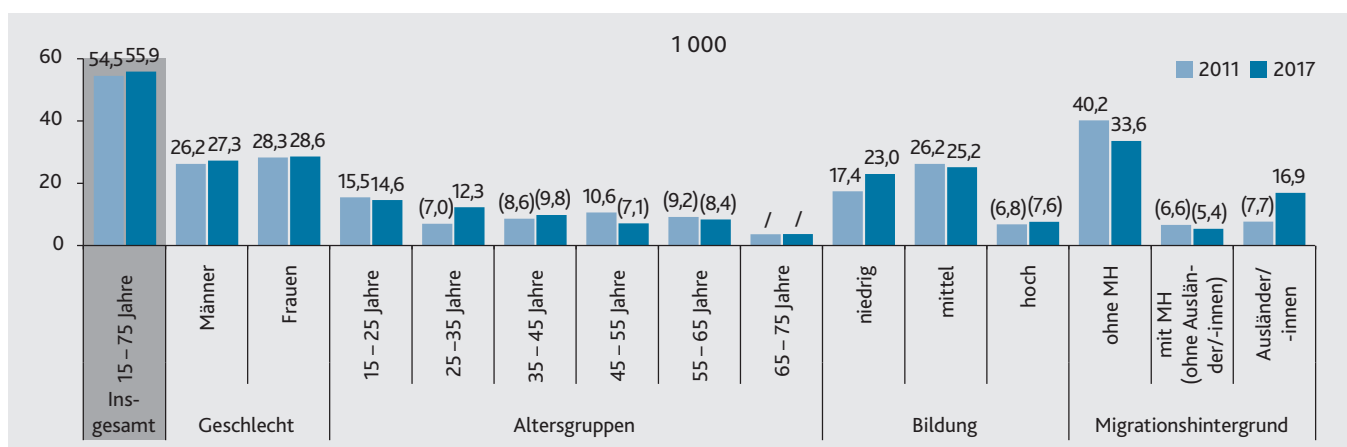
G 3

Stille Reserve und Stille Reservequote 2011–2017



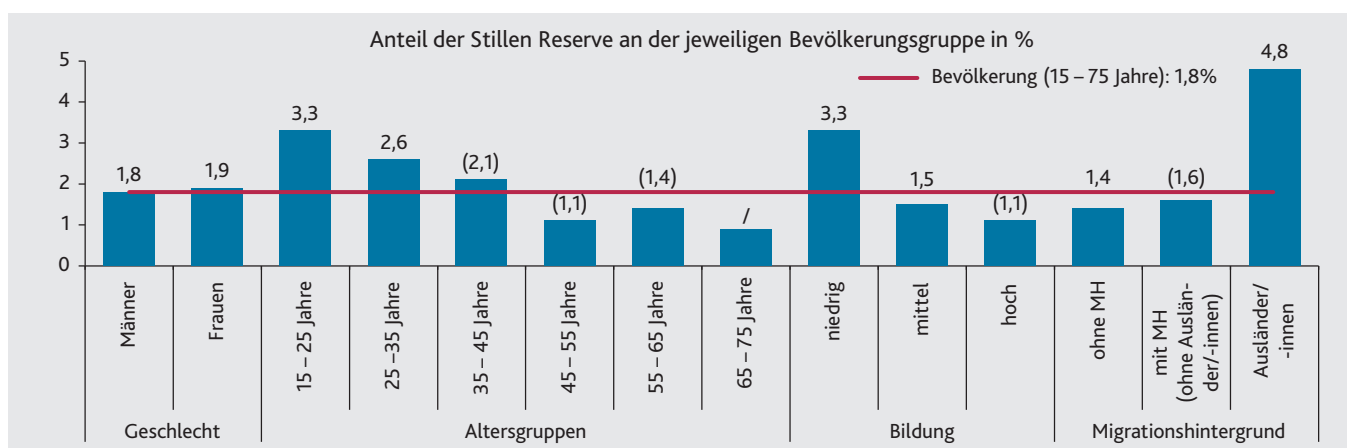
G 3a

Stille Reserve 2011 und 2017 nach soziodemografischen Merkmalen



G 3b

Stille Reserve 2017 nach soziodemografischen Merkmalen



Schutzsuchender gewesen sein, denn mit 4 200 Personen ging der Anstieg zu einem überdurchschnittlich großen Teil auf Ausländerinnen und Ausländer zurück.

Personen in der Stillen Reserve häufig ohne eigene Suchbemühung nach Erwerbsarbeit

Werden die beiden Untergruppen der Stillen Reserve gegenübergestellt, also zum einen diejenigen Personen, die nach Arbeit suchen, jedoch kurzfristig für eine Arbeitsaufnahme nicht zur Verfügung stehen (Kategorie A) und zum anderen diejenigen, die zwar prinzipiell verfügbar sind, derzeit aber nicht nach einer Erwerbstätigkeit suchen (Kategorie B), so kommen im Jahr 2017 etwa zwei Personen der Kategorie B auf eine Person der Kategorie A. Im Jahr 2011 betrug das Verhältnis hingegen noch knapp drei zu eins.

Grund für Nichtsuche oftmals unbestimmt

Auf die Frage, weshalb die Befragten derzeit nicht nach einer Erwerbstätigkeit suchten, obwohl sie einen Erwerbswunsch hegten und für den Arbeitsmarkt prinzipiell verfügbar waren, führten die meisten einen unbestimmten sonstigen Grund an (28 Prozent), gefolgt von einer schulischen oder beruflichen Ausbildung bzw. einem Studium (19 Prozent). Seltener wurden unter anderen der eigene Ruhestand, eine gesundheitliche Beeinträchtigung (Krankheit, Unfall), die Betreuung von Kindern oder Pflegebedürftigen sowie sonstige persönliche oder familiäre Gründe genannt. Auch die Einschätzung, der Arbeitsmarkt biete keine Beschäftigungsmöglichkeiten, wurde nur sehr selten angeführt.

Von denjenigen, die zwar nach einer Erwerbstätigkeit suchten, kurzfristig aber nicht zur Verfügung standen, führten mit 31,2 Prozent die meisten eine Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit als Haupthinderungsgrund an. Bei weiteren 29,4 Prozent verhin- derte ein sonstiger, nicht näher bestimmter Grund die kurzfristige Arbeitsaufnahme.

Seltener wurden die eigene Aus- oder Fortbildung sowie sonstige persönliche oder familiäre Gründe genannt.

Schon dies lässt Zweifel an der in der Öffentlichkeit populären These aufkommen, wonach es vor allem kindererziehende oder mit der Pflege von Angehörigen betraute Frauen sind, die der Stillen Reserve angehören. Ein Blick auf die soziale Zusammensetzung verdeutlicht dann auch, dass – wie schon bei den Unterbeschäftigten – eine annähernde Parität zwischen den Geschlechtern vorliegt. So zählten im Jahr 2017 rund 27 300 Männer und 28 600 Frauen zur Stillen Reserve. Eine ganz ähnliche Verteilung lag bereits 2011 vor. Damals setzte sie sich aus 26 200 Männern und 28 300 Frauen zusammen. Von einem übermäßig starken Frauenüberschuss kann also keine Rede sein.

Annähernde Parität zwischen den Geschlechtern

Auch die populäre Annahme, in der Stillen Reserve fänden sich viele Ältere, die für den Arbeitsmarkt (re-)aktiviert werden könnten, lässt sich empirisch nicht bestätigen. So gehörten ihr zuletzt 3,3 Prozent aller 15- bis unter 25-Jährigen, aber weniger als ein Prozent der 65- bis unter 75-Jährigen an. Auch unter den 25- bis unter 35-Jährigen (2,6 Prozent) und den 35- bis unter 45-Jährigen (2,1 Prozent) waren die Mitglieder der Stillen Reserve überrepräsentiert, in der Gruppe der 45- bis unter 55-Jährigen (1,1 Prozent) sowie der 55- bis unter 65-Jährigen (1,4 Prozent) hingegen unterrepräsentiert. Die Altersstruktur der Stillen Reserve ähnelt somit der Verteilung der Erwerbslosen. In beiden Gruppen nimmt der Anteil der Gruppenmitglieder mit zunehmendem Alter tendenziell ab.

Nur wenige Ältere in der Stillen Reserve

Ein Blick auf die Qualifikationsstruktur deutet auf einen eher geringen Bestand aktivierbaren Humankapitals hin. 23 000 Per-

T 1 Erwerbsgruppen und ausgewählte Erwerbsindikatoren 2011–2017

Erwerbsgruppe	2011	2013	2015	2017	2011	2013	2015	2017
	1 000				Anteile in %			
Erwerbsfähige Bevölkerung (15 – 75 Jahre)	3 045,4	3 020,3	3 026,3	3 059,3	100	100	100	100
Erwerbspersonen	2 018,8	2 036,7	2 062,3	2 107,4	66,3	67,4	68,1	68,9
Erwerbstätige	1 923,2	1 955,0	1 986,3	2 037,8	63,1	64,7	65,6	66,6
Erwerbstätige (ohne Unterbeschäftigte)	1 730,6	1 796,5	1 835,7	1 907,1	56,8	59,5	60,7	62,3
Unterbeschäftigte	192,5	158,5	150,6	130,7	6,3	5,2	5,0	4,3
Unterbeschäftigte (Vollzeit)	98,8	80,4	73,7	59,9	3,2	2,7	2,4	2,0
Unterbeschäftigte (Teilzeit)	93,7	78,1	76,8	70,8	3,1	2,6	2,5	2,3
Erwerbslose	95,6	81,7	76,0	69,6	3,1	2,7	2,5	2,3
Nichterwerbspersonen	1 026,7	983,6	964,0	951,9	33,7	32,6	31,9	31,1
Stille Reserve	54,5	44,6	48,1	55,9	1,8	1,5	1,6	1,8
Stille Reserve A (Suche, aber nicht verfügbar)	14,3	12,1	13,3	18,0	0,5	0,4	0,4	0,6
Stille Reserve B (keine Suche, aber verfügbar)	40,1	32,5	34,8	38,0	1,3	1,1	1,2	1,2
Nichterwerbspersonen (ohne Stille Reserve)	972,2	938,9	915,9	896,0	31,9	31,1	30,3	29,3
Erweitertes Erwerbspersonenpotenzial	2 073,2	2 081,4	2 110,4	2 163,3	68,1	68,9	69,7	70,7
Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial	342,6	284,8	274,7	256,2	11,2	9,4	9,1	8,4
Unterbeschäftigtenanteil (Unterbeschäftigte / Erwerbstätige)	x	x	x	x	10,0	8,1	7,6	6,4
Stille Reserveanteil (Stille Reserve / Nichterwerbspersonen)	x	x	x	x	5,3	4,5	5,0	5,9
Enge Quote des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials (Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial / Erweitertes Erwerbspersonenpotenzial)	x	x	x	x	16,5	13,7	13,0	11,8

Geringqualifizierte sind überrepräsentiert

sonen verfügten über ein geringes, weitere 25 200 Personen über ein mittleres Bildungsniveau. Nur 7 600 Personen konnten einen Abschluss aus dem Tertiärbereich vorweisen. Mit einem Anteil von 3,3 Prozent waren Mitglieder der Stillen Reserve unter den Geringqualifizierten somit deutlich überrepräsentiert. Unter den Personen mit mittlerer Qualifikation und den Hochqualifizierten finden sie sich hingegen vergleichsweise selten, nachdem ihr Anteilswert an den jeweiligen Bildungsgruppen lediglich bei 1,5 bzw. 1,1 Prozent lag.

Einen starken Zuwachs erfuhr die Stille Reserve in den vergangenen Jahren durch den Zustrom von Ausländerinnen und Ausländern. Waren im Jahr 2011 erst 7 700 Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit Teil der Stillen Reserve, erhöhte sich ihre Zahl bis zum Jahr 2017 um mehr als das Doppelte auf 16 900 Personen. Die Zahl der sonstigen Personen mit Migrationshintergrund reduzierte sich hingegen ebenso wie die Zahl der Personen ohne Migrationshintergrund um 1 200 bzw. 6 600 Nichterwerbspersonen. Bezogen auf die jeweilige

Anzahl der Ausländerinnen und Ausländer in der Stillen Reserve mehr als verdoppelt

Referenzgruppe blieb somit vor allem die Arbeitskraft von Ausländerinnen und Ausländern ungenutzt. Der Anteilswert stieg unter den Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit von 3,2 Prozent im Jahr 2011 auf 4,8 Prozent im Jahr 2017.

Das soziodemografische Profil der Stillen Reserve ähnelt somit weitgehend der sozialen Zusammensetzung der Erwerbslosen. Jüngere, Geringqualifizierte sowie Ausländerinnen und Ausländer sind überrepräsentiert. Lediglich die Verteilung der Geschlechter weicht davon ab. Wie schon bei den Unterbeschäftigten liegt zwischen Männern und Frauen annähernd eine Gleichverteilung vor.

Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial um ein Viertel gesunken

Ungenutztes
Arbeitskräfte-
potenzial
schrumpft

Die bisherigen Ausführungen haben bereits angedeutet, dass das vorhandene Arbeitskräftepotenzial in der Vergangenheit immer besser ausgeschöpft wurde. So blieb der Wunsch nach (Mehr-)Arbeit 2017 für lediglich 256 200 Personen unerfüllt. Dies entspricht einem Rückgang um 86 400 Personen bzw. 25 Prozent gegenüber dem Jahr 2011. Insgesamt folgt der Trend einem kontinuierlichen Rückbau, der lediglich 2016 kurzzeitig von der hohen Zuwanderung Schutzsuchender unterbrochen wurde.

Die Arbeits-
kraft jeder bzw.
jedes Zwölften
ist unterausge-
lastet

Gemessen an der gesamten erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 75 Jahren lag die Quote des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials zuletzt nur noch bei 8,4 Prozent. Mit anderen Worten: Die Arbeitskraft von etwa jeder zwölften Rheinland-Pfälzerin bzw. jedem zwölften Rheinland-Pfälzer blieb 2017 unterausgelastet. Sechs Jahre zuvor war dies noch bei etwa jeder neunten Einwohnerin bzw. bei etwa

jedem neunten Einwohner der Fall (11,2 Prozent). Wird als Bezugsbasis dagegen durch Ausschluss der Nichterwerbspersonen, die keinerlei Erwerbswunsch hegen, lediglich das erweiterte Erwerbspersonenpotenzial⁶ herangezogen, so lag der entsprechende Quotient etwas höher, nämlich bei 11,8 Prozent (2011: 16,5 Prozent).

Die Aufteilung des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials in seine drei Subgruppen zeigt, dass die Unterbeschäftigten im Jahr 2017 mit 130 700 Personen bzw. 51 Prozent den größten Anteil ausmachten. Davon hatten allerdings vor allem die 59 900 Personen, die bereits einer Vollzeittätigkeit nachgingen, ihre Arbeitskraft oft schon weitgehend ausgeschöpft. Zumeist wünschten sie sich nur wenige Stunden Mehrarbeit oder eine zusätzliche Stelle mit geringer Stundenzahl. Die Erwerbslosen bildeten mit 69 600 Personen bzw. einem Anteil von 27 Prozent die zweitgrößte Gruppe, gefolgt von den 55 900 Personen in der Stillen Reserve, was einem Anteil von 22 Prozent entsprach.

Unterbe-
schäftigte
dominieren

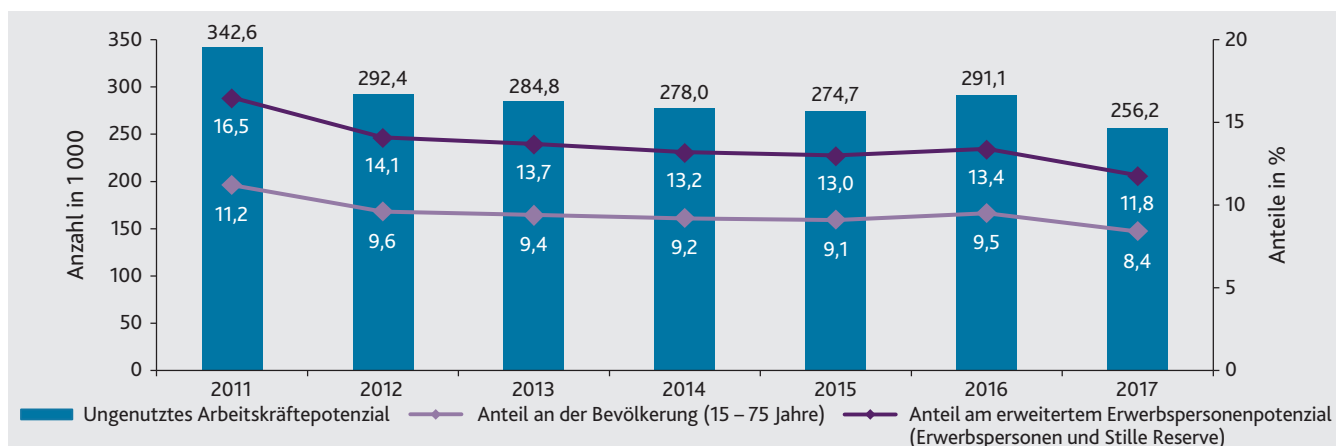
Von den drei Teilgruppen erfuhr die Unterbeschäftigung den stärksten Rückgang. Im betrachteten Zeitraum reduzierte sich ihr Umfang um beinahe ein Drittel (–32 Prozent). Auch die Erwerbslosigkeit konnte um mehr als ein Viertel gemindert werden (–27 Prozent). Die einzige Teilgruppe, die einen Zuwachs erfuhr, war die Stille Reserve (+2,6 Prozent). Dafür dürfte vornehmlich die starke Zuwanderung Schutzsuchender verantwortlich sein, strömten seit dem Jahr 2015 doch hauptsächlich junge, geringqualifizierte Männer ohne die deutsche Staatsbürgerschaft in die Stille Reserve, die u. a.

Nur die
Stille Reserve
wächst

⁶ Das erweiterte Erwerbspersonenpotenzial setzt sich aus den Erwerbspersonen sowie der Stillen Reserve des Arbeitsmarktes zusammen.

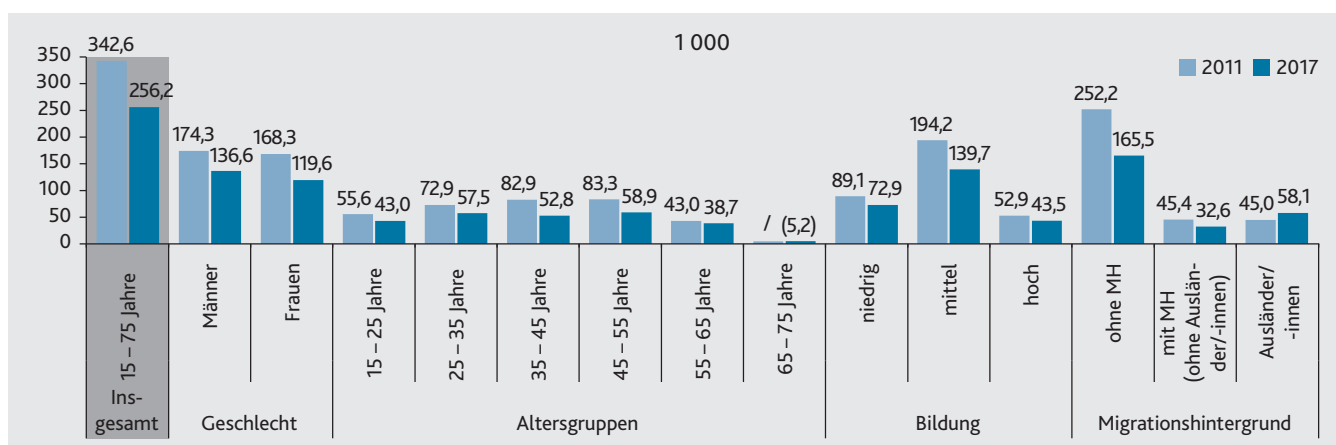
G 4

Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial 2011–2017



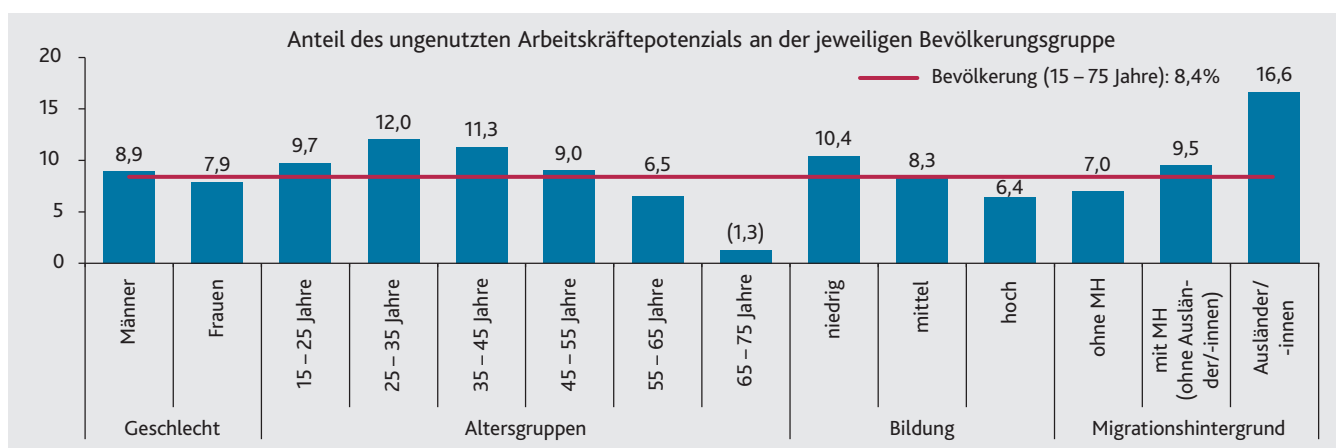
G 4a

Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial 2011 und 2017 nach soziodemografischen Merkmalen



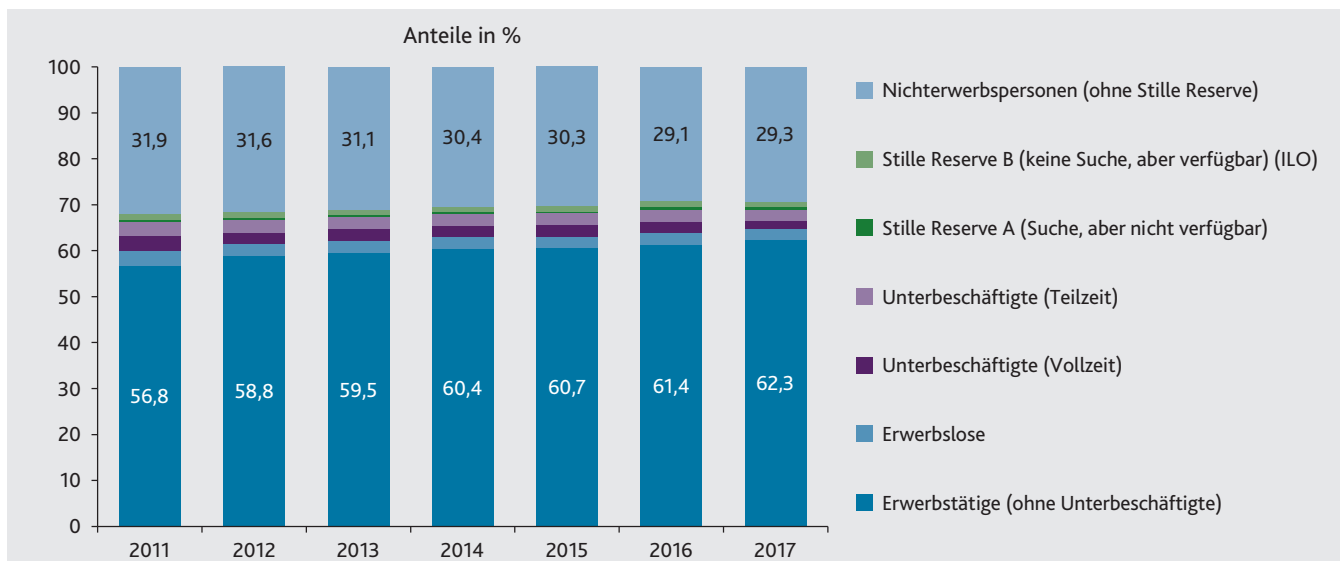
G 4b

Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial 2017 nach soziodemografischen Merkmalen



G 5

Erwerbsfähige Bevölkerung 2011–2017 nach Erwerbsgruppen



aufgrund sprachlicher, qualifikations- und informationsbezogener Defizite oftmals noch Probleme bei der Integration in den Arbeitsmarkt hatten.

Männer
anteilig
häufiger mit
ungenutzter
Arbeitskraft

Wird das soziale Profil des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials in der Gesamtschau betrachtet, stellt sich zunächst ein leichter Männerüberschuss ein. Mit einem Anteil von 8,9 Prozent an der erwerbsfähigen Bevölkerung überstieg die Quote der Männer diejenige der Frauen um einen vollen Prozentpunkt.

Arbeitskräfte-
potenzial
Älterer bereits
weitgehend
ausgeschöpft

Bezüglich der Altersstruktur lässt sich erneut ein umgekehrt u-förmiger, kurvilinear verlauf ausmachen. Vor allem unter den 25- bis unter 35-Jährigen (zwölf Prozent), aber auch unter den 35- bis unter 45-Jährigen (elf Prozent), die sich noch am Beginn bzw. in der Mitte ihres Erwerbslebens befanden, blieb das Arbeitskräftepotenzial vergleichsweise häufig unterausgeschöpft. Nur ein geringes Maß freier Arbeitskraft fand sich dagegen in den höheren Altersgruppen. Bei lediglich 6,5 Prozent der 55- bis unter 65-Jährigen

und 1,3 Prozent der 65- bis unter 75-Jährigen blieb der Wunsch nach (Mehr-)Arbeit im Jahr 2017 unerfüllt.

Die Qualifikationsstruktur des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials bestätigt auch in der Gesamtschau, dass überwiegend Geringqualifizierte und Personen mit mittlerer Qualifikation unterausgelastet sind. Zwar stellen Personen mit mittlerem Bildungsabschluss mit 139 700 Personen absolut betrachtet die größte Teilgruppe dar, relativ betrachtet sind Geringqualifizierte jedoch einem deutlich höheren Risiko ausgesetzt, dem Arbeitsmarkt ihre Arbeitskraft nur unzureichend zuführen zu können. So blieb im Jahr 2017 mehr als jedem zehnten Geringqualifizierten (zehn Prozent) der Wunsch nach (Mehr-)Arbeit verwehrt. Unter den Hochqualifizierten lag die Quote hingegen lediglich bei 6,4 Prozent.

Nur wenig
Bildungskapital
in ungenutz-
tem Arbeits-
kräftepotenzial

Auf einen ähnlich niedrigen Anteil kamen 2017 Personen, die keinen Migrationshintergrund hatten (sieben Prozent). Ihre Zahl hat sich seit 2011 um mehr als ein Drittel auf

Jede sechste
Ausländerin
bzw. jeder
sechste Aus-
länder mit
Wunsch nach
(Mehr-)Arbeit

nun nur noch 165 500 Personen reduziert (–34 Prozent). Die gegenteilige Entwicklung stellte sich in Anbetracht der bereits genannten Gründe für Ausländerinnen und Ausländer ein (+29 Prozent). Jede sechste Ausländerin bzw. jeder sechste Ausländer (17 Prozent) war 2017 unterbeschäftigt, erwerbslos oder Teil der Stillen Reserve des Arbeitsmarktes.

Somit blieb vor allem die Arbeitskraft von Männern, Jüngeren, Geringqualifizierten sowie von Ausländerinnen und Ausländern im Jahr 2017 überdurchschnittlich häufig ungenutzt.

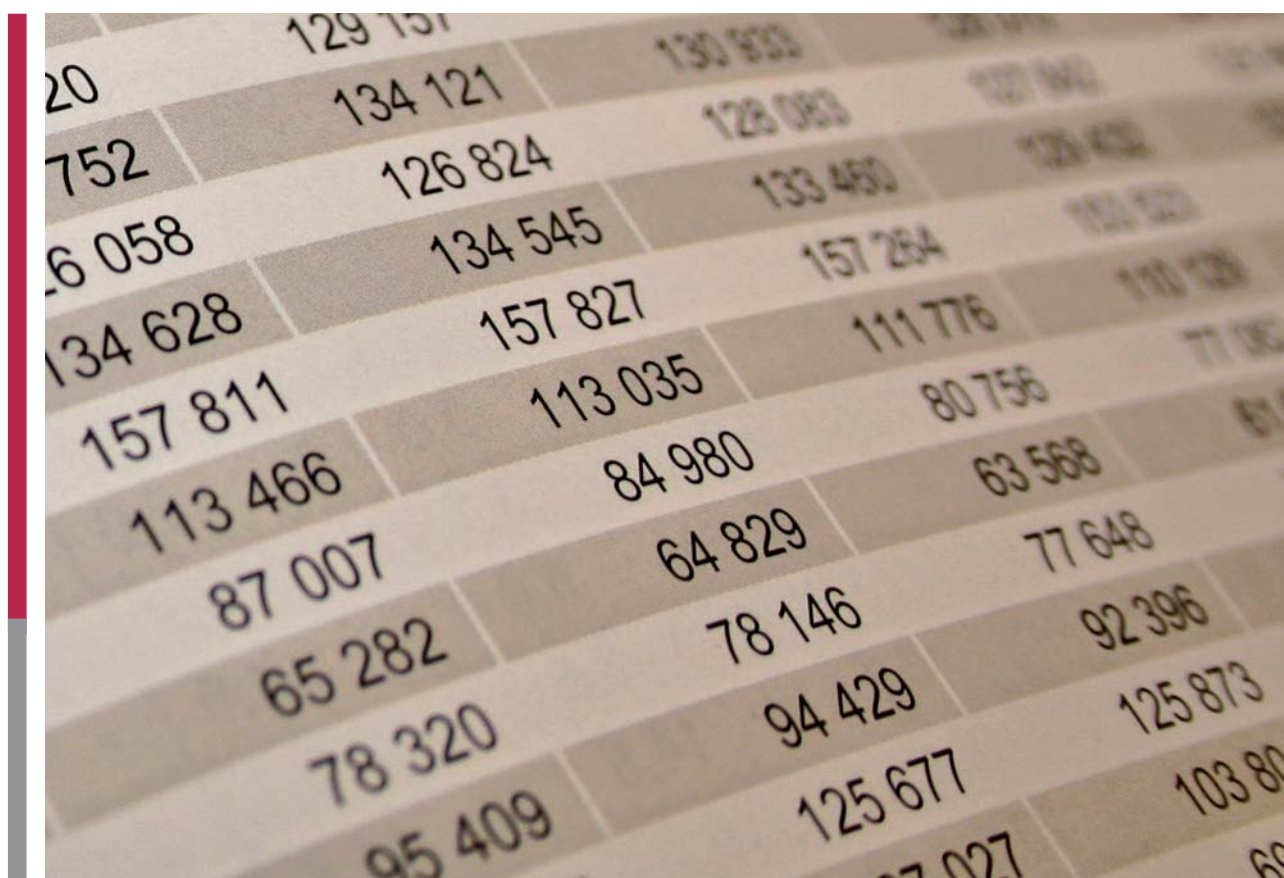
Fazit

Die gute wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre hat dazu geführt, dass zuletzt immer mehr Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer in den Arbeitsmarkt integriert werden konnten. In der Folge reduzierte sich das ungenutzte Arbeitskräftepotenzial merklich. Während Erwerbstätige

sich über diese Entwicklung überwiegend freuen dürften, bedeutet dies im Umkehrschluss aber auch, dass es für Arbeitgeber immer schwieriger wird, die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften zu befriedigen. Zudem deutet das soziale Profil des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials u. a. angesichts des hohen Anteils unter den Geringqualifizierten sowie unter den Ausländerinnen und Ausländern darauf hin, dass es zum Teil erheblicher arbeitsmarkt- und bildungspolitischer Anstrengungen bedarf, um die betroffenen Personen sinnvoll in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Mit dem Mikrozensus steht der amtlichen Statistik eine wichtige Datenquelle zur Verfügung, um die zukünftige Entwicklung und das Gelingen dieser gesellschafts- und arbeitsmarktpolitischen Aufgabe zu dokumentieren.

Sebastian Fückel, M. A., leitet das Referat „Analysen Staat, Soziales“.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 953	128 942
752	134 121	128 093	127 842
6 058	126 824	133 450	128 432
134 628	134 545	157 264	153 523
157 811	157 827	111 776	110 128
113 466	113 035	80 756	77 082
87 007	84 980	63 568	61 111
65 282	64 829	77 648	92 396
78 320	78 146	94 429	125 873
95 409	125 677	103 801	69 111
	27 027		

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2016	2017			2018				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 059 ^{1,2}	4 070 ^{1,2}	4 071	4 073	4 074	4 078	4 080	4 081	4 082
darunter Ausländer ³	1 000	397 ^{1,2}	421 ^{1,2}	424	426	428	442	444	446	448

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 768	1 729	2 972	2 693	2 403	2 522	2 370	3 521	2 114
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	3 126	3 121	3 379	3 359	3 310	3 277	3 481	3 468	3 377
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,2	9,2	9,8	9,7	9,9	9,8	10,0	10,0	10,1
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 819	3 950	3 772	3 511	3 476	3 642	3 867	3 955	3 511
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,3	11,7	10,9	10,2	10,4	10,9	11,2	11,4	10,5
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	11	12	17	11	13	13	10	10	10
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,4	3,7	5,0	3,3	3,9	4,0	2,9	2,9	3,0
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-693	-829	-393	-152	-166	-365	-386	-487	-134
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	-2,1	-2,5	-1,1	-0,4	-0,5	-1,1	-1,1	-1,4	-0,4

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	13 487	11 783	12 971	14 440	13 582	11 676	13 987	14 149	14 217
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	7 137	5 796	6 263	7 056	6 897	6 193	7 396	7 419	7 759
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	11 595	10 337	11 579	12 730	12 301	9 951	11 921	12 544	12 603
* darunter in das Ausland	Anzahl	5 399	4 472	5 067	5 641	5 118	4 655	5 497	5 695	5 045
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 892	1 446	1 392	1 710	1 281	1 725	2 066	1 605	1 614
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	16 131	14 309	15 139	16 677	14 415	13 291	15 133	15 317	13 850

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte ^{9,10,11}	Einheit	2015	2016			2017				2018
		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 345	1 365	1 388	1 377	1 379	1 389	1 416	1 405	1 406
* Frauen	1 000	627	637	648	646	646	648	659	657	656

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1, 2, 3}**

	Einheit	2015	2016			2017			2018	
		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	
* Ausländer/-innen	1 000	117	128	131	127	134	141	148	143	148
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	373	386	390	391	394	400	404	405	406
* darunter Frauen	1 000	309	318	321	323	324	328	331	332	332
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	14	11	13	13	14	11	12
* produzierendes Gewerbe	1 000	422	424	431	426	427	430	437	432	432
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	294	299	304	302	301	304	311	309	309
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	213	216	219	217	218	221	227	225	225
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	403	413	420	421	420	420	427	428	428

Arbeitsmarkt⁵

Arbeitsmarkt ⁵	Einheit	2016	2017		2018				2019	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Arbeitslose	Anzahl	111 436	106 299	97 193	98 716	107 665	92 054	90 939	92 686	103 195
* Frauen	Anzahl	50 458	48 166	44 747	44 881	47 702	42 301	41 401	41 765	45 556
Männer	Anzahl	60 978	58 132	52 446	53 835	59 963	49 753	49 538	50 921	57 639
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	41 185	42 178	37 796	38 960	46 087	36 809	36 788	38 529	45 980
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	70 250	64 121	59 397	59 756	61 578	55 245	54 151	54 157	57 215
* Arbeitslosenquote ⁸	%	5,1	4,8	4,4	4,5	4,9	4,1	4,1	4,1	4,6
* Frauen	%	4,9	4,7	4,3	4,3	4,6	4,0	3,9	4,0	4,3
* Männer	%	5,3	5,0	4,5	4,6	5,1	4,2	4,2	4,3	4,9
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,7	4,6	3,9	3,8	4,2	3,7	3,5	3,6	4,0
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,4	3,2	2,7	2,7	2,8	2,8	2,6	2,7	2,7
Ältere von 50–65 Jahren	%	5,1	4,7	4,4	4,5	4,8	4,1	4,1	4,1	4,6
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,6	5,2	4,9	4,9	5,3	4,5	4,6	4,6	5,1
* Ausländer/-innen	%	13,4	13,4	11,9	12,2	13,5	10,6	10,5	10,8	12,3
Deutsche	%	4,3	4,0	3,6	3,7	4,0	3,4	3,3	3,4	3,7
* Kurzarbeiter/-innen ⁹	Anzahl	5 357	4 888	573	11 053	11 711
* Gemeldete Arbeitsstellen ¹⁰	Anzahl	32 997	37 936	40 265	39 438	37 571	42 087	41 618	40 339	39 326

Soziales**Leistungsbezug nach SGB II¹¹**

Soziales Leistungsbezug nach SGB II ¹¹		Einheit	2016	2017			2018			
			Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	235 916	248 972	247 860	246 560	245 502	238 639	236 066	234 845	...
* darunter Frauen	Anzahl	117 850	122 480	122 240	121 619	120 897	118 177	117 002	116 464	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-	Anzahl	160 493	169 173	167 878	166 627	165 531	159 503	157 557	156 576	...
berechtigte										
* nicht erwerbsfähige Leistungs-	Anzahl	61 917	68 036	68 430	68 447	67 949	66 108	65 733	65 736	...
berechtigte										
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	59 870	66 032	66 421	66 454	65 966	64 105	63 746	63 785	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 10 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 11 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit

(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	587	546	545	499	458	544	521	505	456
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	520	486	487	443	401	470	448	436	373
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	3	5	7	4	4	9	2	7
Unternehmen	Anzahl	92	67	65	77	51	85	87	86	56
private Haushalte	Anzahl	491	476	475	415	403	455	425	417	393
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 231	1 113	1 056	1 074	928	1 332	1 243	1 180	1 147
* Umbauter Raum	1 000 m ³	760	696	673	660	570	792	746	706	660
* Wohnfläche	1 000 m ²	141	129	127	121	109	145	146	132	124
Wohnräume	Anzahl	5 635	5 138	4 880	4 927	4 279	6 058	5 422	4 999	5 015
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	231	228	222	297	187	264	243	242	229

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	138	134	142	133	137	119	128	129	120
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	12	17	22	11	17	12	17	20	15
Unternehmen	Anzahl	82	78	83	101	89	75	82	89	72
private Haushalte	Anzahl	42	39	37	21	31	32	29	20	33
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	25	10	10	16	11	43	45	9	5
* Umbauter Raum	1 000 m ³	764	713	532	788	619	652	927	871	773
* Nutzfläche	1 000 m ²	110	103	88	106	91	94	135	130	149
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	104	88	91	81	109	128	125	108	88

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 447	1 314	1 237	1 191	1 150	1 669	1 559	1 288	1 355
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	6 395	5 892	5 583	5 502	5 039	7 039	6 317	5 536	5 744

Landwirtschaft

Landwirtschaft	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 564	11 599	12 317	11 853	12 888	11 624	11 586	13 018	12 561
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 945	1 853	2 097	1 946	2 551	2 063	1 798	2 193	2 355
darunter										
* Kälber	t	7	8	6	10	12	6	7	5	12
* Jungrinder	t	8	8	4	5	15	7	7	8	18
* Schweine	t	9 570	9 695	10 139	9 855	10 280	9 481	9 743	10 769	10 153
* Eiererzeugung ²	1 000	16 571	17 285	16 508	15 119	17 554	15 196	16 560	18 546	17 495

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden³**

* Betriebe	Anzahl	1 002	1 017	1 021	1 020	1 021	1 042	1 044	1 045	1 046
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	253 227	255 468	258 150	257 972	258 040	262 273	262 821	263 257	262 844
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 292	32 402	32 764	31 541	34 216	34 397	32 510	34 577	34 545
* Entgelte	Mill. EUR	1 078	1 102	1 027	1 035	1 455	1 058	1 050	1 088	1 481
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 223	7 820	8 043	7 730	8 207	8 758	8 460	8 435	8 185
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mill. EUR	3 813	4 253	4 371	4 203	4 434	4 421	4 217	4 567	4 327
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 098	2 181	2 194	2 094	2 341	2 094	2 277	2 439	2 493
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	101	94	102	88	90	89	103	86	81
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 211	1 293	1 376	1 344	1 342	2 153	1 863	1 343	1 284
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 140	2 433	2 472	2 340	2 465	2 480	2 334	2 505	2 330
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 086	1 046	1 096	1 050	1 188	1 010	1 203	1 278	1 306
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 003	4 368	4 422	4 294	4 518	5 138	5 058	4 707	4 494
Exportquote ⁶	%	55,4	55,9	55,0	55,6	55,1	58,7	59,8	55,8	54,9
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	102,9	112,4	106,4	111,0	116,7	108,4	117,1	114,1	109,4
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	102,8	113,6	109,4	112,3	118,5	104,5	96,3	112,2	103,6
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	101,2	107,6	102,1	111,2	120,8	89,7	112,5	116,8	117,0

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Ge- winnung von Steinen und Erden ¹	Einheit	2016	2017			2018				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	162,6	161,8	173,0	165,4	110,1	151,0	158,4	149,6	125,1
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	105,7	122,0	105,5	100,8	94,7	190,8	214,2	108,4	103,0
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	101,8	114,7	111,2	114,0	116,6	104,0	93,3	113,0	97,4
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	99,5	102,6	103,3	106,0	110,5	90,3	129,9	115,1	109,0

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	179	173	172	172	172	173	173	173	173
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 376	9 531	9 679	9 681	9 662	9 892	9 908	9 909	9 916
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 146	1 141	1 167	1 116	1 200	1 169	1 186	1 251	1 262
* Entgelte ³	Mill. EUR	42	43	39	46	63	41	41	52	61
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	343	323	300	276	335	221	206	227	351
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	330	309	288	263	321	207	195	214	336

Baugewerbe Bauhauptgewerbe⁶

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	19 046	19 910	20 308	20 284	20 203	20 899	20 872	20 973	20 918
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	1 945	2 012	2 277	2 165	2 287	2 397	2 239	2 443	2 286
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	320	340	361	359	367	408	373	390	378
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	633	650	688	671	727	759	701	786	733
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	992	1 022	1 227	1 135	1 192	1 230	1 165	1 267	1 175
darunter Straßenbau	1 000 h	531	561	674	640	680	703	654	714	663
* Entgelte	Mill. EUR	61	65	65	68	84	74	70	75	94

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe**Bauhauptgewerbe¹**

Bauhauptgewerbe ¹		Einheit	2016	2017			2018				
			Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Mill. EUR	256	286	322	318	374	351	347	380	420
davon											
*	Wohnungsbau	Mill. EUR	45	53	55	56	63	60	61	67	73
*	gewerblicher Bau ²	Mill. EUR	87	97	107	101	124	121	113	123	141
*	öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	124	136	160	161	188	170	174	191	205
	darunter Straßenbau	Mill. EUR	64	72	87	89	104	98	95	100	112

Ausbaugewerbe**(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³**

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau) ³	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
Betriebe ⁴	Anzahl	421	438	440	438	437	436	384	380	377
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁴	Anzahl	16 051	16 825	16 637	16 619	17 084	16 958	16 028	15 789	16 016
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	5 007	5 210	5 125	5 185	5 314	5 214	4 894	4 843	4 964
* Entgelte	Mill. EUR	128	138	130	136	137	149	130	134	134
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	457	485	378	484	478	600	360	460	478

Handel⁵**Großhandel⁶**

Großhandel ^{P. 6}	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Beschäftigte	2015=100	100,2	99,9	101,1	101,9	101,9	103,7	103,7	103,4	103,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	97,6	96,1	96,4	96,4	96,7	97,1	96,4	96,4	96,4
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	97,6	98,0	99,9	96,2	102,7	108,5	104,1	114,0	109,4
* Umsatz real ⁷	2015=100	97,7	96,6	98,4	94,7	100,7	104,1	99,8	109,4	105,0

Einzelhandel⁸

* Beschäftigte	2015=100	101,4	102,6	102,7	103,4	103,9	103,3	103,5	103,7	104,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	101,7	102,6	102,1	103,0	104,2	103,8	104,1	104,3	105,0
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	102,5	105,7	104,9	105,1	110,1	108,9	103,2	112,9	111,5
* Umsatz real ⁷	2015=100	102,1	103,3	102,2	102,1	106,7	104,9	98,4	107,2	106,0

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹

Kfz-Handel^{1,2}

Kfz-Handel ^{p, 2}	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Beschäftigte	2015=100	102,3	104,1	105,8	106,0	105,6	108,2	108,7	109,1	108,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	102,9	105,8	106,5	106,9	106,9	108,3	108,5	108,9	108,5
* Umsatz nominal ³	2015=100	104,9	109,5	108,3	116,0	121,2	114,5	109,9	127,9	121,7
* Umsatz real ³	2015=100	103,9	107,2	105,6	113,3	118,5	110,8	106,6	124,3	117,4

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2015=100	99,4	100,4	105,6	102,7	99,7	104,9	103,5	101,9	99,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	100,9	102,3	108,4	104,5	101,1	106,1	104,4	102,2	100,5
* Umsatz nominal ³	2015=100	102,8	108,5	126,5	121,0	98,5	132,3	131,0	126,7	101,7
* Umsatz real ³	2015=100	100,7	104,2	120,2	115,2	94,0	124,3	121,6	117,8	94,7

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	722	739	1 011	906	559	1 062	1 033	897	573
* darunter von Auslandsgästen	1 000	155	157	207	160	92	284	211	167	95
* Gästeübernachtungen	1 000	1 824	1 852	2 482	2 282	1 296	2 836	2 550	2 292	1 296
* darunter von Auslandsgästen	1 000	441	437	557	423	230	952	573	443	232

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 820	1 835	2 087	1 958	1 991	1 814	2 088	1 964	2 063
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 266	1 234	1 485	1 346	1 316	1 330	1 524	1 456	1 417
* Getötete Personen	Anzahl	13	15	11	26	13	17	19	23	14
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	7	7	5	14	7	11	10	10	7
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	4	5	6	4	5	5	8	5
Radfahrer	Anzahl	1	1	1	2	1	1	1	3	1
Fußgänger	Anzahl	2	2	-	2	1	-	1	2	1
* Verletzte Personen	Anzahl	1 638	1 594	1 871	1 756	1 716	1 710	1 938	1 851	1 796

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2016	2017			2018				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
schwer verletzte Personen	Anzahl	301	297	376	325	336	371	377	367	325
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	135	129	146	146	158	132	131	134	139
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	74	83	130	87	95	132	118	137	90
Radfahrer	Anzahl	48	44	57	51	36	67	84	55	51
Fußgänger	Anzahl	30	29	31	27	33	21	25	26	35

Kraftfahrzeuge¹

Kraftfahrzeuge ¹	Einheit	2016	2017			2018				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 160	13 081	12 800	12 316	13 111	15 074	10 111	12 203	12 121
darunter										
Krafträder	Anzahl	755	622	532	389	203	896	578	436	249
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 944	10 959	10 952	10 540	11 327	12 533	8 079	10 119	10 356
* Lastkraftwagen	Anzahl	1 024	1 036	932	995	1 108	1 134	1 074	1 206	1 123
Zugmaschinen	Anzahl	343	373	304	336	362	381	319	334	303

Personenbeförderung

Personenbeförderung	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
Beförderte Personen										
im Linienverkehr	1 000	59 894	70 419	71 078	68 304	69 098	73 192	70 901	69 858	66 784
Personenkilometer ³	Mill.	621	717	709	684	740	734	760	752	748

Binnenschifffahrt

Binnenschifffahrt	Einheit	2016	2017			2018				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Güterempfang	1 000 t	1 024	943	976	861	1 011	1 076	774	868	584
* Güterversand	1 000 t	776	776	865	802	823	860	649	578	518

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	4 368	4 569	4 570	4 698	4 609	5 288	5 576	5 210	5 046
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	322	319	323	305	330	340	333	308	327
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 988	4 199	4 199	4 329	4 216	4 855	5 144	4 762	4 568

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Ausfuhr (Spezialhandel)²**

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2016	2017				2018			
			Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
*	Rohstoffe	Mill. EUR	23	25	21	26	26	30	22	21	24
*	Halbwaren	Mill. EUR	144	150	144	157	162	171	157	138	141
*	Fertigwaren	Mill. EUR	3 821	4 024	4 033	4 146	4 028	4 655	4 964	4 602	4 403
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	951	1 025	1 020	1 025	1 060	1 043	1 062	984	1 047
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 871	2 999	3 013	3 121	2 968	3 611	3 902	3 618	3 356
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	3 065	3 196	3 089	3 322	3 318	3 787	3 962	3 799	3 459
*	darunter in EU-Länder	Mill. EUR	2 749	2 855	2 736	2 981	2 972	3 463	3 612	3 501	3 119
	Belgien	Mill. EUR	198	204	206	203	205	194	187	191	220
	Luxemburg	Mill. EUR	54	53	45	57	61	63	53	56	57
	Dänemark	Mill. EUR	45	51	48	55	50	45	54	50	56
	Finnland	Mill. EUR	30	35	36	34	34	31	31	30	36
	Frankreich	Mill. EUR	446	440	403	435	460	508	425	468	520
	Griechenland	Mill. EUR	29	33	24	41	27	30	28	46	41
	Großbritannien	Mill. EUR	302	295	260	300	312	289	317	298	293
	Irland	Mill. EUR	19	77	98	114	53	587	831	700	65
	Italien	Mill. EUR	265	272	222	316	272	310	245	255	289
	Niederlande	Mill. EUR	314	327	320	324	378	359	379	334	333
	Österreich	Mill. EUR	165	171	177	181	181	181	180	180	195
	Schweden	Mill. EUR	79	84	82	81	87	67	90	89	112
	Spanien	Mill. EUR	216	225	211	238	242	238	214	219	236
	Portugal	Mill. EUR	41	42	42	37	45	36	34	30	36
*	Afrika	Mill. EUR	117	113	131	118	120	128	115	115	130
*	Amerika	Mill. EUR	551	579	615	603	532	678	731	617	681
	darunter nach USA	Mill. EUR	380	399	413	422	367	486	518	417	481
*	Asien	Mill. EUR	596	630	681	608	591	620	711	622	715
	darunter nach China	Mill. EUR	142	164	185	172	160	168	205	187	208
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	39	52	53	47	47	75	56	56	61

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 877	3 362	3 249	3 356	3 427	3 890	4 243	4 186	3 694
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	240	270	255	294	266	283	259	240	251
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 483	2 927	2 824	2 880	2 977	3 348	3 714	3 606	3 077
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	36	37	29	40	39	41	36	37	39
* Halbwaren	Mill. EUR	217	290	330	284	357	272	283	232	250
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 230	2 600	2 465	2 556	2 581	3 036	3 395	3 338	2 789

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.		Juli	Aug.	Sept.	Okt.
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	517	703	663	627	593	1 184	1 330	1 449	760
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 714	1 898	1 802	1 929	1 988	1 852	2 065	1 888	2 029
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	2 155	2 494	2 373	2 564	2 614	2 988	3 433	3 124	2 810
* darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	1 964	2 268	2 142	2 351	2 417	2 748	3 182	2 884	2 520
Belgien	Mill. EUR	253	291	296	278	294	287	292	258	273
Luxemburg	Mill. EUR	52	53	57	54	52	62	59	52	58
Dänemark	Mill. EUR	21	30	24	32	31	17	26	19	19
Finnland	Mill. EUR	12	15	12	24	15	13	14	15	15
Frankreich	Mill. EUR	242	276	262	244	284	305	289	279	332
Griechenland	Mill. EUR	8	8	6	9	8	10	7	10	10
Großbritannien	Mill. EUR	100	118	106	125	132	116	132	110	135
Irland	Mill. EUR	137	107	72	183	92	350	684	365	122
Italien	Mill. EUR	175	216	172	188	210	472	437	674	346
Niederlande	Mill. EUR	299	325	301	328	352	333	336	326	340
Österreich	Mill. EUR	118	107	103	102	111	126	116	120	128
Schweden	Mill. EUR	52	68	60	71	73	43	49	45	46
Spanien	Mill. EUR	129	215	245	251	254	145	270	151	171
Portugal	Mill. EUR	18	21	21	23	25	23	19	22	22
* Afrika	Mill. EUR	47	53	49	43	65	53	42	38	40
* Amerika	Mill. EUR	254	274	263	294	287	292	256	296	278
darunter aus USA	Mill. EUR	198	217	203	231	230	236	197	235	220
* Asien	Mill. EUR	415	528	549	442	446	546	503	716	552
darunter aus China	Mill. EUR	183	214	235	214	219	222	241	202	251
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	5	6	3	6	5	5	5	6

Gewerbeanzeigen³

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.		Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 760	2 638	2 476	2 485	2 595	2 816	2 401	2 805	2 558
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	468	442	408	384	451	445	396	463	424
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 774	1 732	1 683	1 693	1 684	1 871	1 631	1 856	1 680
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 788	2 678	2 286	2 414	3 097	2 543	2 206	2 672	2 822
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	402	385	348	386	426	368	344	384	416
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 895	1 815	1 540	1 625	2 181	1 696	1 479	1 816	1 918

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

Insolvenzen	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Insgesamt	Anzahl	462	451	474	381	501	367	348	375	417
davon										
* Unternehmen	Anzahl	65	60	74	53	54	47	52	54	45
* Verbraucher	Anzahl	276	267	269	221	285	209	224	217	260
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	102	104	103	93	143	87	59	84	98
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	19	20	28	14	19	24	13	20	14
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	66	55	44	44	68	52	34	115	53

Handwerk²

Handwerk²

Einheit	2016	2017				2018				
	Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.		
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	98,8	99,1	98,3	98,3	100,8	99,2	98,8	98,3	100,9
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	107,4	110,6	94,0	111,0	113,9	123,7	95,7	115,1	118,9

Preise

Preise	Einheit	2016	2017		2018				2019	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	107,6	109,3	109,9	110,6	109,9	112,3	112,6	112,6	...
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	107,6	109,1	109,6	109,7	110,0	111,2	111,4	111,5	...

Verdienste⁷

Verdienste⁷

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
* Brutton Monatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 996	3 999	3 619	3 668	3 688	3 703	3 694	3 748	3 782
* Frauen	EUR	3 469	3 483	3 202	3 237	3 254	3 257	3 279	3 302	3 352
* Männer	EUR	4 207	4 215	3 793	3 848	3 870	3 891	3 864	3 930	3 957
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	7 483	7 557	6 627	6 711	6 782	6 750	6 773	6 859	6 946
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 580	4 610	4 182	4 233	4 291	4 297	4 330	4 374	4 431
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 390	3 439	3 126	3 174	3 188	3 220	3 210	3 263	3 291
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 815	2 773	2 562	2 611	2 593	2 614	2 634	2 720	2 719
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 277	2 307	2 131	2 183	2 196	2 196	2 199	2 262	2 290

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

noch: Verdienste ¹	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 300	4 336	3 792	3 875	3 901	3 933	3 877	3 979	3 977
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	4 031	3 910	3 497	3 515	3 603	3 663	3 544	3 604	3 643
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 485	4 512	3 923	4 001	4 005	4 062	4 016	4 109	4 087
* Energieversorgung	EUR	5 154	5 296	4 632	4 679	4 729	4 742	4 739	4 790	4 912
* Wasserversorgung ²	EUR	3 467	3 411	3 179	3 190	3 200	3 231	3 193	3 235	3 295
* Baugewerbe	EUR	3 316	3 465	3 118	3 260	3 342	3 285	3 199	3 353	3 429
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 798	3 800	3 516	3 546	3 563	3 569	3 585	3 608	3 664
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 601	3 621	3 300	3 342	3 320	3 363	3 390	3 397	3 421
* Verkehr und Lagerei	EUR	3 024	3 017	2 808	2 827	2 833	2 875	2 745	2 807	2 810
* Gastgewerbe	EUR	2 277	2 367	2 241	2 238	2 229	2 303	2 247	2 248	2 242
* Information und Kommunikation	EUR	5 276	5 175	4 755	4 792	4 780	4 806	4 982	5 097	5 185
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 252	5 272	4 399	4 416	4 450	4 437	4 440	4 365	4 555
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	(3 963)	/	(3 566)	(3 595)	(3 701)	(3 782)	(3 594)	3 796	3 825
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 172	5 008	4 374	4 425	4 431	4 390	4 559	4 544	4 526
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 482	2 539	2 381	2 446	2 405	2 434	(2498)	2 559	(2 592)
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 730	3 832	3 670	3 706	3 782	3 724	3 742	3 742	3 826
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 304	4 212	4 036	4 059	4 187	4 103	4 270	4 259	4 318
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 804	3 916	3 638	3 683	3 697	3 728	3 669	3 723	3 845
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 846	3 842	3 698	3 539	3 495	3 553	3 553	3 576	3 590
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 385	3 486	3 257	3 276	3 274	3 293	3 280	3 335	3 361

Geld und Kredit³

Geld und Kredit ³	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	125 291	124 187	125 740	122 870	123 794	124 344	123 201	124 417	...
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	10 512	10 467	10 808	10 271	10 433	10 357	10 002	10 032	...

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtsgebietes ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2016	2017				2018			
	Durchschnitt	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	11 874	10 926	11 288	11 036	10 570	10 811	10 449	10 200	...
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	102 905	102 794	103 644	101 563	102 791	103 176	102 750	104 185	...
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	119 667	119 451	120 253	118 551	119 374	119 627	118 484	119 697	...
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	108 875	109 882	109 823	109 064	110 068	110 574	109 523	110 919	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 799	9 569	10 430	9 487	9 306	9 053	8 961	8 778	...
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 624	4 736	5 487	4 319	4 420	4 717	4 717	4 720	...

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

	Mill. EUR	117 277	118 331	117 784	116 127	117 956	121 458	117 262	119 199	...
Sichteinlagen	Mill. EUR	65 568	71 972	69 127	70 771	72 496	75 495	72 256	74 048	...
Termineinlagen	Mill. EUR	20 740	16 061	18 182	14 874	15 283	15 906	15 795	16 047	...
Sparbriefe	Mill. EUR	3 658	2 981	3 154	3 037	2 910	2 821	2 719	2 660	...
Spareinlagen	Mill. EUR	27 311	27 317	27 321	27 445	27 267	27 236	26 492	26 444	...
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	115 318	116 638	116 084	114 419	116 267	119 780	115 460	117 445	...
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	112 677	113 988	113 626	111 982	113 653	116 689	112 573	114 172	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 640	2 657	2 485	2 437	2 614	3 091	2 887	3 273	...
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	1 960	1 694	1 700	1 708	1 689	1 678	1 802	1 754	...

Steuern

Einheit	2016	2017				2018			
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	4 051	4 415	3 733	4 153	5 960	4 765	3 874	4 907	5 468
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 250	1 340	687	1 075	2 655	1 566	726	1 257	2 162
Lohnsteuer	Mill. EUR	853	888	651	1 176	1 045	688	707	1 192	1 196
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	169	172	-	523	-	-	-	533	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	147	189	2	-64	611	579	-17	-34	686
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	98	102	37	58	58	30	33	44	70

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2016	2017			2018			
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	20	25	6	41	7	4	4	39	4
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	17	0	34	-	-	-	34	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	131	136	-9	-136	935	265	1	16	206
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-1	-18	-	-116	-	-	-	0	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 801	3 075	3 046	3 078	3 305	3 199	3 148	3 650	3 306
Umsatzsteuer	Mill. EUR	480	558	502	596	661	534	570	545	502
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 321	2 517	2 544	2 482	2 644	2 665	2 578	3 105	2 803

Zölle

Mill. EUR	219	220	222	209	220	262	226	250	230
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

Mill. EUR	84	88	67	61	199	102	66	66	165
-----------	----	----	----	----	-----	-----	----	----	-----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	29	30	33	31	56	21	32	33	53
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	55	58	34	31	142	80	34	33	112

Landessteuern

Mill. EUR	77	83	80	76	80	78	94	87	87
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	20	21	17	17	18	16	29	27	23
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	38	44	49	43	40	39	51	44	42
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	14	14	10	12	17	18	11	13	17
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	1	2	2	1	1	2
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	2	2	2	3	2	2	2

Einheit	2016	2017				2018		
	Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.

Gemeindesteuern

Gemeindesteuern	Mill. EUR	700	718	689	754	706	723	794	876	773
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	5	6	4	5	5	6
Grundsteuer B	Mill. EUR	137	140	132	144	155	130	134	143	163
Gewerbsteuer (brutto)	Mill. EUR	535	549	530	580	518	566	630	700	576
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	23	24	22	26	27	23	25	28	28

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der
Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

Einheit	2016	2017					2018		
	Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
Mill. EUR	1 039	1 119	727	1 159	1 080	1 509	783	1 323	1 159
Mill. EUR	443	449	502	486	416	393	605	587	448
Mill. EUR	382	438	64	441	415	832	14	489	438
Mill. EUR	49	62	2	58	61	127	-0	71	75

Steuereinnahmen des Landes

Einheit	2016	2017				2018			
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Mill. EUR	999	1 066	807	940	1 420	1 014	856	969	1 593
Mill. EUR	77	83	80	76	80	78	94	87	87
Mill. EUR	483	520	231	394	1 076	622	248	475	800
Mill. EUR	299	313	216	444	322	230	238	443	373
Mill. EUR	63	80	1	-27	259	246	-7	-15	291
Mill. EUR	46	47	16	26	24	11	15	21	31
Mill. EUR	9	11	3	18	3	2	2	17	2
Mill. EUR	66	68	-5	-68	467	133	0	8	103
Mill. EUR	416	436	423	471	191	314	434	404	623
Mill. EUR	300	329	312	371	77	191	323	305	390
Mill. EUR	116	107	111	100	114	123	111	99	234
Mill. EUR	6	7	20	0	20	-	22	1	22
Mill. EUR	2	2	6	0	6	-	6	0	7
Mill. EUR	13	15	39	0	39	-	43	1	45
Mill. EUR	3	3	8	0	8	-	9	0	9

Steuereinnahmen des Bundes

Mill. EUR	2 028	2 114	1 811	1 939	2 946	2 312	1 890	2 353	2 707
Mill. EUR	84	88	67	61	199	102	66	66	165
Mill. EUR	548	586	293	451	1 200	687	310	539	939
Mill. EUR	1 389	1 433	1 431	1 427	1 527	1 523	1 492	1 748	1 582
Mill. EUR	6	7	20	0	20	-	22	1	22

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Januar 2019

Statistische Berichte

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Weiterbildung 2017
Kennziffer: B4013 201700

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Vorläufige Weinmosternte 2018 (abschließendes
Ergebnis der Ernteberichterstattung im November)
Kennziffer: C2043 201800

Agrarstrukturhebung 2016 – Personal- und Arbeits-
verhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe
Kennziffer: C4653 201601

**Gewerbeanzeigen, Unternehmen und
Arbeitsstätten, Insolvenzen**

Gewerbeanzeigen im November 2018
Kennziffer: D1023 201811

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewin-
nung von Steinen und Erden im November 2018 –
Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit
50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201811

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende
Gewerbe im November 2018
Kennziffer: E1033 201811

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe
im November 2018
Kennziffer: E1113 201811

Bauhauptgewerbe im November 2018 – Vorbereitende
Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201811

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke
der allgemeinen Versorgung im Oktober 2018
Kennziffer: E4023 201810

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im November 2018
Kennziffer: F2033 201811

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Aus- und Einfuhr im November 2018
Kennziffer: G3023 201811

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Oktober 2018
Kennziffer: H1023 201810

Bestand an Kraftfahrzeugen und Kfz-Anhängern
am 1. Januar 2018
Kennziffer: H1033 201800

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen
im 3. Vierteljahr 2018
Kennziffer: H1073 201843

Binnenschifffahrt im September 2018
Kennziffer: H2023 201809

Sozialleistungen

Kinder- und Jugendhilfe – Teil III.1/Teil III.3 Kinder und
tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich
geförderter Kindertagespflege am 1. März 2018
Kennziffer: K1073 201800

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger
des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände
am 1. Januar 2018
Kennziffer: L3033 201800

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in
Deutschland im Dezember 2018
Kennziffer: M1013 201812

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland
im November 2018
Kennziffer: M1043 201844

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Oktober 2018
Kennziffer: Z1013 201810

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe Januar 2019
Kennziffer: Z2201 201901

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Schulverzeichnis für allgemeinbildende Schulen
in Rheinland-Pfalz, Schuljahr 2018/19
Kennziffer: B1004E 201900

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: pikselstock – Fotolia

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte